



Nach der Shoah: Antisemitismus - Wie ist das möglich!?



- 01 **Titel**
- 02 **Inhaltsverzeichnis**
- 03 **Dr. Felix Klein:** Grußwort
- 05 **Marc Frese + Klaus Wegener:** Antisemitismus bedroht uns alle
- 07 **Matthias Mertes + Martina Plum:** Antisemitismus ist nie ganz aus den Köpfen verschwunden
- 08 **Impressum**
- 09 **Martina Plum:** Es wird wieder Zeit: Aufstehen für die Werte der Demokratie!
- 10 **Stimmen des Vorstands** der Auslandsgesellschaft.de
- 11 **Micha Neumann:** Aktualität und Erscheinungsformen des Antisemitismus
- 15 **Dr. Rolf Fischer:** Antisemitismus – uralt und hochmodern
- 17 **Martina Plum:** Dortmund: Netzwerk gegen Antisemitismus gegründet
- 18 **Die Grundsatzerklärung** des Netzwerks zur Bekämpfung von Antisemitismus in Dortmund
- 21 **Alex Völkel:** Dortmund „rechts außen“ – Eine Bestandsaufnahme
- 26 **Alex Völkel:** Dortmund: Neonazis attackieren jüdischen Mitbürger
- 29 **Alex Völkel:** Dortmund sorgt bundesweit für Schlagzeilen
- 31 **Marcus Arndt:** Ursula Haverbeck, „Die Rechte“ und Neonazis in Dortmund
- 34 **Alex Völkel:** Chanukka: Ein Fest der Hoffnung in Zeiten des Antisemitismus
- 38 **Alex Völkel:** Baruch Babaev: AfD ist keine Alternative !
- 40 **Martina Plum:** Erst verroht die Sprache, dann folgen die Taten
- 42 **Martina Plum:** Das hingeworfene Stöckchen – Zur Rolle der Medien
- 44 **Martina Plum:** Rassist*innen begegnen, ohne ihnen zu viel Bedeutung zu geben
- 50 **Martina Plum:** Was tun, wenn...?
- 52 **Marina Chernivsky:** Bildung und Beratung im Umgang mit Antisemitismus
- 55 **Martina Plum:** Ist Kritik an der Politik Israels gleich Antisemitismus?
- 58 **Modell** zum Erkennen und Bearbeiten von Israelbezogenen Antisemitismus im pädagogischen Kontext
- 59 **Tatjana Rosen:** Antisemitismus in Deutschland: Ja? Nein! Vielleicht....
- 61 **Ibrahim Aljabin:** Sind die Syrer antisemitisch?
- 65 **Dr. Dani Kranz:** Alloismus, oder warum Antisemitismus nicht als Referenzideologie funktionieren darf?
- 68 **Micha Neumann:** Übersicht von Initiativen und Organisationen in Dortmund
- 77 **Die Mitwirkenden und Autor*innen** des Magazins

Ein Grußwort des Bundesbeauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus Dr. Felix Klein:

Jeder einzelne von uns steht in der Verantwortung

von Dr. Felix Klein

Die Lage ist besorgniserregend: Rund 89 Prozent der Juden in Europa sehen Antisemitismus in ihrem jeweiligen Heimatland seit 2013 im Aufschwung, 38 Prozent der europäischen Juden überlegen, ob sie wegen wachsender Gewalt auswandern sollen, 28 Prozent wurden im vergangenen Jahr antisemitisch belästigt oder angegriffen. Das ergab eine Befragung von 16.395 jüdischen Personen aus 12 EU-Ländern, die die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) Anfang Dezember 2018 veröffentlichte. Fast zeitgleich forderten die EU-Innenminister dazu auf, jüdische Gemeinden und Institutionen besser zu schützen, da antisemitischer Hass weit verbreitet bleibe.

Die Bekämpfung des Antisemitismus, das muss man unweigerlich feststellen, ist mehr als siebenzig Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus und der Katastrophe der Shoah, notwendiger denn je. Trotz jahrzehntelanger Präventions- und Aufklärungsarbeit, historischer Aufarbeitung und Erinnerungskultur ist der Antisemitismus eine erschreckend aktuelle Erscheinung, die über extremistische Kreise hinaus bis in die Mitte der Gesellschaft reicht.

Antisemitismus ist wieder in der Öffentlichkeit angekommen

Besonders auffällig ist die zunehmende Enthemmung des öffentlichen Diskurses. Antisemitismus finden wieder Eingang in den öffentlichen Kommunikationsraum. Dabei sinken die Tabugrenzen unaufhörlich. Antijüdische Vorurteile wie „Juden haben zu viel Macht“, „Juden nutzen den Holocaust zum eigenen Vorteil aus“ oder „Israel agiert gegen Palästina wie die Nazis gegen Juden“ werden heute nicht mehr nur hinter vorgehaltener Hand, sondern zuneh-



Dr. Felix Klein

mend offen geäußert. „Du Jude!“ ist mittlerweile ein gängiges Schimpfwort auf Schulhöfen. In Dortmund, Partnerstadt der israelischen Stadt Netanya, skandierten Neonazis anlässlich des 70. Jubiläums der Gründung des Staates Israel öffentlich ihren Aufruf zur Vernichtung Israels und der Juden, einige Monate später brüllten dort Teilnehmer auf Neonazide-

monstrationen „Wer Deutschland liebt, ist Antisemit“. Nicht zuletzt steht die aufkeimende hasserfüllte Rhetorik gegen Juden, wie wir sie heute wieder beobachten, im Zusammenhang mit dem Erstarren des Rechtspopulismus in Europa. Durch gezielte Provokationen verschieben sich unaufhörlich die Grenzen des Sagbaren. Als Diskursraum mit extremem Beschleu-



nigungsfaktor erweist sich dabei das Internet, das die Verbreitung von Antisemitismus befördert wie kein anderes Medium zuvor.

Die Verrohung der Sprache ist ein wesentlicher Faktor für die zunehmend offensivere Ausbreitung antisemitischen Gedankenguts. Denn die brutalisierte Sprache dringt ins öffentliche Bewusstsein ein und entfaltet dort ihre zerstörerische Wirkung. Welche gefährlichen Folgen es haben kann, wenn das Menschliche in der Sprache abhandenkommt, hat der von den Nationalsozialisten verfolgte jüdisch-stämmige Professor Victor Klemperer in seinem berühmten Werk „LTI“ (= Lingua Tertii Imperii; d. Verf.) zur Sprache des Dritten Reiches mit großer Eindringlichkeit beschrieben, indem er warnte: „Worte können sein wie winzige Arsendosen: sie werden unbemerkt verschluckt, sie scheinen keine Wirkung zu tun, und nach einiger Zeit ist die Giftwirkung doch da.“

Hass-Verbrechen müssen härter bestraft werden

Der beängstigenden Ausbreitung des Antisemitismus in unserer heutigen Gesellschaft müssen wir stärker entgegentreten. Dazu gehört neben der konsequenten Ächtung des verbalen Antisemitismus im öffentlichen Diskurs auch eine ausgeprägte Kultur der Zivilcourage, bei der es selbstverständlich ist, dazwischen zu gehen, wenn Juden angegriffen werden. Wir brauchen außerdem eine bundesweite Meldepflicht und ein Monitoring von antisemitischen Vorfällen, um besser gegen antisemitische Bedrohungen vorzugehen. Für Straftaten, die aus dem Motiv des politischen Hasses heraus begangen werden, sollte ein härteres Strafmaß gelten.

Eine Schlüsselrolle bei der Prävention kommt der Bildung zu. In-



Stolpersteine in Dortmund erinnern an das Schicksal der Menschen, die in der Zeit des Nationalsozialismus verfolgt, ermordet oder vertrieben worden sind.

dem sie für gegenwärtige Formen des Antisemitismus sensibilisiert und zum kompetenten Umgang damit qualifiziert, liefert sie einen wichtigen Beitrag zur Stärkung demokratischer Grundwerte und zur Vorbeugung gegen Gewalt und Radikalisierung. Ebenso kann Bildungsarbeit deutlich machen, welche Bedeutung Juden für die Entwicklung Deutschlands und seiner Bevölkerung immer schon hatten, zum Beispiel auf den Gebieten von Kultur und Wissenschaft.

Die Auslands-gesellschaft.de leistet mit ihrem bürgerschaftlichen Engagement seit ihrer Gründung im Jahr 1949 Vorbildliches im Bereich der politischen Bildung. Ihre zahlreichen Aktivitäten stehen im Zeichen der Völkerverständigung im Sinn von Humanität und Toleranz.

Dass die Auslands-gesellschaft.de ein Sonderheft zum Thema

Antisemitismus vorlegt und darin facettenreich über gegenwärtige Gefahren des Antisemitismus aufklärt, begrüße ich als Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus sehr.

Die einzelnen Artikel beleuchten aktuelle antisemitische Vorfälle und Akteure, nehmen die Strategien der Rechten unter die Lupe, hinterfragen die Rolle der Medien und der Sprache und lenken mit dem Portrait eines Rabbis auch den Blick auf die jüdische Perspektive. Von großer Bedeutung sind nicht zuletzt die aufgezeigten Handlungsoptionen, um antisemitischen Vorkommnissen effektiv begegnen zu können.

Jeder Einzelne von uns steht mehr denn je in der Verantwortung, dem Antisemitismus energisch Einhalt zu gebieten.



Klaus Wegener



Marc Frese

Antisemitismus bedroht uns alle

von Marc Frese und Klaus Wegener

Antisemitische Verschwörungstheorien kommen nicht nur von rechts, sondern auch von links und der Mitte der Gesellschaft. Wir dürfen auch die antisemitischen Äußerungen verschiedener Religionen nicht außen vorlassen. Antisemitismus bedroht nicht nur Menschen jüdischen Glaubens, er bedroht uns alle. Schließlich geht es um die Grundwerte der Demokratie. Früher galten Juden als Brunnenvergifter, heute werden sie ausnahmslos zur Verantwortung genommen für die Politik des Staates Israel.

Antisemitische Einstellungen sind tief in unserer Gesellschaft verwurzelt und ziehen sich durch alle Bevölkerungsgruppen.

Die Schwelle des Sagbaren hat sich verschoben. Kamen die Drohbriefe früher anonym, so werden sei heute oft mit voller Namensnennung gesandt.

Dabei beschleunigen diejenigen, die den Holocaust bzw. die moralische Last leugnen, den Brand, den sie gelegt haben. Der Abgeordnete Wolfgang Gedeon macht das Judentum als den „inneren“. Und den Islam als „äußeren“ Feind des christlichen Abendlandes aus. Auch Björn Höcke aus Thüringen fordert eine erinnerungspolitische Wende um 180 Grad.

81 % der Deutschen wollen die Judenverfolgung hinter sich lassen;

58 Prozent wollen den Schlussstrich, so eine Studie der Bertelsmann-Stiftung.

Laut „Bild“ nahmen aus 12 EU-Ländern, die 96 Prozent der jüdischen Bevölkerung abdecken, 16.395 Personen an einer Studie teil. Das Ergebnis spricht Bände und lässt erschreckt aufhorchen.

Wenn die Erinnerung verblasst, dann gedeiht der Raum für Hass

Demnach sehen seit 2013 89% den Antisemitismus wachsen. 28% der an der Studie teilnehmenden der Juden wurden im letzten Jahr angefeindet oder gar angegriffen. 38 % von ihnen überlegen auszuwandern. Wenn das Wissen um den Holocaust verschwindet, dann verblasst die Erinnerung an die Morde, der Raum für Hass auf

Juden kann wieder gedeihen.

Antisemitische Karikaturen in renommierten Tageszeitungen zeigen, wie tief verwurzelt der Antisemitismus ist. Zu sehen sind immer noch die Kraken mit Weltherrschaftsphantasien.

Es ist wichtig, sich des alltäglichen Antisemitismus wieder mehr bewusst zu werden, wieder aufmerksam zu sein, bzw. es zu werden.

Ein junger Musiker, jüdischen Glaubens, schreibt in seinem Blog: „Ich glaube einige freuen sich, den Antisemitismus als arabischen Import zu bezeichnen. Hier hört man allerlei blöde Sachen, etwa rassistische, islamophobe und antisemitische Äußerungen.“

Antisemitismus ist ein Gift, es ist



kein Virus, der nur hierhergebracht wurde. Er war ja schon da. Er ist eine ideologische Komponente der Luft in diesem Land.

Wenn man eine ganze Bevölkerung mit Paranoia und Vorurteilen betrachtet, wie derzeit die muslimische, geschieht das nach den gleichen Mustern wie die Judenverfolgung.“

Jüdische Lebenswelten sind in der öffentlichen Wahrnehmung nicht präsent. Sie sind im Alltag unsichtbar. Haben für viele Menschen etwas Exotisches und Fremdes. Es ist die Sorge vor antisemitischer Diskriminierung, die viele Jüdinnen und Juden dazu bringt, ihre Identitäten nicht offen zu legen.

Das Wegsehen verwundert auf den ersten Blick nicht. Schließlich tut es weh, sich mit dem Thema zu

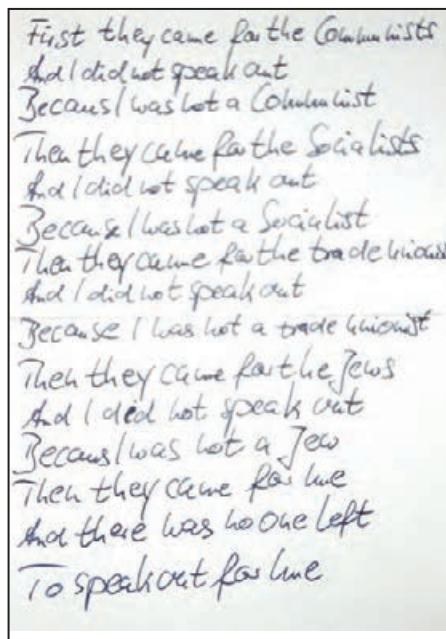
Der Antisemitismus ist in unserer Mitte angekommen

beschäftigen in Deutschland. Hier ist das Verhältnis besonders verkrampft und da kommt sofort die Frage nach der Schuld und Verantwortung.

Es war in Berlin, als ein arabischer Israeli, der ausdrücklich sagt, er sei kein Jude, eine Kippa als eine Art Experiment trägt. Er habe gehört, das sei in Deutschland gefährlich. Der Täter Kanna Al S. sagt, er habe keine antisemitischen Motive gehabt. Vielmehr habe der andere ihn beleidigt. Die Kippa habe er erst später gesehen.

Das Experiment des Opfers wurde ein medialer Erfolg.

Mit den Rechtspopulisten gehe die politische Korrektheit verloren, heißt es. Damit machen wir es uns einfach; damit können wir das Problem in eine Ecke stellen und



Gedicht von Pastor Martin Niemöller

uns abwenden. Aber – zugegeben etwas provokativ gedacht: Kann es auch sein, dass wir froh sein müssen, darüber, den Antisemitismus wieder sehen zu können, so wird er greifbarer. Und lässt sich sichtbar machen und bearbeiten. Er ist in unserer Mitte. Wir alle haben damit zu tun. Und müssen auf der Hut sein.

Die Wortwahl hat sich auch im Parlament geändert: „Kopftuchmädchen, Asyltourismus“ – das sind nur ein paar Beispiele. Andere: „Volksverräter“, „Lügenpresse“ das wurde so oft und selbstverständlich gebrüllt, dass es inzwischen gar nicht mehr schockiert. Weil wir uns daran gewöhnt haben.

Beides sind Begriffe aus der Nazi-zeit. Es wird immer brutaler. Erst verrohrt die Sprache, dann folgen die Taten, nachdem wir uns daran gewöhnt haben

Was ist eigentlich möglich geworden in diesem Land? In dem es passieren kann, dass Menschen ungestraft mit einem Galgen für Angela Merkel und Sigmar Gabriel durch die Stadt laufen. Wo ist der Anstand geblieben? Der Anstand, der als eine Art sozialer Schmierstoff gilt, der jede demokratische

Gesellschaft zum Funktionieren bringt. Es geht eine Angst umher. Sie ist nicht greifbar und deswegen braucht sie eine Projektion. Es ging uns noch nie so gut wie jetzt. Und dennoch leben wir in einer Zeit der Ungewissheit.

Der Dreck, der geworfen wird, versteckt sich hinter der Anonymität. Die Tarnung verführt dazu andere zu beleidigen und ihnen keinen Respekt zu zollen. „Alle Menschen sind frei und gleich an Rechten und Würde geboren“. Das ist der Artikel 1 der allgemeinen Menschenrechte, verkündet am 10. Dezember 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen.

Die Menschenrechte – eine der wichtigsten und nachhaltigsten Errungenschaften. Wir können stolz auf sie sein. Alle Menschen meint alle Menschen, ohne Ausnahme.

Wir sollten wieder mehr zuhören

Wir möchten nicht, dass die Geschichten wie wir sie noch hören können, in Vergessenheit geraten. Wir müssen die Erinnerung an das, was in Deutschland passiert ist, aufrecht halten. Unser Ton macht die Musik. Spielen wir wieder leiser und hören wieder zu.

Damit wir mitbekommen, wenn andere ihrer Rechte beraubt werden. Es ist unser Land und nicht das der lauten Pöbler. Wir bedanken uns bei dem Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für die Förderung im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“, der Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie in Dortmund, insbesondere bei Julian Becker und Birgit Miemitz.

Marc Frese und Klaus Wegener sind im Vorstand der Auslands-gesellschaft

Der Antisemitismus ist nie ganz aus den Köpfen verschwunden

von Matthias Mertes und Martina Plum

Für dieses Heft braucht es eine Handhabung. Wie ist es einzuordnen? In welchem Kontext steht der Inhalt des Heftes? Fragen, die sich stellten, nachdem die Texte fertig waren und in die richtige Reihenfolge gesetzt werden mussten.

Ausgangspunkt unserer Initiative war die Beobachtung eines erneut zunehmenden Antisemitismus' in der Bundesrepublik. 2018 und 2019 jähren sich viele Jahrestage, es wird den Ereignissen von 1938 und 1945, als die Überlebenden aus dem deutschen KZ Auschwitz-Birkenau befreit wurden, gedacht. Und dennoch: Die Erinnerung an das Grauen, dass von Deutschland einmal ausging, ist nicht nur in der Erinnerung und dieser Tage wieder in den Medien. Es ist wieder bzw. immer noch präsent.

Der Antisemitismus war und wird vielleicht nie ganz aus den Köpfen verschwunden sein. Umso wichtiger, sich mit ihm auch außerhalb des Schulunterrichts zu beschäftigen.

Wir haben in diesem Magazin einen Schwerpunkt auf das „rechte“ Geschehen in Dortmund gelegt. Hier geht der Antisemitismus primär und am augenfälligsten von der rechten Szene aus, obwohl er in

Antisemitismus in der Mitte der Gesellschaft ist umso gefährlicher

allen politischen Lagern zu finden ist. In der sogenannten politischen Mitte ist er aber umso gefährlicher, weil er sich schleichend bewegt. Dort wird nicht laut geschrien und gepöbelt, sondern es entstehen subtiler anmutend die menschenverachtenden Denkmuster.

Die rechtsextreme Szene in Dortmund drängt sich deshalb auf, weil sie ein großes Interesse daran hat, ihr menschenfeindliches Weltbild durchzusetzen. Koste es, was es wolle.

Antisemitismus und weitere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gehen häufig miteinander Hand in Hand. Diesem Umstand haben wir versucht gerecht zu werden, indem wir, wo es notwendig und passend erschien, auch auf Ressentiments und offene Feindlichkeit gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen Bezug genommen haben (beispielsweise im Kommentar zur Verrohung der Sprache), in dem Bewusstsein jedoch, dass sich Antisemitismus nicht einfach als eine Form von Rassismus anderen Formen beigesellt, sondern nur dann wirksam bekämpft werden kann, wenn er in seiner Besonderheit erkannt und bearbeitet wird (siehe dazu den Beitrag von Micha Neumann in diesem Heft, S. 11-14).

Wir wünschen uns, dass das Thema in den Köpfen bleibt und dass wir wach bleiben und Antisemitismus, egal aus welcher Richtung er kommt, entschlossen die Stirn bieten.

Aus dem Inhalt des Magazins: Der Bundesbeauftragte der Bundesregierung für jüdischen Leben und dem Kampf gegen Antisemitismus Dr. Felix Klein hat uns ein Grußwort geschrieben, welches

das Heft einleitet (S. 3 - 4).

Klaus Wegener und Marc Frese, vom Vorstand der Auslandsgesellschaft erklären, warum es gerade für die Auslandsgesellschaft ein wichtiges und ständig präsent Thema ist (S. 5 - 6). Dazu siehe auch die Stimmen des Vorstands und die Resolution des Rates der Stadt Dortmund (S. 10.)

Dortmund hat am rechten Rand ein besonderes Problem

Dr. Rolf Fischer, Mitarbeiter der Steinwache, erläutert in seinem Beitrag nicht nur die Herkunft des Begriffs Antisemitismus, sondern auch die Radikalität antijüdischer Politik und den gnadenlosen Völkermord der Deutschen an den Juden (S. 16 - 16).

Informationen über das neu gegründete Netzwerk zur Bekämpfung von Antisemitismus in Dortmund und die von diesem verabschiedete Grundsatzklärung finden Sie auf den Seiten 17 - 18.

Dortmund hat am rechten Rand ein ganz besonderes Problem. Und macht bundesweit dadurch auf sich aufmerksam. Einen Lagebericht über den Rechtsextremismus in Dortmund, liefern die Beiträge von Alex Völkel. Er gibt einen Überblick über die rechte Szene (S. 21 - 25), antisemitische Attacken, (S. 26 - 28), den Aufmarsch in Dortmund-Dorstfeld und Marten, der



bundesweit Schlagzeilen gemacht hat (S. 29 - 30). Marcus Arndt berichtet über die Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck, auf die sich Dortmunder Rechtsextremisten häufig positiv beziehen (S. 31 - 33).

Auf den Seiten 34 bis 37 portraitiert Alex Völkel Ihnen den Dortmunder Rabbiner Baruch Babaev.

Die Stellungnahme des Dortmunder Rabbiners zum Thema jüdischer Arbeitskreis in der AfD lesen Sie auf den Seiten 38 - 39.

Zur Verrohung der Sprache, die die Ausgrenzung von Minderheiten vorbereitet, lesen Sie den Beitrag auf Seite 40 - 41.

Welche Rolle die Medien dabei spielen, dem geht der Beitrag von Martina Plum auf den Seiten 42 - 43 nach.

Vorschläge dafür, was zu tun ist, wenn man einen Angriff verbaler oder körperlicher Gewalt mitbekommt, geben die Antworten aus dem Netzwerk zur Bekämpfung von Antisemitismus in Dortmund. Geantwortet haben: Deniz Greshner (Multikulturelles Forum), Vivianne Dörne und Micha Neumann (Quartiersdemokraten),

Hartmut Anders-Hoepgen (Sonderbeauftragter des Oberbürgermeisters der Stadt Dortmund), Alex Völkel (Nordstadtblogger), Helena Breidt (Schule ohne Rassismus), Stefan Woßmann (Jugendamt der Stadt Dortmund, Respekt-Büro), Claudia Steinbach und Matthias Mertes (Auslandsgesellschaft.de) sowie Paul Mentz und Sebastian Salzmann (Bagrut e.V.). Lesen Sie dazu die beiden Beiträge auf den Seiten 44 und 51.

Marina Chernivsky leitet das Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment (ZWST e.V.) Sie beschreibt, was es bedeutet ständig den Anfeindungen, denen Juden ausgesetzt sind, erfahren zu müssen. Sie erzählt, wie ihr Kompetenzzentrum den Menschen hilft und wie sie unterstützt werden (S. 52 - 54).

Zur Frage, ob Kritik an der Politik des Staates Israel antisemitisch ist, erfahren Sie mehr auf S. 55 - 57.

Als sogenannte Russlanddeutsche ist Tatjana Rosen in den 90 er Jahren gekommen. Sie gibt ihren ganz persönlichen Einblick auf den Seiten 59 - 60..

Manch einer sagt, dass mit der Zu-

wanderung vieler Menschen aus dem arabischen Raum in Deutschland auch der Antisemitismus zugenommen hat. Wir haben diese Frage einem nach Dortmund gezogenen syrischen Schriftsteller gestellt. Seine historisch-politische Antwort lesen Sie auf den Seiten 61 - 64.

Was es bedeutet als Jüdin in Deutschland zu leben und sich mit dem Thema kritisch auseinander zu setzen, zeigt der Beitrag von Dr. Dani Kranz (S. 65 - 67).

Wie Dortmunder Initiativen, Projekte und Organisation in der Auseinandersetzung mit Antisemitismus tätig werden, zeigt die Bestandsaufnahme vom Dezember 2018 auf den Seiten 68 - 75 .Darin erfahren Sie, was die einzelnen Protagonist*innen tun, wer ihre Zielgruppen sind und wie Sie sie erreichen können. Auch Beratungsstellen für Opfer antisemitischer Übergriffe sind aufgelistet

Die Kurzbiographien der Autor*innen und den Mitwirkenden des Heftes finden Sie auf den Seiten 75 - 77.

Wir bedanken uns bei allen am Heft Beteiligten für die kooperative und konstruktive Zusammenarbeit.

Impressum

Herausgeber:
Auslandsgesellschaft.de
Verantwortlich:
Marc Frese | Klaus Wegener
(v.i.S.d. P.)

Redaktion:
Martina Plum | Matthias Mertes

Layout:
Andreas Winkelsträter
(AWiDo Media)

Fotos:
Marcus Arndt (S. 32 - 33)
Martina Plum (Titel + Umschlag,
S. 9, 11, 16,20, 28, 40, 42 - 43,
64 - 67
Alexander Völkel (S. 17, 22, 24 -
25, 29, 34 - 39
Fotolia (S. 50)
Andreas Winkelsträter (S. 27, 55,
57, 79)

Auslandsgesellschaft.de
Steinstraße 48, 44147 Dortmund
Fon: +49 (0) 231 . 838 00 72
Fax: +49 (0) 231 . 838 00 75
Mail: plum@auslandsgesellschaft.de
www.auslandsgesellschaft.de

Anmerkung zur gendergerechten Schreibweise: Im Interesse einer besseren Lesbarkeit wird nicht ausdrücklich in geschlechtsspezifischen Personenbezeichnungen differenziert. In den Beiträgen wurde die Wahl der gendergerechten Schreibweise den Autor*innen überlassen.

Es wird wieder Zeit: Aufstehen für die Werte der Demokratie!

2019 steht für die Auslands-gesellschaft ganz im Zeichen ihres Jubiläums. Set 70 Jahren setzt sie sich für Völkerverständigung im Geiste von Humanität und Toleranz ein.

Normalerweise ist man mit 70 in Rente, wir aber begeben uns nicht in den verdienten „Ruhe“-Stand. Wir sind aktuell gefordert wie schon lange nicht mehr. Es wird wieder Zeit aufzumucken, aufzustehen. Sich entgegen zu stellen. Dem, was da so auf uns zurollt.

Seit 1949 ist es unsere Aufgabe auf das hinzuweisen, was passieren kann, wenn wir die Verständigung der Völker außer Acht lassen. Sie ist unser höchstes Gut, sie ist der Motor des friedlichen Miteinanders unterschiedlicher Nationen, Kulturen und Religionen.

Auch wenn der Begriff „Völkerverständigung“ wie aus einer anderen Zeit klingt, so ist er 2019 brisanter und aktueller denn je. Wir sind gerade dabei etwas zu verlieren, wenn wir uns nicht vehement auf die Hinterbeine stellen und das verteidigen, was es so in unserer Geschichte nie gegeben hat: Wir leben in Frieden und in Sicherheit. Und klagen doch auf hohem Niveau. Vielleicht, weil uns der Garant der friedlichen Demokratie zu sicher scheint ist.

Die Rechten und Populisten weisen uns darauf hin, was auf dem Spiel steht, wenn wir sie weiter so gewähren lassen.

Wer hätte das gedacht: 2018 ist es wieder möglich, dass Menschen, weil sie anders aussehen oder zu „anderen“ gemacht werden, angefeindet und gejagt werden.



Säule der Erinnerung

2018 ist es möglich, dass Politiker im ehrenwerten Bundestag laut pöbelnd vom Fliegenschiss der Geschichte faseln, 2018 ist es ebenfalls möglich, dass das Denkmal mitten im Zentrum unserer Hauptstadt als Schandmal bezeichnet wird.

Wie gesagt: 2018 – 80 Jahre nach der Pogromnacht.

Es schleicht sich eine Sprache ein, die uns gewöhnen soll, an das, was unaussprechlich zu sein schien. Jetzt wird es gesagt, immer öfter. Zunächst empören sich alle, dann gewöhnen sich alle.

Nein, wir stehen nicht am Abgrund der Shoah. Nein, es ist nicht 5 vor 12. Aber durch die Gräueltaten der Shoah, den Schrecken des Holocausts, haben wir heute die

Chance durch die beispiellose Aufarbeitung, uns und unserer demokratischen Errungenschaften bewusst zu sein. Bewusst sein, was passieren kann, wenn wir nicht auf sie aufpassen und sie hegen und pflegen.

Nach der Shoah – Antisemitismus in Deutschland: Wie ist das möglich!?

Lassen Sie uns aufstehen und unsere Werte der Demokratie, die auch eine Lehre unseres verheerenden Verhaltens ist und die wir ohne ein gemeinsames starkes Europa nie hätten sichern können, verteidigen.

2019: 70 Jahre Auslands-gesellschaft – jünger und aktueller kann eine Bürgerinitiative in Dortmund gar nicht sein. **Martina Plum**



„Abraham gilt sowohl in der jüdischen Thora als auch im christlichen Alten Testament als Urvater des Glaubens. Das Neue Testament zeigt Abraham in direkter Stammlinie von Jesus. Abraham gilt im Islam als einer der wichtigsten Propheten. Der Koran erwähnt ihn in 25 Suren und nennt ihn im Beinamen „Freund Gottes“ (Chalal Allah). Judentum, Christentum und Islam erkennen in Abraham den jeweiligen „Stammvater“ dieser drei monotheistischen Religionen. Die Angehörigen dieser drei Weltreligionen sollten sich stets mit Freude und Frieden im Herzen an ihre gemeinsamen Glaubenswurzeln erinnern. Wir alle sind – ungeachtet unserer Herkunft, Hautfarbe, Glaubensrichtung – aufgerufen, einander mit Respekt und Toleranz begegnen.“

Max Römer

„Wenn Rechtsextreme durch die Straßen laufen und unverhohlen „Wer Deutschland liebt ist Antisemit“ grölen, dann ist es 5 vor 12! Dann wird es allerhöchste Zeit, dass wir dem gemeinsam etwas entgegensetzen. Dann ist die Verhöhnung der Sprache schon weit voran geschritten und wir müssen uns alle dafür einsetzen, dass der offen zur Schau getragene Hass nicht in Gewalt auf der Straße umschlägt! Von Deutschland darf nie wieder eine Bedrohung für die Menschen in der Welt ausgehen. Als Menschen, als Demokraten müssen wir deutlich machen, dass wir ein solidarisches und friedliches Miteinander wollen und der grölende Mob nicht für die Mehrheit in Deutschland und Dortmund spricht.“

Marc Frese

„Zur Gründungsphilosophie der Auslands-gesellschaft gehört die Überwindung von Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und Gewaltherrschaft nach dem Zivilisationsbruch des nationalsozialistischen Deutschland. Heute machen sich

ein strafrechtlich nur begrenzt zu bekämpfender Hass auf „Fremdes“ und ein alter Antisemitismus mit neuen Unterstützern lautstark bemerkbar. Bis weit in die Gesellschaft hinein werden Verharmlosungen und aggressive Hassparolen widerspruchslos hingenommen. Die Haltung „Wir und die Anderen“ schaut wieder auf den kurzfristigen Vorteil für die eigene Gruppe und auf die Erfordernisse langfristiger friedlicher Entwicklung, nicht nur in Deutschland. Sich selbst aufzuwerten durch die Erniedrigung des Gegenübers ist weit verbreitet. Wer eine offene, von gegenseitiger Achtung und der Würde jedes Menschen geprägte Gesellschaft will, muss aufklären, seine Werte standhaft und sachkundig vertreten und zur demokratischen Bildung beitragen. Das tut die Auslands-gesellschaft mit guten Gründen seit beinahe 70 Jahren. Schon lange war es nicht mehr so wichtig wie heute.“

Erich G. Fritz

„Antisemitismus ist menschenverachtend. Wer das bestreitet, hat aus der Geschichte nichts gelernt. Wir tragen alle gemeinsam Verantwortung für ein Zusammenleben im Geiste von Humanität und Toleranz. Sich dafür mit aller Kraft einzusetzen, ist heute wichtiger denn je. Darum engagiert sich die Auslands-gesellschaft hierfür und setzt damit ein starkes Zeichen gegen Antisemitismus.“

Klaus Wegener

„Es gibt Kräfte, die das friedliche Miteinander in unserem Land zerstören wollen. Antisemitismus wird wieder salonfähig. Das müssen wir verhindern.“

Anja Butschkau

„Die AG ist mit all ihren Projekten dort aktiv, wo sie hinschauen mithö-

ren und aktiv mitgestalten kann: in der Mitte unserer Gesellschaft, nicht am Spielfeldrand, nicht im theoretischen Elfenbeinturm. Und daher ist es für uns selbstverständlich, im Sinne eines kraftvollen Engagements aller Demokraten aufzustehen, Farben zu bekennen gegen alle Spielarten von Antisemitismus und Rassismus.

Bernd Felgendreher, Hauptstadtbüro der Auslands-gesellschaft

„Der Rat der Stadt Dortmund hat in seiner Sitzung am 15.11.2018 mit großer Mehrheit die unten stehende Resolution beschlossen. Anstatt eines Statements übersende ich Ihnen für das Projekt „Prävention und Bearbeitung von Antisemitismus in Dortmund“ und zur Veröffentlichung in Ihrem Sonderheft die Resolution des Rates der Stadt Dortmund. „Dortmund ist eine weltoffene, vielfältige, tolerante und internationale Stadt, die von unterschiedlichen Herkunftten und dem guten Zusammenleben aller ihrer Menschen profitiert. In ihr ist kein Platz für menschenverachtendes Gedankengut und Fremdenfeindlichkeit und damit auch nicht für Antisemitismus. Vor diesem Hintergrund spricht der Rat der Stadt Dortmund den jüdischen Bürgerinnen und Bürgern Dortmunds seine uneingeschränkte Solidarität aus und verurteilt ausdrücklich auch jegliche Art von antisemitisch motivierten Diskriminierungen und Gewalt.“ Andere Menschen abzulehnen, nur weil sie einen anderen Glauben haben oder auf Grund ihrer Herkunft ist das Gegenteil zur Völkerverständigung, die sich die Auslands-gesellschaft seit dem Beginn als ihr Leitmotiv gewählt hat. Deshalb unterstütze ich die Arbeit der Auslands-gesellschaft für das Kennenlernen der Sprachen und Kulturen aus allen Regionen und würde mich freuen, wenn sich auch viele andere Menschen in Dortmund und Umgebung für diese Ziele und für die Auslands-gesellschaft einsetzen. Wo viele zusammenkommen, bleibt Demokratie lebendig!“

Dr. Peter Gentges

Aktualität und Erscheinungsformen des Antisemitismus

von Micha Neumann

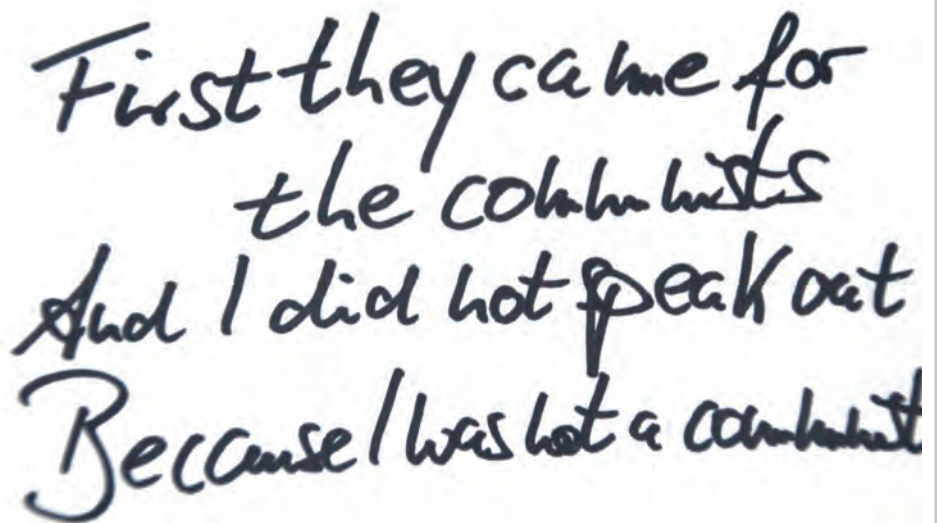
„Aber es gibt keine Antisemiten mehr“, stellten Theodor Adorno und Max Horkheimer einst lakonisch in ihrem Essay ‚Elemente des Antisemitismus‘ fest und spielten damit auf den Umstand an, dass Antisemitismus offenkundig existent ist, sich aber kaum jemand heute noch als Antisemit bezeichnen würde. „Ich habe nichts gegen Juden, aber...“ lautet in diesem Fall der rhetorische Vorgriff, auf den dann oft doch eine antisemitische Aussage folgt.

Dies hängt auch damit zusammen, dass Antisemitismus oft nur in Verbindung des Nationalsozialismus betrachtet wird, dabei wird jedoch übersehen, dass Antisemitismus sich nach 1945 ‚modernisiert‘ hat. Die Frage ist also, wie sich Antisemitismus heute begrifflich fassen lässt.

Generell ist Antisemitismus die Bezeichnung für historische und aktuelle Formen der Feindschaft gegen Juden. Eine verbreitete Definition des Antisemitismus liegt von der International Holocaust Remembrance Alliance (IRHA) vor, der sich 2017 auch die deutsche Bundesregierung anschloss. In ihr heißt es:

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen. Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“

Durch die Bezeichnung als ‚Wahrnehmung‘ wird deutlich, dass Antisemitismus nicht auf Fak-



ten beruht, sondern vielmehr eine Ideologie darstellt, die Jüdinnen und Juden negative Eigenschaften zuschreibt. Diese Ideologie kann auch in einer konkreten Handlungen münden. In der Definition der IRHA werden dafür beispielsweise

Widersprüche der Gesellschaft werden auf Juden projiziert

die „dämonisierende oder stereotype Anschuldigungen gegen Juden“, das „Verantwortlichmachen der Juden als Volk für das (tatsächliche oder unterstellte) Fehlverhalten einzelner Juden“ oder der „Vorwurf gegenüber dem jüdischen Volk oder dem Staat Israel, den Holocaust übertrieben darzustellen oder erfunden zu haben“ angeführt. Hieraus geht hervor, dass der Antisemitismus heute unterschiedliche

Erscheinungsformen aufweist. Einige grundlegende Aspekte sind diesen Erscheinungsformen jedoch gemein: Der Antisemitismus ist kein bloßes Vorurteil, sondern eine eigenständige Denkform, in der Juden für alle wesentlichen Übel der Welt verantwortlich gemacht werden. Auf diese Weise eröffnet sich eine Simplifizierung von Gesellschafts- und Machtverhältnissen, die als komplex und bedrohlich empfunden werden. Die Widersprüche der modernen Gesellschaft bleiben dabei unverstanden und werden auf die Juden projiziert. Das bedeutet, dass Antisemitismus die Funktion eines Erklärungsmodells einnimmt. In diesem werden Juden mit Macht und Geld in Verbindung gesetzt und als hinterlistig und geheimnisvoll charakterisiert. Ebenso wird ein jüdischer Einfluss auf die Politik und das Finanzwesen ima-



giniert. Antisemitismus korrespondiert daher häufig mit Verschwörungstheorien oder auch mit einer vermeintlichen Kapitalismuskritik. Die Fantasien, die der Antisemitismus über die Juden erzeugt, haben natürlich nichts mit dem realen Verhalten von Juden zu tun, weswegen sich die Analyse des Antisemitismus auch auf die Antisemiten beziehen muss und nicht auf das Judentum. Denn gäbe es die Juden nicht, so „würde der Antisemit sie erfinden“, merkte der Philosoph Jean-Paul Sartre hierzu passend an. Diese Irrationalität hat Antisemitismus mit anderen Ideologien, wie z.B. Rassismus gemeinsam, der Charakter der Welterklärungs-ideologie des Antisemitismus ist jedoch ein Spezifikum. Ein weiterer Unterschied besteht darin, dass der Rassismus das ‚Minderwertige‘ entwirft, der Antisemitismus verkörpert hingegen den Gedanken an etwas ‚Übermächtiges‘.

Bereits ab dem Mittelalter verbreitete sich der Antisemitismus

Für das Verständnis des Antisemitismus ist auch ein Blick in die Vergangenheit hilfreich: Verfolgt man die Entstehungsgeschichte des Antisemitismus, so lassen sich seine Ursprünge bereits in der Antike finden. Ab dem Mittelalter verbreiteten sich zunehmend im Kontext christlicher Theologie anti-jüdische Vorurteile, die bereits zu dieser Zeit zur Ausgrenzung und Verfolgung von Juden führten. Beispielhaft sind hier der Glaube an die Ritualmordlegende sowie der Vorwurf der Brunnenvergiftung im Zusammenhang mit der Verbreitung der Pest in Europa zu nennen. Außerdem wurde ihnen die Zulassung zu den christlich geprägten Handwerkszünften verwehrt. Aus diesem Grund mussten viele Juden auf den Handel und die Geldleihe ausweichen. So entstand schon hier das Stereotyp des ‚reichen Juden‘, welches sich bis heute hält.



Ehemaliges Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau

Mit der Industrialisierung und der Herausbildung von Nationalstaaten veränderten sich nicht nur gesellschaftliche Verhältnisse, sondern auch der Antisemitismus. Es ging nun nicht mehr um einen christlich legitimierten Hass auf das Judentum, sondern um einen politischen und sozialen Antisemitismus, der Juden abstrakt hinter den Umbrüchen und Krisen der Moderne vermutete. Erst hier wird auch der Begriff ‚Antisemitismus‘ geprägt – von Antisemiten selbst, die ihre Judenfeindschaft als wissenschaftlich begründen wollten und sich damit von dem religiösen Charakter abgrenzten. Insbesondere in Deutschland breitete sich diese Form des Antisemitismus aus, auch in Verbindung mit dem deutschen Nationalismus. Somit war der Antisemitismus auch für den Nationalsozialismus das zentrale Element und fand hier seinen negativen Höhepunkt in dem geplanten Massenmord an den europäischen Juden. Wesentlich waren hier neben der Konstruktion von Juden als ‚Gegenrasse‘ auch verschwörungstheoretische Vorstellungen über das ‚Finanzjudentum‘.

Mit Ende des Nationalsozialismus endete aber keineswegs der Antisemitismus. Vielmehr bildete

sich eine Variante der Judenfeindschaft heraus, die als ‚sekundärer Antisemitismus‘ bezeichnet wird. Geprägt wurde der Begriff von Theodor Adorno, der wenige Jahre nach dem Nationalsozialismus in Befragungen von Deutschen für eine Studie zum Antisemitismus eine „krampfhaft Abwehr jeglichen Schuldgefühls“ feststellte. Man spricht daher auch von einem Schuldabwehr-Antisemitismus, bei dem die nationalsozialistischen Verbrechen relativiert und verharmlost werden. Damit einher geht die Wahrnehmung von Juden als ‚Störenfriede‘ dieser Abwehr, die sich vermeintlich an Wiedergutmachun-

Der sekundäre Antisemitismus fordert den Schlussstrich

gen bereichern würden und dafür sorgen, dass sich Deutsche nicht positiv auf ihre Nation beziehen könnten. In diesen Vorwürfen revitalisieren sich bekannte Bilder des ‚rachsüchtigen‘ und ‚geldgierigen‘ Juden. Mit dem sekundären Antisemitismus ist zudem die Forderung nach einem sogenannten ‚Schlussstrich‘ verbunden, der ein Ende der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus markieren soll. Dieses Motiv lässt sich

auch in aktuellen Debatten wiederfinden, etwa wenn der AfD-Politiker Björn Höcke in einer Rede eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ fordert.

Elemente des sekundären Antisemitismus lassen sich auch in Bezug auf Israel finden, wenn beispielsweise die israelische Politik mit den nationalsozialistischen Verbrechen verglichen wird und damit eine Täter-Opfer-Umkehr stattfindet. Dies kann als Teil des ‚israelbezogenen Antisemitismus‘ betrachtet werden, der gegenwärtig die virulenteste Ausdrucksform des Antisemitismus darstellt. Hier dient das Feindbild Israel als eine Art kollektiver Jude, auf den nun die antisemitischen Ressentiments übertragen werden. Dabei spielen auch traditionelle Vorurteile eine Rolle: So spiegelt sich in der populären Parole ‚Kindermörder Israel‘ der aus dem Mittelalter stammende Vorwurf der Kindstötung durch Juden wider.

Der Nahostkonflikt wird für Antisemitismus instrumentalisiert

Da Israel sich seit seiner Gründung 1948 in einem permanenten Verteidigungsstatus befindet, wird insbesondere der Nahostkonflikt genutzt, um eine antisemitische Einstellung zum Ausdruck zu bringen, die nicht mehr zwangsläufig offen geäußert werden muss, sondern sich in Form einer ‚Israelkritik‘ entlädt. Diese wird zudem gerne als vermeintlicher Tabubruch inszeniert, dabei wird kein anderes Land so oft verurteilt und kritisiert, wie der Staat Israel. Natürlich ist nicht jede Kritik an Israel automatisch antisemitisch motiviert, in vielen Fällen lässt sich aber mit Hilfe einiger Indikatoren ein antisemitischer Gehalt feststellen. So ist nach dem sogenannten ‚3D-Test‘ des Politikwissenschaftlers Nathan Sharansky Kritik an Israel als antisemitisch einzustufen, wenn sie

den Staat dämonisiert, ihn delegitimiert oder doppelte Standards angewendet werden, also an Israel Aspekte kritisiert werden, die in gleicher Form bei anderen Staaten nicht zur Sprache gebracht werden. Ebenso kann von Antisemitismus gesprochen werden, wenn hier lebende Juden für die Handlungen der israelischen Regierungen verantwortlich gemacht werden oder die Politik Israels mit Juden insgesamt gleichgesetzt wird.

Zusammenfassend schreibt der Soziologe Klaus Holz: „Die Grundmuster der antisemitischen Semantik, die verschwörungstheoretische Personifikation und die Relativierung der Shoah haben mit rationaler Kritik nichts zu tun“. Aktuelles Beispiel für eine antisemitische Israelkritik ist die internationale Kampagne ‚Boycott, Divestment, Sanctions‘ (BDS), welche zum wirtschaftlichen und kulturellen Boykott Israels aufruft. Die hier vorgetragene Forderung, keine israelischen Waren zu kaufen, erinnert stark an die nationalsozialistische Losung ‚Kauft nicht bei Juden‘. Es wird zudem regelmäßig die Grenze der Kritik überschritten, wenn Musiker, die Israel auftreten wollen, durch die BDS-Kampagne unter Druck gesetzt werden, damit sie den Auftritt absagen. Nicht selten gibt sich der Antisemitismus hier auch den Anstrich des Antirassismus, indem beispielsweise Israel als ein Apartheidsregime wie Südafrika dargestellt wird – was de-facto nicht der Realität entspricht ist und daher ein Beispiel für die genannte Dämonisierung ist.

Antisemitismus zeigt sich gegenwärtig also in unterschiedlichen Facetten. Ebenso vielfältig sind die Gruppen, in denen sich Antisemitismus artikuliert. Offen und aggressiv lässt er sich natürlich in der rechtsextremen Szene finden. Von der Glorifizierung des Nationalsozialismus über den Hass auf Israel bis hin zur Darstellung von

Juden als Feinde des ‚deutschen Volks‘ wird hier das gesamte Arsenal des Antisemitismus aufgeföhren, das zentral für die Ideologie des Rechtsextremismus ist. Gerade die Dortmunder Neonazis scheuen sich nicht vor antisemitischen Auftritten. So demonstrierten sie beispielsweise unter dem Motto ‚Israel ist unser Unglück‘ (analog zu: ‚Die Juden sind unser Unglück‘ im NS) am Jahrestag der Staatsgründung Israels, stören jährlich das Gedenken an die Opfer der Pogromnacht oder stellten im Stadtrat eine Anfrage nach der Anzahl der in Dortmund lebenden Juden.

Aber auch in Teilen des linken Spektrums lässt sich Antisemitismus beobachten, zum Beispiel als Element einer personifizierenden Kapitalismuskritik oder als Solidarität mit palästinensischen Kämpfern. Doch Antisemitismus ist kein beliebiges Randphänomen. Das zeigt auch ein Blick in die Empirie: Laut der sozialwissenschaftlichen ‚Mitte‘-Studie, welche die Verbreitung von Vorurteilen in der deutschen Gesellschaft untersucht, ist

Antisemitismus artikuliert sich immer hemmungsloser

Antisemitismus eben in genau jener ‚Mitte‘ präsent: 2016 stimmten hier 9% der Befragten der Aussage „Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss“ zu. Sogar 26% fanden, dass „viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen“. Den höchsten Wert erzielt aber der israelbezogenen Antisemitismus: Der Aussage „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat“ stimmten 40% der Befragten zu – im Übrigen der einzige Wert, der sich im Vergleich mit Befragungen in den Vorjahren nicht verringert hat. Doch auch wenn demnach antisemitische Äußerungen in ihrer Gesamtheit auf weniger



Zustimmung stoßen, so artikuliert er sich in jüngster Vergangenheit immer hemmungsloser. Dazu trägt auch die „Akzeptanz und Normalisierung von Judenfeindschaft“ in Sozialen Netzwerken bei, wie aus der Studie ‚Antisemitismus 2.0‘ der Linguistin Monika Schwarz-Friesel hervorgeht.

Zudem besteht gegenwärtig ein antisemitisches Gefährdungs- und Gewaltpotenzial in Deutschland, wie die Statistiken zur politisch motivierten Kriminalität belegen. So ereigneten sich im Jahr 2017 insgesamt 1453 antisemitische Straftaten, davon 32 Gewalttaten. Viele antisemitische Vorkommnisse werden allerdings erst gar nicht zur Anzeige gebracht oder bleiben unter der Strafbarkeitsgrenze. So zählt die zivilgesellschaftliche ‚Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus‘ (RIAS) allein für

Rund 80 Prozent der Juden fühlen sich in Deutschland bedroht

Berlin schon fast vier Mal so viele antisemitische Vorfälle als die offizielle Statistik des Stadtstaats. Es ist daher nicht verwunderlich, dass sich laut der Studie ‚Jüdische Perspektiven auf den Antisemitismus‘ der Universität Bielefeld rund 80 Prozent der Juden in Deutschland bedroht fühlen. Viele der Befragten erleben hiernach im Alltag subtile antisemitische Andeutungen aber auch Beleidigungen und körperliche Angriffe.

Aus der Studie lässt sich darüber hinaus ablesen, dass von den Betroffenen für einen Großteil der antisemitischen Attacken (tatsächliche oder vermeintliche) Muslime als Täter angegeben wurden. Auch bei den in jüngster Vergangenheit publik gewordenen Übergriffen auf Juden in Deutschland waren die Täter häufig Muslime oder arabischstämmige Personen. Dies verweist auf ein derzeit viel disku-

tiertes Problem: Antisemitismus ist schon länger nicht mehr nur in der deutschen Mehrheitsgesellschaft anzutreffen, sondern ebenso unter Muslimen. Dabei ist der muslimische Antisemitismus kein neues Phänomen: Bereits im Nationalsozialismus kooperierten die Nazis mit arabischen Nationalisten, es gab zudem muslimische SS-Einheiten – Antisemitismus war hier der verbindende Kitt, der bis heute hält. Und spätestens mit dem Anschlag auf das World Trade Center 2001 wurde deutlich, dass im islamistischen Terrorismus antisemitische Motive zentral sind, was sich auch an den Anschlägen auf das jüdische Museum in Brüssel und einen koscheren Supermarkt in Paris offenbarte.

Tatsächlich zeigen Studien, dass antisemitische Einstellungen unter muslimischen Minderheiten stärker verbreitet sind als in der Mehrheitsbevölkerung – in vielen islamischen Ländern ist Antisemitismus sogar Bestandteil der Staatsideologie. Insbesondere in Bezug auf Israel zeigt sich hier der Antisemitismus unverhohlen, etwa wenn auf anti-israelischen Demonstrationen Fahnen des jüdischen Staats unter „Allahu akbar“-Rufen verbrannt werden oder Rufe wie „Jude, Jude, feiges Schwein, komm heraus und kämpf‘ allein“ erklingen.

Wesentliche Ursachen für den Antisemitismus unter Muslimen sind ein Weltbild, dass von einer jüdischen Verschwörung gegen die Muslime ausgeht, eine emotionale Überidentifizierung mit den Palästinensern gepaart mit einer antisemitischen Interpretation des Nahostkonflikts sowie eine antijüdische Islamrezeption, nach der Juden und Muslime als natürliche Feinde gelten. Antisemitische Propaganda von arabischen TV-Sendern, die auch hierzulande rezipiert wird, tut ihr Übriges. Allerdings sind weder alle Muslime Antisemiten, noch kann der Antisemitismus den

Muslimen exklusiv zugeschrieben werden. Dies widerspricht nicht nur der beschriebenen Realität des Antisemitismus, sondern kann auch als Teil einer Entlastungsstrategie verstanden werden, welche die Deutschen vom Antisemitismus freisprechen soll und damit schon wieder nah an seiner sekundären Variante ist. Der – gerne im rechten Spektrum – genutzte Begriff des ‚importierten Antisemitismus‘ ist insofern zur Betrachtung des Problems nicht hilfreich. Der Antisemitismus musste schließlich nicht erst nach Deutschland gebracht werden, dies zeigt allein schon die Geschichte, in der sich der Antisemitismus in einer spezifisch deutschen Form als mörderisch erwiesen hat.

Antisemitismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem

Ob der rechtsextreme Angriff auf ein jüdisches Restaurant in Chemnitz, stereotype Karikaturen vom israelischen Präsidenten Netanjahu in der ‚Süddeutschen Zeitung‘, antisemitische Verschwörungsmymen des Rappers ‚Kollegah‘, die Verharmlosung des Nationalsozialismus als „Vogelschiss“ oder „Du Jude“ als Schimpfwort auf Schulhöfen: Antisemitismus ist und bleibt ein gesamtgesellschaftliches Phänomen, dass sich vielschichtig äußert. Der Antisemitismus ist somit gegenwärtig eine der größten Herausforderungen, die unterschiedliche Gegenstrategien notwendig macht. Ein erster Schritt ist es, den Antisemitismus in all seinen Ausformungen zu erkennen und ernst zu nehmen. Das bedeutet auch, die Perspektive der Betroffenen wahrzunehmen und einzubeziehen. Denn ob klassisch, sekundär oder israelfeindlich – Antisemitismus bedroht in gefährlicher Weise jüdisches Leben in Deutschland und weltweit und somit auch die demokratische Gesellschaft.

Der Antisemitismus - uralt und hochmodern

von Dr. Rolf Fischer

Der Begriff „Antisemitismus“ wurde um 1880 von antijüdischen Publizisten, Politikern und Interessengruppen des Deutschen Reiches geprägt und international populär gemacht, um der neuen, „modernen“ Form einer vornehmlich nicht mehr religiös, sondern rassistisch begründeten Judenfeindschaft einen wissenschaftlichen Anstrich zu verleihen.

Dabei hat sich Antisemitismus nie gegen andere semitischsprachige Völker wie etwa die Araber gerichtet, haben Antisemiten nie etwas anderes propagiert und gefördert als Judenfeindschaft und Judenhass. Dass der seine antijüdische Intention und Aggression verbrämende Begriff „Antisemitismus“ in der öffentlichen wie auch in der wissenschaftlichen Diskussion bis heute für alle Erscheinungsformen von Judenfeindschaft durchgängig verwendet wird, zeigt auch, wie umfassend, durchdringend und erfolgreich die Propaganda der Judenfeinde war.

**Es waren die Deutschen,
die beispiellos radikal und
gnadenlos vorgegangen sind**

In Deutschland wurde nicht nur der Begriff geprägt, Deutsche waren es auch, die die Intention und das Ziel des modernen Antisemitismus von Staats wegen und mit beispielloser Radikalität in antijüdische Politik und gnadenloses Handeln umsetzten: entrechten, ausgrenzen, ausplündern, vertreiben und, in letzter Konsequenz, ermorden, bis ins letzte Glied, bis hin zu den jüdischen Kindern. Antisemiten und Antisemitismus gab es spätestens seit Ende des 19. Jahrhunderts in nahezu allen europäischen Ländern, doch nirgendwo sonst führte er in einen bürokratisch organisierten und zu einem Gutteil in „Tötungsfabriken“ durchgeführten Völkermord. Daraus erklärt sich von



Dr. Rolf Fischer

selbst, warum in Deutschland und bei den Deutschen eine besondere Sensibilität und eine entschiedene Haltung gefragt sind, wenn es zu antijüdischen Vorfällen kommt – sei es in Form von mehr oder weniger offenen verbalen Ausfällen oder gar in Form von körperlichen Übergriffen. Dass in deutschen Städten Menschen angegriffen werden, weil sie eine Kippa oder einen Davidstern tragen, dass Neonazis demonstrativ die Tagebücher der Anne Frank und Palästinenser

in der deutschen Hauptstadt öffentlich die Flagge Israels verbrennen können, ohne dass die Polizei eingreift, ist im Blick auf die jüngere deutsche Geschichte und den Holocaust eine Ungeheuerlichkeit, die noch vor wenigen Jahren kaum vorstellbar gewesen wäre.

Wie schon die wenigen angeführten Beispiele zeigen, sind zu den traditionellen Formen der Judenfeindschaft, die auf Vorurteilen, Mythen und Verschwörungstheori-



en basieren und vor allem religiös, ökonomisch und rassistisch motiviert sind, neue Formen getreten. Sie sind Ausdruck gewandelter gesellschaftlicher Verhältnisse und neuer gesellschaftlicher Konflikte. So haben in den letzten Jahren infolge der starken Zuwanderung muslimischer Migranten vor allem der islamische und antizionistische Antisemitismus Konjunktur, wobei Letzterer, der sich häufig als angebliche Israelkritik ausgibt, auch von einem Teil der deutschen Linken getragen und befördert wird.

In Reihen der radikalen Rechten und Neonazis hingegen, die nach wie vor für den Großteil der antisemitisch motivierten Straftaten in Deutschland verantwortlich sind, hat besonders der sogenannte „sekundäre“ Antisemitismus an Bedeutung gewonnen: die Leugnung des Holocaust bzw. seine Relativierung und Verharmlosung, wie sie sich etwa in der Parole vom „Bombenh Holocaust“ äußert, wenn von den deutschen Opfern der alliierten Luftangriffe während des Zweiten Weltkrieges die Rede ist.

Überzeugte Antisemiten sind für Argumente und Logik nicht zugänglich

Auch diese neueren Erscheinungsformen des Antisemitismus greifen gern und häufig auf den überlieferten Motivvorrat der Judenfeindschaft zurück, indem sie, wo immer es dienlich scheint, ihre krankhaften Vorstellungen von der vermeintlichen Macht- und Geldgier, dem angeblichen Kosmopolitismus und destruktiven Geist der Juden bemühen.

Da überzeugte Antisemiten mit einer geschlossenen Weltanschauung, in der „die Juden“ für alles Übel der Welt verantwortlich sind, rationaler Argumentation und Logik nicht zugänglich sind, erübrigt sich im Blick auf diese Gruppe jede aufklärerische Arbeit. Ganz

anders sieht es im Blick auf die bedeutend größere Gruppe jener aus, die in Befragungen zu erkennen geben, dass sie einzelne negative Stereotype über Juden für zutreffend halten, diese aber nicht in ein umfassendere antijüdische Ideologie und Lebenseinstellung integrieren. In dieser Gruppe können Aufklärung und pädagogische Arbeit durchaus einschlägige antijüdische Vorurteile und Stereotype auflösen - auch wenn viel Zeit und Geduld gefragt sind, um Erfolge aufzeigen zu können.

Umfragen der EU-Grundrechteagentur zeigen auf, dass Juden in Deutschland im Jahr 2018 häufiger antisemitischen Anfeindungen ausgesetzt gewesen sind, als es in anderen EU-Staaten der Fall war. Gerade in Deutschland, möchte man anmerken, trotz des Holocaust! Aber es ist wohl nicht „trotz“ des Holocaust so, sondern wegen des Holocaust. Ein jüdisches Bonmot der Nachkriegszeit lautete: „Die Deutschen werden

uns nie verzeihen, was sie uns angetan haben.“ Diese Vermutung scheint bis heute Gültigkeit zu haben. 2016 stimmten 26% der befragten Deutschen der These zu „Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute Ihren Vorteil zu ziehen“, 24% der These „Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip auch nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben“.

Geht man davon aus, dass dieses Viertel der Befragten recht gut über den Nahostkonflikt zwischen Israel und den Palästinensern orientiert ist, bleibt nur der Schluss, dass die Zustimmung sehr wenig darüber wissen, „was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben“. Denn wäre das Vorgehen tatsächlich vergleichbar, so wären alle palästinensischen Männer, Frauen und Kinder im Machtbereich Israels längst ermordet.



Mahnmal in Dortmund-Dorstfeld

Dortmund: Netzwerk gegen Antisemitismus gegründet

Irgendwie hat man den Eindruck als ob etwas immer näher kommt. Etwas, das einem die Kehle zuschnürt. Es findet kein Dialog mehr statt. Es wird verbal aufeinander eingepöbelt, was das Zeug hält. Gefühl kommt es näher und irgendwie kann man sich nicht mehr einfach distanzieren.

Es wird Zeit einzuschreiten, mitzumischen, (wieder) aufzustehen und sich aufzulehnen gegen den überall herrschenden Gleichmut. Da wird auf offener Straße ein Kippa tragender junger Mann mit einem Gürtel geschlagen, da wird bei einer Sonnenwendfeier in Sachsen das Tagebuch der Anne Frank verbrannt, ein 16-Jähriger muss ebenfalls in Sachsen-Anhalt mit einem Schild über den Schulhof laufen: „Ich bin am Ort das größte Schwein, ich lass mich nur mit Juden ein“.

Es sind diese Geschichten, die wir hören, die wir sehen, die einfach nicht mehr an uns vorbeigehen können. Wir bekommen sie hautnah und direkt mit. Wie muss das dann erst für die Menschen sein, die es direkt und am eigenen Leib erfahren (haben)? Die Auslands-gesellschaft hat einen Auftrag. Und der lautet: „Völkerverständigung im Geiste von Humanität und Toleranz“. Was in den Ohren einiger wie aus einer längst vergangenen Zeit klingt, ist heute aktueller denn je.

Wir setzen uns für den Schutz von Menschen ein, egal welcher Kultur oder Religion sie angehören. Bei uns steht der Mensch im Mittelpunkt, und zwar nur der Mensch.

Es wird Zeit, sich gegen zunehmenden Antisemitismus aufzustellen. Das ist unser Auftrag, den wir als älteste Bürgerinitia-



Aufkleber der Amadeu Antonio Stiftung.

tive dieser Republik haben. Antisemitismus war nie von der Bildfläche verschwunden, jetzt ist er nur wieder deutlicher im Fokus. Deswegen müssen wir uns positionieren. Wenn wir jetzt nichts tun, dann ist es vielleicht bald zu spät.

Aber, da wir nicht alleine sind in Dortmund, haben wir auch andere Initiativen und Institutionen angesprochen. Und sie sind alle gekommen und beteiligen sich

am Netzwerk zur Bekämpfung von Antisemitismus Dortmund. Ziel des Netzwerkes ist es miteinander zu kooperieren, eigene Schwerpunkte transparent zu machen und gegenseitig sich auf dem Laufenden zu halten. Als erster Schritt wurde die gemeinsame Selbstverpflichtung unterzeichnet.

Interessierte sind eingeladen, die Unterzeichnung der Selbstverpflichtung ist Voraussetzung.

Grundsatz-erklärung des Netzwerks zur Bekämpfung von Antisemitismus

Angesichts der vielfältigen Formen des antisemitischen Ressentiments, mit dem Jüdinnen und Juden beständig konfrontiert sind und von denen sie bedroht werden, ist es für unsere pluralistische Gesellschaft von zentraler Bedeutung, die Erfahrungen derer, die von Antisemitismus betroffen sind, anzuerkennen und ernst zu nehmen. Nur wenn der Antisemitismus in all seinen Ausprägungen bekämpft und damit auch zum Gegenstand der Präventionsarbeit wird, kann eine demokratische Gemeinschaft ihren eigenen Ansprüchen gerecht werden, nämlich eine Gesellschaft zu realisieren, die jeder Form der Menschenfeindlichkeit entgegenwirkt, wo immer sie sich manifestiert. Antisemitische Beschimpfungen gehören auf vielen Schulhöfen zum Alltag und selbst im Rahmen von rechtsextremen Kundgebungen solidarisierten sich junge Menschen mit Migrationshintergrund mit dem Antisemitismus der Rechtsextremen. Als Organisationen und Personen, die sich gegen den Antisemitismus in Dortmund engagieren, und die durch ihre Präventionsarbeit beständig mit dem Phänomen konfrontiert sind, müssen wir konstatieren, dass der Antisemitismus in unserer Stadt nicht allein auf rechtsextreme Kreise reduziert werden kann.

Aus diesem Grund einigen sich die Unterzeichnenden auf folgende Grundsätze ihrer Arbeit, um eine wirksame Bekämpfung von Antisemitismus als Praxis der Gewalt in Wort und Tat wirksam zu bekämpfen:

I. Die »Arbeitsdefinition von Antisemitismus« der IHRA wird angewendet.

Grundlage für die Auseinandersetzung mit Antisemitismus ist die vom Deutschen Bundestag am 18. Januar 2018 beschlossene (BT Drucksache 19/444) »Arbeitsdefinition von Antisemitismus« der *Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken* (IHRA) mitsamt ihren Anhängen in der von der Bundesregierung am 27. September 2017 dargelegten Form.¹

¹ „Bundesregierung unterstützt internationale Arbeitsdefinition von Antisemitismus“, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/themen/kulturdialog/06-interkulturelledialog/-/216610>, Zugriff: 05. Dezember 2018; „Arbeitsdefinition von Antisemitismus“ <<http://www.holocaustremembrance.com/de/node/196>>, Zugriff: 05. Dezember 2018.

Im gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen – und in Anlehnung an die IHRA-Definition – ist „Antisemitismus eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen. Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“

Die Definition umfasst alle aktuellen Erscheinungsformen des Antisemitismus als Praxis der Gewalt in Wort und Tat. So gilt es heute und in Zukunft gegen alle Formen von Antisemitismus vorzugehen – gleich ob traditionell-religiös, rassistisch, schuldabwehrend, islamistisch ‚antiimperialistisch‘ oder auf Israel bezogen.

Die Anwendung der von der Bundesregierung unterstützten Definition ist ein Kriterium für die Entwicklung, Finanzierung und Durchführung von Programmen und Maßnahmen, die sowohl der Bekämpfung des Antisemitismus als auch der allgemeinen Demokratieförderung, der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, der politischen und historischen Bildung, der interkulturellen wie interreligiösen Verständigung dienen sollen.

II. Die von Antisemitismus Betroffenen werden ernst genommen und Antisemitismus als ein eigenständiges Phänomen anerkannt.

Die von Antisemitismus Betroffenen und ihre Erfahrungen ernst zu nehmen, steht im Zentrum unserer Arbeit. Dies leitet uns, Antisemitismus als eigenständiges Phänomen anzuerkennen.

Antisemitismus richtet sich als Praxis der Gewalt in Wort und Tat gegen all jene Personen und/oder Institutionen, die als jüdisch *wahrgenommen* werden. Er ist nicht unter andere Kategorien subsumierbar, jedoch mit anderen Erscheinungsformen sogenannter gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit verbunden. Es wird festgehalten, dass Antisemitismus keineswegs oder ausschließlich in bestimmten gesellschaftlichen Gruppen oder Milieus verankert ist, sondern vielmehr in *sämtlichen* Gesellschaftsbereichen verbreitet ist.



III. Keine Zusammenarbeit mit Akteuren, die den genannten Definitionskriterien widersprechen.

Im Zuge einer allgemeinen Demokratieförderung und aufgrund der Tatsache, dass der Antisemitismus sich als Praxis der Gewalt in Wort und Tat gegen die Prinzipien des freiheitlich-demokratischen Gemeinwesens richtet, ist die Bekämpfung des Antisemitismus eine zentrale Aufgabe demokratischer Akteurinnen und Akteure.

Das bedeutet auch, dass Organisationen, Vereinen und Personen, die etwa den Holocaust leugnen oder relativieren, die Existenz Israels als jüdischen Staat delegitimieren, zu antijüdischen oder antiisraelischen Boykotten aufrufen, diese unterstützen oder entsprechende Propaganda verbreiten (z.B. die Kampagne „Boycott – Divestment – Sanctions [BDS]“) oder die anderweitig antisemitisch agieren, keine Räumlichkeiten oder Flächen zur Verfügung gestellt werden.

Dementsprechend ist die Zusammenarbeit mit Gruppen oder Einzelpersonen, die den oben genannten Definitionskriterien widersprechen, abzulehnen.

Das Ziel des Bündnisses ist es entsprechend der oben genannten Punkte, sensibilisierend und präventiv in die Stadtgesellschaft hineinzuwirken, um so einen Beitrag gegen jedwede Form der Diskriminierung und für ein demokratischen Werten verpflichtetes Miteinander zu leisten.

Dortmund „rechts außen“ - Eine Bestandsaufnahme

Dortmund macht immer wieder – auch überregional – wegen seiner rechtsextremen Szene Schlagzeilen. Im aktuellen Landesverfassungsschutzbericht wird Dortmund-Dorstfeld als das „Gravitationszentrum der Neonazis in NRW“ bezeichnet. Doch rechtsextremistische Gewalttaten gehen immer weiter zurück.

Und Taten werden zu 90 Prozent aufgeklärt. Hat sich der Kontrolldruck also ausgewirkt? Ein Interview mit Polizeipräsident Gregor Lange und Staatsschutzchef Karsten Plenker aus dem Sommer 2018 über politisch motivierte Kriminalität in Dortmund.

Seit es in Süddeutschland ein Tötungsdelikt gab, haben die Polizeibehörden die Reichsbürgerbewegungen ganz bewusst in den Blick genommen. „Es gibt ein riesiges Dunkelfeld. Sehr viele sind auf den fahrenden Zug aufgesprungen – über 50 Prozent aber nicht aus ideologischen, sondern rein finanziellen Interessen“, berichtet Karsten Plenker. Denn Reichsbürger lehnen die Bundesrepublik ab – und damit auch Steuerforderungen. Doch egal, ob ideologisch oder materiell motiviert, für den Staatsschutz sind vor allem die Waffenträger von Interesse. 350 Verdachtsfälle gab es in der Hauptstelle in Dortmund, zu der auch Soest, Unna und Hamm gehören. „Bei rund 50 Prozent konnten wir den Nachweis führen, dass sie Reichsbürger sind, bei 30 Prozent, dass dies nicht so ist“, zieht Karsten Plenker Bilanz.

Polizeisprecher Kim-Ben Freigang konkretisiert die Zahlen: Bei 141 nachweisbaren Reichsbürgern im Bereich der Dortmunder Hauptstelle seien von den zuständigen Kreispolizeibehörden die Waffen eingezogen worden. Wie viele Reichsbürger es allerdings insgesamt im Zuständigkeitsbereich



Alex Völkel

gibt, ist offen. Landesweit spricht der Verfassungsschutz NRW von 2.750 (Stand 26.06.2018) Anhängern dieser Bewegung – die Tendenz ist weiter steigend.

Allerdings sei bei der Mehrzahl der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ keine feste Organisationsbindung erkennbar. „Es handelt sich überwiegend um Einzelpersonen

141 Reichsbürger im Zuständigkeitsbereich der Polizei Dortmund entwaffnet

sowie Angehörige loser örtlicher Szenen“, heißt es dazu vom Verfassungsschutz NRW. Nur zehn Prozent seien in organisierten Gruppen Mitglied.

Einen identifizierten Reichsbürger hatte die Dortmunder Polizei auch in den eigenen Reihen. Die Polizeiführung ging damit

bereits 2014 offensiv und auch öffentlichkeitswirksam um und suspendierte den Beamten. Doch seitdem gibt es dazu keine Informationen mehr. Selbst, ob das Verfahren vor der Disziplinarkammer am Verwaltungsgericht (VG) oder Obergericht (OVG) in Münster läuft bzw. abgeschlossen ist, wird nicht mitgeteilt.

„Wir haben von gerichtlicher Seite einen Maulkorb bekommen“, berichtet Polizeipräsident Gregor Lange. „Wir haben sehr früh reagiert – auch mit Durchsuchungsmaßnahmen. Das ist nicht alltäglich. Wir hatten ihn suspendiert.“ Doch, ob er noch suspendiert ist, entlassen wurde oder weiter Dienst tut, darüber kann und will niemand sprechen.

So auch beim OVG: Der zuständige Presserichter Ralf Redeker will noch nicht mal bestätigen



oder dementieren, ob es ein Verfahren gibt oder bereits gegeben hat. „In Disziplinarverfahren geben wir grundsätzlich keine Auskunft“, teilte Redeker mit. Es soll sich bei dem Reichsbürger in Uniform zumindest in Dortmund um einen Einzelfall gehandelt haben, heißt es dazu aus Polizeikreisen.

Nach unbestätigten Meldungen soll der suspendierte Beamte mittlerweile aus dem Polizeidienst entlassen worden sein, heißt es dazu aus Ministeriumskreisen. Deutlich gesprächsbereiter ist die Polizei Dortmund allerdings zum Thema Rechtsextremismus und Neonazis. Die Partei „Die Rechte“ entwickelte sich nach dem Verbot mehrerer Neonazikameradschaften durch den NRW-Innenminister 2012 – darunter war auch der „Nationale Widerstand Dortmund“ (NWDO) –

Dortmunder AktivistInnen dominieren bundesweit die Neonazi-Splitterpartei

zum Sammelbecken von Neonazis.

„Ziel des NRW-Landesverbandes ist es, die bisherigen neonazistischen Aktivitäten nunmehr im Schutz des sogenannten Parteienprivilegs zu betreiben und neonazistische Propaganda zu verbreiten“, heißt es dazu vom Verfassungsschutz NRW. Bundesweit hat die Partei 650 Mitglieder, Anhänger und Unterstützer, davon ca. 270 in NRW.

„Die Partei ‚Die Rechte‘ ist in struktureller Hinsicht ein Sammelbecken für Neonazis, ideologisch wesensverwandt mit dem Nationalsozialismus und tritt in aggressiv-kämpferischer Weise auf. Dies trifft insbesondere auf den Landesverband Nordrhein-Westfalen zu, der den Bundesverband dominiert. Die Führung des Landesverbandes setzt sich aus Hauptprotagonisten der verbotenen Kameradschaften

Dortmund und Hamm zusammen“, heißt es im aktuellen Bericht.

Das Dortmunder Ratsmitglied Michael Brück bildet gemeinsam mit dem vielfach verurteilten Neonazi Sascha Krolzig das Führungsduo der Bundespartei. Ein politischer Schwerpunkt liegt in Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Dies werde in Kampagnen gegen Flüchtlinge, Moscheebauten und zur Unterstützung für die mehrfach verurteilte Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck deutlich, die die Spitzenkandidatin der Partei für die Europawahl ist.

In Dortmund störten Anhänger der Partei am 9. November 2017 eine Gedenkveranstaltung zur „Reichsprogromnacht“, indem sie „Nie wieder Israel“ skandierten. Neben sogenannten Reichskriegsflaggen zeigten sie außerdem ein Transparent mit der Aufschrift „Ein Volk, das seit zweitausend Jahren verfolgt wird, muss doch irgendetwas falsch gemacht haben“. Auch am 70. Jahrestag der Staatsgründung Israels gab es

eine entsprechende israelfeindliche Veranstaltung. „Die Partei ‚Die Rechte‘ (stellt sich) offen in eine nationalsozialistische Tradition. So änderten sie beispielsweise das Parteiprogramm dahingehend, dass sich die Partei nunmehr zur ‚Volksgemeinschaft‘ bekennt, dem zentralen gesellschaftspolitischen Leitbild der nationalsozialistischen Ideologie. Ferner riefen Teilnehmer auf Kundgebungen von ‚Die Rechte‘ regelmäßig die Parole ‚Nationaler Sozialismus jetzt‘“, verdeutlicht der Verfassungsschutz.

Einschüchterung von PolitikerInnen, JournalistInnen, BürgerInnen und BeamtInnen

Die Neonazi-Partei versuche, die von ihnen ausgemachten Feinde einzuschüchtern. „Zu diesen Gegnern zählen Politiker, Journalisten und Bürger, die sich kritisch mit der Partei ‚Die Rechte‘ beschäftigen, sowie Beamte, die im Sinne der wehrhaften Demokratie repressive Maßnahmen gegen Neonazis veranlassen.“



Die Neonazis in Dortmund reklamieren Dorstfeld und speziell das Viertel um den Wilhelmplatz für sich.

Meistens formulierten die ParteiaktivistInnen ihre Bedrohungen jedoch unterhalb der Grenze der Strafbarkeit. „Zugleich sind die Einschüchterungsversuche eindeutig genug, dass die Adressierten wissen, wie es gemeint ist“, konstatiert die Düsseldorfer Behörde.

An dieser Analyse der Partei möchte man in Dortmund nicht rütteln,

90 Prozent der rechtsextremen Gewalttaten in Dortmund wurden aufgeklärt

wohl aber an Bedeutung und Größe der Partei. Von einem „Gravitationszentrum für Neonazis in NRW“ würde man im Polizeipräsidium Dortmund nicht sprechen wollen. „Es gibt bundesweit polizeilich keinen Raum, wo der Rechtsextremismus so intensiv zurückgedrängt wird wie hier. Wir wollen Straftaten verhindern und aufklären“, betont Polizeipräsident Gregor Lange. Er verweist auf die Erfolge im Kampf gegen Rechts, warnt jedoch weiter vor den „geistigen Brandstiftern“. „Wir haben sehr intensiv und sehr ausdauernd mit der SOKO Rechts und einem massiven Präsenzkonzert in Dorstfeld – gemeinsam mit vielen Partnern – positive Effekte erzielt“, betont Lange.

Die Sonderkommission hatte und hat den Auftrag, jedes Blatt umzudrehen und niederschwellig an mögliche Straftaten heranzugehen. „Das führte zu einem Anstieg der Verfahren. Es ist ein Ausdruck der verstärkten Ermittlungstätigkeit“, verdeutlicht der Polizeipräsident.

Sie könnten von Rückgängen, ja sogar von einem Einbrechen der rechtsextremen Straftaten sprechen. 17 Gewalttaten gab es im vergangenen Jahr aus diesem Bereich, 2016 waren es noch 60 – inklusive Widerstandshandlungen gegen Polizeibeamte.

Eine zweite Zahl ist dem Dortmund der Polizeichef noch wichtiger: „Insbesondere bei Gewalttaten haben wir eine Aufklärungsquote von 90 Prozent. Das kann man nicht anders als einen immensen Kontrolldruck nennen“, so Lange.

„Die Botschaften sind klar: Über ein monatelanges Präsenzkonzert haben wir deutlich gemacht, wer in Dorstfeld das Sagen auf der Straße hat und wer über den Wilhelmplatz gehen kann oder nicht“, betont Lange.

Auch wenn die Polizeipräsenz mittlerweile nicht mehr so sichtbar sei, hieße das nichts: „Wir können das jederzeit auch wieder intensivieren. Wir agieren situationsangepasst und angemessen und halten das über Monate durch“, verweist er auf die monatelange Dauerpräsenz, die zwischenzeitlich zu einer „Null-Lage bei Straftaten“ geführt habe.

Die Polizei sei weiterhin sehr daran interessiert, zu einem möglichst frühen Zeitpunkt einzugreifen. „Wir bilden uns nicht ein, dass sich die Szene allein polizeilicher

Monatelanges Präsenzkonzert hat zu einer „Null-Lage bei Straftaten“ geführt

Maßnahmen wegen anders aufstellt. Aber die Null-Toleranz-Strategie macht deutlich, dass Straftaten in Dortmund keine gute Idee sind“, so Lange weiter.

Allerdings sei die Szene leider unverändert vorhanden. „Sie haben sich in Jahrzehnten festgesetzt und fahren einen knallharten Neonazikurs. Sie haben weiterhin eine sehr gefährliche Rolle als Brandbeschleuniger und geistige Brandstifter in bestimmten Bereichen. Doch das ist nicht alles gleichermaßen mit polizeilichen Mitteln zu bekämpfen“, zieht der Polizeipräsident eine Zwischenbilanz.

„Uns ist bewusst, dass die Szene unverändert da ist. Zum Glück ist sie nicht gewachsen. Aber das Gedankengut ist genauso übel wie zuvor“, so Lange. Staatsschutz-Chef Karsten Plenker geht von 65 bis 70 Aktivisten im Mobilisierungskreis von 100 Kilometern aus. In Dorstfeld selbst wohnten 35 bis 40 polizeibekannte AktivistInnen. „Die Szene ist von der Quantität her stabil. Es gibt einen geringen Austausch über die Jahre.“

In Dorstfeld gebe es gewichtige „Kaliber“ der rechtsextremen Szene. Er macht einen Strategiewechsel aus, weg vom „tumben Gewalttäter, der auf 100 Meter erkennbar ist, mehr hin zur soziologisch wirk-

Szene hat sich über Jahrzehnte festgesetzt – 40 AktivistInnen in Dorstfeld

samen Brandstiftung“, so Plenker. Sie kauften Abbruchhäuser, um Wohnraum zu generieren. Sie verfolgten politische und monetäre Interessen.

Daher sei die Europawahl für die Partei „Die Rechte“ wichtig: Wegen der niedrigen Prozenzhürde und der geringen Wahlbeteiligung versuchten sie, in Europa Fuß zu fassen. „Ich bin gespannt, ob das Phänomen fortbesteht. Jetzt wird das Thema Parteienfinanzierung ja neu angegangen. Das hat das Bundesverfassungsgericht der Exekutive ja ins Heft geschrieben. Mal sehen ob, sie weiter an Steuermittel kommen“, so Plenker.

Doch nicht nur Straftaten als solche, sondern auch das Auftreten in der Öffentlichkeit hat die Polizei im Blick. „Es geht ja nicht nur um Straftaten, sondern auch um öffentliche Aktionsformen. Um martialisches Auftreten und einschüchterndes und provokantes Verhalten.“ Lange erinnert in diesem Zusammenhang an die mittlerweile untersagten Weih-



nachtsdemos, Aktivitäten des „Stadtscutzes Dortmund“ unter der an die SA erinnernden Parole „Die Straße frei den gelben Bataillonen“, untersagte Fackelmärsche zu Flüchtlingsunterkünften etc.

Versammlungs- und strafrechtlich würden sie alle Register ziehen: „Wir prüfen, welcher staatlicher Eingriff möglich ist.“ Dabei seien sie bewusst das Risiko eingegangen, vor dem Verwaltungs- oder Oberverwaltungsgericht gegen die Neonazis zu unterliegen. „Wenn ich unter keinen Umständen verlieren will, ist Nichts-zu-Machen der sicherere Weg. Aber dadurch werden sich keine rechtlichen Beschränkungen ergeben“, so Lange.

„Und wir haben in wichtigen Verfahren gewonnen. Sonst hätten wir Fackelmärsche in Dortmund“, be-

Politische Isolation der Neonazis – sie profitieren nicht vom Rechtsrutsch

tont Lange. Das hätte die Rechtsprechung auf Bundesebene in früheren Urteilen möglich gemacht. „Aber da haben wir einen anderen Trend gesetzt.“ Denn in Zeiten von brennenden Flüchtlingsheimen seien Fackelmärsche das völlig falsche Signal.

Das sahen die Gerichte dann auch so, die Polizei Dortmund bekam Recht. „Man muss einen Ansatz finden, der einen größtmöglichen Schutz der Bevölkerung bietet, nicht nur der Versammlung. Wir nehmen beides in den Blick“, so Lange. Und selbst Niederlagen hätten etwas Positives. Dann seien gerichtlich Grenzen definiert.

Wie hat sich die Szene entwickelt? Die Neonazis versuchten über Jahre, in verschiedenen Szenen, Gruppen und Einrichtungen Fuß zu fassen. Eine seit 2015 bestehende Aufbruchsstimmung in der rechtsextremistischen Szene wur-

de von der Hoffnung genährt, über die gesellschaftliche Diskussion zur Flüchtlingspolitik Menschen für rechtsextremistische Organisationen gewinnen zu können.

„Die Szene realisiert mittlerweile, dass fremden- und islamfeindliche Argumentationsmuster in breitem Umfang Fuß gefasst haben, sie selbst davon jedoch bislang nur in geringem Maße profitiert haben“, konstatiert der Verfassungsschutz.

„Ein Teil der Szene reagiert darauf mit zunehmender Radikalisierung. Statt die Mitte der Gesellschaft für rechtsextremistische Positionen zu gewinnen, sollen vorrangig überzeugte Rechtsextremisten bestärkt und mobilisiert werden. Programatisch zeigt sich dies bei der Partei ‚Die Rechte‘ beispielsweise durch die Aufnahme nationalsozialistischen Vokabulars in ihr Grundsatzprogramm. Organisatorisch schlägt sich diese Entwicklung unter anderem bei der NPD nieder“, heißt es weiter.

In Dortmund bilden beide Kleinstparteien eine Ratsgruppe mit jeweils einem Stadtverordneten, um so 45.000 Euro aus Steuermitteln für die politische Arbeit zu bekommen. „Eine verstärkte Zusammenarbeit von ‚Die Rechte‘ und dem ‚III. Weg‘ mit teilweise militanten rechtsextremistischen Organisationen im Ausland ist ein weiteres Indiz für eine Radikalisierung“, betont der Verfassungsschutz.

Diese Einschätzung teilt man auch in Dortmund: „Vom Ergebnis her hat sich die Szene so deutlich nationalsozialistisch geprägt gezeigt, dass sie weitgehend isoliert ist, unter sich bleibt und keinen Anschluss findet“, heißt es dazu aus dem Polizeipräsidium. Ist bei der zunehmenden Radikalisierung mit rechtsterroristischen Aktionen zu rechnen? „Wir sind im Austausch mit den anderen Behörden. Konkrete Hinweise gibt es derzeit nicht.

Wir müssen aber ständig wachsam und können nicht beruhigt sein. Bundesweit sind bereits Gruppierungen aufgefallen. Wir müssen sehen, was das bei der Vernetzung der Dortmunder bedeutet“, betont Lange mit Blick auf die dichte nationale wie internationale Vernetzung der heimischen Neonazis.



Mit Protesten gegen Moscheebauten will „Die Rechte“ beim „Volk“ punkten.

„Die Szene diskutiert Endzeit- und Bürgerkriegsszenarien sowie mögliche Schritte einer Vorbereitung, beispielsweise mit Kampfsporttraining. Einige häufig virtuell entstehende Gruppierungen sehen eine vermeintliche Notwendigkeit, sich auf einen Bürgerkrieg vorzubereiten, als gemeinsame ‚Klammer‘ für

Endzeit- und Bürgerkriegsszenarien kursieren – Kampfsport als Vorbereitung

ihre Aktivitäten“, beschreibt der Verfassungsschutz die Lage.

„Es findet zunehmend eine Verlagerung in die reale Welt statt, gelegentlich mit der Aufforderung, sich zu bewaffnen. Das Spektrum der Feindbilder reicht von Migranten über vermeintlich linke Aktivisten bis zu Politikern. Es besteht die Gefahr, dass sich auf diesem Nährboden rechtsterroristische Strukturen oder Einzeltäter entwickeln“, warnt die Düsseldorfer Landesbehörde. Gerade das Thema Kampfsport ist bei der Dortmunder Szene von Bedeutung.

Führende Kader sind auch hier international vernetzt und organisieren selbst auch große Events wie den „Kampf der Nibelungen“.

Doch in Dortmund finden diese Veranstaltungen nicht statt, sondern zumeist in ländlicheren Regionen, wo die Szene nicht so bekannt ist und es eher nicht zu Gegenaktionen kommt.

Das Thema Linksextremismus, Salafismus und Ausländerkriminalität hat die Dortmunder Polizei natürlich auch im Blick. Allerdings sticht die linke bzw.

Polizei sieht kaum Probleme mit Linksextremismus in Dortmund

linksextremistische Szene nicht heraus. „Wir sind hier kein herausgehobenes Zentrum. Es gibt Aktivitäten und auch Straftaten. Aber auch Straftaten gehen deutlich zurück“, konstatiert die Dortmunder Polizeibehörde.

Generell gilt die autonome Szene in Nordrhein-Westfalen eher

als aktions- denn ideologiefixiert. „Gewalt stellt dabei ein grundsätzlich akzeptiertes Mittel im Kampf gegen den Staat und andere politische Gegner dar“, konstatiert der Verfassungsschutz NRW. Dies zeige sich bei den Zusammenstößen im Hambacher Forst oder der Beteiligung an den G20-Protesten. Doch eine Dortmunder Beteiligung sei bisher nicht bekannt.

Zudem gebe es in Dortmund kaum noch Zusammenstöße zwischen rechts- und linksextremen Kräften. Das liege auch an der zunehmenden Schwäche der Neonazis, große Aufmärsche in der Westfalenmetropole zu organisieren. Die vergangenen Aktivitäten seien, trotz teils monatelanger und europaweiter Mobilisierung, zum Glück eher schwach besucht gewesen, so Lange erleichtert.

„Die Partei ‚Die Rechte‘ versucht, wieder an ein großes Kampagnenthema anzudocken. Aber auch am 14. April 2018 ist das nicht gelungen. Es standen sich auch keine kämpfenden Truppen von Rechts und von Links gegen-

über“, freut sich Lange. Nach monatelanger Mobilisierung hätten 600 Neonazis 5.000 Menschen gegenüber gestanden, die überwiegend friedlich demonstriert hätten. „Da war Dortmund nicht eine Hochburg des Rechtsextremismus, sondern der Demokratie.“

Anders als mancher Dortmunder Polizeibeamter (Zitat: „Die Linken sind doch mindestens genauso schlimm“) bewertet die Führungsspitze der Dortmunder Polizei die Gefahr von Links: „In Dortmund haben wir eine klassische linke Szene, aber bei weitem nicht gewalttätig und extremistisch. Durch die Unis haben wir einen hohen Anteil von jungen Leuten und eine gute Knei-

Keine autonome Szene, die den Rechten auf gleicher Ebene entgegentritt

penszenerie, die teils auch Links bedient. Aber auf sehr zurückhaltende Art und Weise“, beurteilt Staatsschutz-Chef Plenker die Lage in Dortmund.

Eine Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremisten lehnt er ab: „Da muss ich sehr stark unterscheiden. Wir haben eine große linke Szene, aber keine autonome und gewalttätige“, so Plenker. Beim Aufeinandertreffen während der Landtagswahl von Linken und Rechten an der Uni sei „ein sehr souveräner und durchaus erwachsener Umgang“ mit Neonazis zu erkennen gewesen.

„Wir haben keine autonome Szene, die den Rechten auf gleicher Ebene entgegentritt“, so der Staatsschützer. Sehr zum Missfallen der Neonazis, die auf ihrem Internetzentralorgan „fast schon anrührend verzweifelt“ versuchten, die Szene zu Protesten zu mobilisieren, ergänzt Lange.



Bewusst kämpferisch und am Nationalsozialismus orientiert gibt sich die Szene.

Dortmund: Neonazis attackieren jüdischen Mitbürger

Im Anschluss an eine Solidaritätskundgebung der Partei „Die Rechte“ für die inhaftierte (damals) 89-jährige Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck in Dortmund am 21. Juni 2018 ist es laut Angaben der Dortmunder Polizei zu antisemitischen Übergriffen gegen einen Dortmunder Juden gekommen. Nachdem die Polizei die Strafanzeige fertigte, ereigneten sich drei Tage später erneut zwei Zwischenfälle mit dem Betroffenen und insgesamt vier Personen aus der rechtsextremen Szene.

Offener, unverhohlener Antisemitismus wird immer offensichtlicher – in Europa, in Deutschland und auch in Dortmund. Das Thema Antizionismus bzw. Israel-Feindlichkeit ist bei der heimischen Neonazi-Szene ein Dauerbrenner. Mehrfach wurden entsprechende Demonstrationen und Kundgebungen organisiert.

Beim Neonazi-Aufmarsch „Europa erwache“ wurde das Antizionismus-Motiv für die Gestaltung des Lautsprecherwagens „recycelt“. Anlässlich des 70. Jahrestages der Staatsgründung Israels hatte die Partei „Die Rechte“ am 14. Mai eine Nationale-Israelaktion organisiert.

Außerdem stellte die Partei „Die Rechte“ die mehrfach verurteilte Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck als Spitzenkandidatin für die Europawahl im kommenden Jahr auf, um sie dann als „Opfer eines Willkürsystems und Dissidentin“ feiern zu können.

Allein im Frühsommer 2018 fanden im Rahmen einer Aktionswoche fünf Solidaritätskundgebungen in der Dortmunder City und im Dortmunder Westen statt, die von einer massiven illegalen Plakatierung begleitet wurde.

Auch der ehemalige Feuerwehrchef Klaus Schäfer hatte erst im Juni 2018 eine Verurteilung kassiert, weil er sich unter anderem mit Haverbeck solidarisch



(TIONSWOCHEN GEGEN ANTISEMITISMUS)

Jüdisches Sprichwort gesehen während einer Aktionswoche gegen Antisemitismus.

gezeigt und nach Ansicht des Amtsgerichts den Holocaust geleugnet bzw. verharmlost habe. Im Dezember 2018 wurde die Berufung vor dem Landgericht verhandelt, wo er dann - bei re-

Keine körperlichen Verletzungen, aber massive verbale Diskriminierung

duzierten Vorwürfen - eine neunmonatige Bewährungsstrafe wegen Volksverhetzung und des Verharmlosens von Straftaten sowie eine Geldstrafe von 5000 Euro. Daher wundert es nicht, dass die antisemitischen Attacken just während bzw. nach der Solidaritätsaktion für Haverbeck

begannen. Ersten Erkenntnissen zufolge kam es am 21. Juni 2018 gegen 20 Uhr an der Katharinenstraße kurz nach Ende der Demonstration für Ursula Haverbeck zunächst zu einer verbalen Auseinandersetzung zwischen einem 21-jährigen Versammlungsteilnehmer aus Schwelm und einem 26 Jahre alten Passanten aus Dortmund.

In deren Verlauf wurde der 26-Jährige von dem 21-Jährigen antisemitisch beleidigt und zur Seite gestoßen. Die Beamten trennten die beiden und stellten ihre Personalien fest. Gegen den 21-jährigen aus Schwelm fertigten sie eine Strafanzeige wegen

Volksverhetzung. Die Hintergründe des Vorfalls am Sonntag, dem 24. Juni 2018, sind nicht bekannt. Bei einem zufälligen Aufeinandertreffen an der Martener Straße um kurz nach 14 Uhr pöbelten und beleidigten drei bekannte Rechtsextremisten (ihr Opfer mit antisemitischen Parolen).

Einen Faustschlag in Richtung des Kopfes ihres Opfers konnte der Dortmunder abwehren. Er blieb unverletzt. Anschließend entfernten sich die drei Täter. Bei der Anzeigenerstattung ermittelten die Polizeibeamten die Namen der drei Tatverdächtigen. Ein erneutes Aufeinandertreffen erfolgte gegen kurz vor 20 Uhr wiederum an der Martener Straße. Der 21-jährige Schwelmer begrüßte einen unbekanntes Täter mit dem Hitlergruß.

Zwei weitere Attacken am Sonntag gegen den Dortmunder Juden

Dieser begrüßte entsprechend zurück, auch in Richtung des Geschädigten. Im weiteren Verlauf kam es zu erneuten Bedrohungen und Beleidigungen zum Nachteil des Dortmunders. Der Unbekannte bewarf den 26-jährigen zudem mit einem Feuerzeug.

Der Staatsschutz der Dortmunder Polizei hat die Ermittlungen aufgenommen. Alle vier Täter wurden identifiziert, die an den drei antisemitischen Straftaten in Dortmund-Martener beteiligt waren. Alle Tatverdächtigen sollen jetzt strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen werden. Zudem wird die Polizei Dortmund ein besonderes Augenmerk auf diese Personengruppe richten.

Einer der Tatverdächtigen befindet sich seit November 2018 - aber wegen dreier anderer Vorwürfe - in Untersuchungshaft. Die

Ermittlungen zu diesem Angriff sind noch nicht abgeschlossen. „Der Fall hat gezeigt, wie wichtig es ist, dauerhaft hohen Druck auf die rechte Szene auszuüben. Die Bekämpfung rechtsextremer Krimineller ist ein wichtiger Teil unserer Null-Toleranz-Strategie.“

Der starke Rückgang der rechtsextremen Straftaten in den letzten Jahren, insbesondere bei den Gewaltdelikten, hat gezeigt, dass unser konsequentes Vorgehen gegenüber Straftätern aus der rechten Szene durchaus erfolgreich ist“, so Polizeipräsident Gregor Lange.

Die Polizei Dortmund nutzt hierzu seit Jahren ein Intensivtäterkonzept und die extra dafür eingerichtete „Sonderkommission Rechts“. Die Zahl der rechten Straftaten ist seit 2015 kontinuierlich gesunken und befindet sich aktuell auf einem Drei-Jahres-Tief.

Welche Vorfälle kennen Sie aus Ihrer Arbeit in Dortmund?

Hartmut Anders-Hoepgen,
Sonderbeauftragter des Oberbürgermeisters

„Wir brauchen z.B. nur an die schrecklichen Morde des NSU zu denken oder an die unerträglichen Störungen der Nazis in Dorstfeld bei den Veranstaltungen zum Gedenken der Pogromnacht vom 9. November 1938. Zum Glück konnten diese aufgrund sehr guter Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft, Polizei und Kommune in diesem Jahr unterbunden werden und ist die Beteiligung dort mit über 500 Menschen erfreulich angewachsen. Aber es gibt auch im ganz normalen Alltag unzählige Beispiele für Rassismus und auch für Antisemitismus. Man denke z.B. nur an die Sprüche die die Nazis auf ihren Aufmärschen



Halle der Namen in der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem.



in Dortmund und besonders in Marten skandiert haben.“

Deniz Greschner,

Multikulturelles Forum:

„SchülerInnen, die von Rassismuserfahrungen in der Schule berichten... Frauen und Mädchen die aufgrund des Kopftuches Ausbildungsstellen nicht bekommen... SchülerInnen denen Gymnasialempfehlungen trotz guter Noten nicht ausgesprochen werden, weil LehrerInnen ihren Eltern die Unterstützung nicht zutrauen. Geringere Chancen auf dem Arbeitsmarkt aufgrund fremd klingendem Namen.“

Alex Völkel,

nordstadt-blogger:

„Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus begegnen einem an vielen Stellen. Die Positionen sind nur unterschiedlich stark vertreten. Während es bei antisemitischen Äußerungen noch eine größere Zurückhaltung gibt, sind „die Zigeuner“ in weiten Teilen der Bevölkerung unerwünscht. Beschimpfungen, Anfeindungen, Bedrohungen. Ja sogar körperliche Angriffe gehören mittlerweile zum Alltag für Menschen jüdischen Glaubens. „Du Jude“ ist eines der gängigsten Schimpfwörter auf deutschen Schulhöfen.

Neonazi-Aktivitäten in Dortmund gibt es viele: „Eine Welt ohne Zionismus“ war das Hintergrundbild des Lautsprecherwagens beim braunen Aufmarsch „Europa erwache“ im April in der Dortmunder City. „Israel ist unser Unglück“ war Kundgebungsthema im Mai. Die aus Dorstfeld gesteuerte Splitterpartei „Die Rechte“ stellt die bekannteste Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck (90) als Spitzenkandidatin für die Europawahl auf. Und im September schallten „Wer Deutschland



Davidstern

liebt, ist Antisemit“-Sprechchöre bei einer Neonazi-Demo durch die Straßen von Dorstfeld und Marten. In Marten hatte es zuvor drei Übergriffe auf einen jüdischen Mitbürger gegeben - die Täter wurden als Neonazis identifiziert.

Beim Holocaust-Gedenken in Dorstfeld kann der Rabbiner nicht ohne Sicherheitsdienst und Polizeischutz auftreten. Die eigene Security kontrolliert alle Briefe, die in der Gemeinde eingehen und die Polizei fährt vor der Synagoge und vor dem jüdischen Kindergarten Patrouille. Jüdisches Leben spielt sich daher zunehmend wieder hinter verschlossenen Türen ab. Die jüdische Gemeinde und ihre Mitglieder fühlen sich von Staat und Gesellschaft zunehmend im Stich gelassen.“

Stefan Woßmann.

Stadt Dortmund Jugendamt
Respekt-Büro:

„So wie der Rassismus in allen gesellschaftlichen Schichten anzutreffen ist, so begegnet er mir auch in meinem Arbeitskontext. Im Rahmen meiner Tätigkeit im Bereich der au-

Berschulischen, politischen Jugendbildungsarbeit begegnen mir von daher durchaus rassistische und antisemitische Sprüche und Handlungen zum Teil in den Workshops mit jungen Menschen, die wir durchführen, aber auch im Kontakt mit Kolleginnen und Kollegen. Hierbei ist es den Menschen oft garnicht selbst bewusst, dass sie sich rassistisch oder antisemitisch äußern.“

Vivienne Dörne,

Quartiersdemokraten Dortmund:

„Das Projekt Quartiersdemokraten unterstützt zivilgesellschaftliche Strukturen und Akteure im Stadtteil Dorstfeld in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Mit der verfestigten Neonaziszene im Stadtteil kennen wir natürlich mehrere Vorfälle. Insbesondere das alljährliche Gedenken an die Opfer der Pogromnacht am 9. November wird immer wieder von Neonazis antisemitisch gestört. Neben der rechtsextremen Szene, die immer wieder rassistisch und antisemitisch in der Öffentlichkeit auftritt, sind solche Einstellungen aber auch in der so genannten „Mitte der Gesellschaft“ verankert.“

Micha Neumann,

Quartiersdemokraten Dortmund:

„Präsent sind sicherlich die ständigen rassistischen und antisemitischen Auftritte und Angriffe der neonazistischen Szene in Dortmund. Jedoch kann ich mich auch noch gut an antiisraelische und vielfach auch antisemitische Demonstrationen von arabischstämmigen Personen und/oder Muslimen erinnern, auf denen dann teilweise auch Neonazis mitgelaufen sind. Rassistische Ausfälle im Alltag hab ich schon öfters im Ohr gehabt, z.B. wenn in der Straßenbahn über Flüchtlinge hergezogen wird.“

Dortmund sorgt bundesweit für Schlagzeilen

„Wer Deutschland liebt, ist Antisemit!“ mit diesen Sprechchören - begleitet von Bengalo-Fackeln bei einer Demonstration durch Dorstfeld und Marten gegen angebliche Polizeiwillkür im September 2018 - brauchte Dortmund wieder bundesweit und in Teilen international in die Schlagzeilen.

Doch was war daran wirklich schlagzeilenträchtig und was (leider) Normalität bei Neonazi-Demos? Wie funktioniert die Medienstrategie der Neonazis?

Feuerwerkskörper und Bengalos sind ein alter Hut

Bengalos, Pyrotechnik und Böller – nicht aus der Demo heraus gezündet, sondern am Straßenrand bzw. auf Hausdächern – sind nichts Neues bei Demos durch Dorstfeld und Marten. Sie sorgen allerdings für spektakuläre Bilder. Daher setzen die Neonazis diese auch gezielt ein – an ausgewählten Orten und Szenerien, um damit für Begeisterung in eigenen Reihen und für medial verwertbare Bilder zu sorgen. Die Polizei hat nach eigenen Angaben alle Werfer bzw. Zünder identifiziert und wird sie strafrechtlich belangen. Das sollte aber noch kein Grund sein, dass sich nun auch Größen aus der Bundespolitik zu Wort melden.

Widerliche Parole: „Wer Deutschland liebt, ist Antisemit“

Erstmals zu hören – zumindest in Dortmund – waren die Sprechchöre „Wer Deutschland liebt, ist Antisemit“. Absolut geschmacklos und moralisch verwerflich. Allerdings ist die Parole nicht neu. Sie war in den vergangenen Jahren mehrfach auf anderen Demos im Bundesgebiet zu hören. Beim sogenannten „Tag der deutschen Zukunft“ 2017 – quasi vor der Haustür des Bundesverfassungsgerichts in Kar-



Neonazi-Demonstration im Dortmunder Stadtteil Dorstfeld.

lsruhe – sorgte das aber nicht für ein bundesweites Medienecho.

Damals waren die Dortmunder Neonazis ebenfalls beteiligt – sogar an der Organisation. Ein juristisches Nachspiel, geschweige denn Urteile dazu gab es offenbar nicht. Daher müssen wir wohl abwarten, wie ein Gericht in Dortmund darüber entscheiden wird, falls es überhaupt zu einem Verfahren kommt.

Zumindest taucht diese widerliche Parole jetzt im Auflagenbescheid der Polizei auf, so dass diese künftig nicht mehr auf Neonazi-Demos skandiert werden darf. Mittlerweile stehen viele andere Geschmacklosigkeiten und Verrohungen mit Verbalangriffen und Verhöhnungen von Opfern nationalsozialistischer Gewalt, politisch Andersdenkender und auch die Polizei auf der „Sperrliste“.

Doch hätte die Polizei die Demo

deswegen beenden sollen, nachdem die Polizeiführung sich mit ihren Verfügungen gegen die Neonazi-Demo am selben Tage sowohl vor dem Verwaltungsgericht in Gelsenkirchen, als auch anschließend vor dem Oberverwaltungsgericht in Münster Niederlagen eingehandelt hat? Wohl eher nicht. Bisher hat die Polizei in Dortmund übrigens noch nie Demonstrationen der Neonazis beendet, wenn sie diese im Vorfeld nicht verbieten konnte.

Hätte die Polizei die Demo überhaupt beenden können?

Die spannende Frage ist allerdings: Hätte die Polizei die Demo mit den bis zu 100 TeilnehmerInnen in Dorstfeld und später 70 TeilnehmerInnen in Marten überhaupt beenden können? Denn augenfällig war das Polizeiaufgebot deutlich geringer als bei vergleichbaren Einsätzen in Dortmund. Rund ein Dutzend Zivilbeamte und Staatschützer, dazu einige uniformierte Beamte in Streifenwagen. Die Kräfte einer Hundertschaft hielten sich im Hintergrund bereit. Offenbar war die ausgegebene Devise: Deeskalation. War das zu wenig und nicht angemessen? Oder bestand, weil es keinerlei angemeldete Gegenproteste gab, kein Grund dazu?

Besteht wirklich ein Zusammenhang mit einem zeitgleich stattfindenden Großeinsatz der Polizei in der Nordstadt unter den „wachsamem Augen“ des NRW-Innenministers? Oder den Einsätzen im Hambacher Forst? Ständen für den



Einsatz in Dorstfeld und in Marten daher zu wenig Beamte zur Verfügung? Oder war das so gewollt und Einsatztaktik? Dazu wird sich die Polizeiführung erklären müssen. Intern bewertet man den Einsatz als nicht wirklich gelungen.

Man kann die Frage stellen, warum sich ein CDU-Innenminister nicht auch die Parolen und T-Shirts der Neonazis ansehen und anhören sollte oder wollte. Doch ist der Kampf gegen organisierte Kriminalität nicht auch löblich, wichtig und gefordert? Sind nicht die gefühlten und manchmal auch berechtigten Ängste der Menschen ein (!) Grund für das Erstarren gegen RechtspopulistInnen und Neonazis?

Wie bedrohlich war die Demonstration? Augenscheinlich blieben die Ausfälle gegenüber Unbeteiligten und auch JournalistInnen vergleichsweise gering. Beschimpfungen, Provokationen, Übergriffe und auch das Bespuken von MedienvertreterInnen blieben weitestgehend aus. Das ist traurige Realität bei solchen Aufmärschen. Die Neonazis hatten sogar ihre TeilnehmerInnen im Vorfeld aufgefordert, ruhig zu bleiben und das geringe Polizeiaufgebot nicht auszunutzen.

Ist manchmal auch verbale Abrüstung nötig?

Sind also die Twittermeldungen, die für das bundesweite Echo sorgen, übertrieben? So sehen es die Neonazis. Sven Skoda, einer der führenden Agitatoren und Lautsprecher der Rechten auf Demos, sieht es so und verbindet es zugleich mit einer Drohung gegen einen namentlich nicht genannten Twitterer, dem er vorwirft, den Vorfall „auf(zu)bauschen und zu einem riesigen Skandal (zu) machen. Zitat Skoda: „Aus drei Feuerwerkskörpern wird die Mel-

dung, Nazis drehen hier vollkommen frei. Mal ernsthaft und unter uns gesprochen: Würden die Nazis hier vollkommen frei drehen, hätte der Mann bei Twitter keine einzige Meldung mehr geschrieben“, ruft er unter dem Gejohle der Neonazis ins Mikro.

Die Meinung eines Nazi-Hetzers kann uns eigentlich egal sein. Aber die Stadtgesellschaft in Dortmund nervt es gewaltig, dass die Neonazis es immer wieder schaffen, für bundesweite oder sogar internationale Schlagzeilen sorgen. Nicht wenige JournalistInnen durchschauen die Strategie nicht, es ihnen egal ist oder sie nur auf Schlagzeilen und Klicks aus.

Kritik an reißerischen Reichweitenbeiträgen in überregionalen Medien

Doch der Mechanismus ist immer derselbe: Geplante Provokationen sorgen für erwartbare mediale Reaktionen. „SS-Siggi“ als Spitzenkandidat bei der Kommunalwahl schaffte es sogar bis in und auf die New York Times.

Anderes wurde zumindest bundesweit thematisiert: Das 25-Punkte-Programm als Anleihe bei der NSDAP, der „Stadtsschutz Dortmund“ als Reaktion auf die ebenso groteske „Scharia-Polizei“ in Wuppertal, die in mehreren Bundesländern eingesetzten Wahlplakate mit dem juristisch nicht zu beanstandenden Spruch „Wir hängen nicht nur Plakate“, der zu erwartende Aufschrei bei den zahlreichen Ratsanfragen zu Juden, Aidskranken und Minderheiten, die von den Identitären geklaute Aktion der Kirchturmsbesetzung oder auch jetzt die bekannte Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck als Spitzenkandidatin für die Europawahl. Die Reihe ließe sich endlos fortsetzen. Die Splitterpartei, die gerade

mal ein Prozent bei der Kommunalwahl erreicht hat und es noch nicht mal in ihrem selbst erklärten Nazi-Kiez in die Bezirksvertretung geschafft hat, macht wieder bundesweit auf „dicke Hose“.

Muss also auch von Seiten der Politik, von AktivistInnen in sozialen Netzwerken und bei den überregionalen Medien mitunter verbal abgerüstet werden? Zumindest dann, wenn man die örtlichen Gegebenheiten nicht kennt und daher nicht vergleichen kann? Erweist man der eigentlich guten Sache dann nicht einen Bärendienst und spielt den Neonazis in die Karten? Und machen nicht die Reaktionen von führenden BundespolitikerInnen, die auf aufgeblasene überregionale Berichterstattungen reagieren, die Sachen nicht viel größer als sie sind?

Das kann und darf solche Verbalausfälle wie den Antisemitismus-Ausspruch nicht entschuldigen. Doch genau wie die Bengalos und die Pyrotechnik war diese Provokation mit Sicherheit genau geplant. Solche Demos sind von den Führungskadern choreografiert. Die Pyrotechnik von teils maskierten Aktivisten sind keine spontanen Beifallsbekundungen aus der Bevölkerung, sondern geplante Aktionen. Daher muss man überlegen, ob man als Medium oder Aktivist nach jedem Knochen schnappt, den Neonazis den Medien hinwerfen.

Die Splitterpartei „Die Rechte“ freut es natürlich, dass sie es mal wieder bundesweit in die Medien geschafft hat. Mehr Wirkung konnten sie mit einer ansonsten absolut durchschnittlichen Aktion nicht verbuchen. Die Reaktionen darauf waren „so gut“, dass sie sogar auf die Demo am Folgetag verzichtet haben. Mehr Öffentlichkeit ging eben nicht.

Ursula Haverbeck, „Die Rechte“ und Neonazis in Dortmund

von Marcus Arndt

Seit der Festnahme und Inhaftierung der notorischen Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck im Mai 2018 laufen Rechtsextremisten aus Dortmund dagegen „Sturm“ – und ihre Propagandamaschine zum Zwecke der Freilassung der mittlerweile 90-jährigen und die Abschaffung des § 130 StGB (Volksverhetzung) auf Hochtouren.

Verantwortlich dafür zeigen sich Markus Walter, Kreisvorsitzender aus dem Rhein-Erft-Kreis der neonazistischen Partei „Die Rechte“, sowie die beiden in Dorstfeld wohnenden Bundesvorsitzenden Michael Brück und Sascha Krolzig.

Haverbeck genießt durch ihre abstrusen Thesen und abenteuerlichen Geschichten aus ihrer NS-Zeit unter den Verschwörungstheoretikern und Neonazis ein ebenso hohes Ansehen wie Rudolf Hess. 1928 als Ursula Meta Hedwig Wetzel geboren und aufgewachsen im Hessischen Winterscheid, wurde sie (frühestens) 1938 Mitglied im Jungmädelsbund, einem weiblichen Zweig der Hitlerjugend.

Nach Ende des Krieges studierte sie Pädagogik, Philosophie und Sprachwissenschaften. Später lernte sie ihren späteren Ehemann, den Nationalsozialisten Werner Georg Haverbeck kennen.

Ehepaar gründete das „Collegium Humanum“ – Schulungszentrum für Nazis aller Art

1963 gründete der ehemalige NS-Funktionär in Vlotho mit seiner späteren Frau das „Collegium Humanum“, eine „Akademie für Umwelt und Lebensschutz“. Im Laufe der Jahre avancierte das Schulungszentrum zu einem Zentrum für völkischen Nationalismus, Antisemitismus und Holocaustleugnung und wurde zu einem



Marcus Arndt

Schulungsort und Anlaufpunkt für Neonazis, Verschwörungstheoretiker und Reichsbürger.

Georg Werner Haverbeck trat zusammen mit Ursula Wetzel auf verschiedenen rechtsextremen Veranstaltungen auf und verbreitete seine abstrusen Theorien und Lehren über den Holocaust, Rassenreinheit und Volksgemeinschaft. 1970 heiratete Haverbeck seine Lebensgefährtin, welche nach seinem Tod die Leitung der „Akademie“ bis zu ihrem Verbot durch Innenminister Wolfgang Schäuble 2008 übernahm.

Holocaustleugner wie der Schweizer Bernhard Schaub oder Horst Mahler gaben sich dort die Klinke in die Hand und gründeten spä-

ter den „Verein zur Rehabilitation der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten“. Ursula Haverbeck verstand es durch ihre Erfahrungen im Jungmädelsbund schnell, Jugendliche mit ihrem Gedanken-Geschwurbel und ihrer den Holocaust leugnenden Propaganda zu beeinflussen und für ihre „Sache“ zu begeistern. Frau Haverbeck kann mittlerweile auf ein beachtliches Strafregister zurückblicken. 2004 wurde sie

Die heute 90-Jährige kann ein beachtliches Strafregister vorweisen

vom Amtsgericht Bad Oeynhausen erstmals wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe von 5400 Euro verurteilt.

Sie hatte mehrfach u.a. in ihren eigenen Publikationen den Holocaust geleugnet, indem sie angab, dass das Konzentrationslager Auschwitz kein Vernichtungslager, sondern ein Arbeitslager der Rüstungsindustrie gewesen und der Holocaust ein „Mythos“ sei. Haverbeck stellte die Behauptung auf, dass die Zahl der jüdischen Opfer nicht sechs Millionen, sondern „nur“ ca. 500.000 betragen haben soll. 2007 verurteilte sie das Landgericht Dortmund für die These, dass Hitler einen „göttlichen Auftrag im weltgeschichtlichen Rahmen“ hatte und nicht vom „geglaubten“ Holocaust oder seiner „angeblichen“ Kriegsbessenheit zu 6000



Euro Geldstrafe. 2009 beschäftigte sich abermals das Amtsgericht Bad Oeynhausen mit der notorischen Holocaustleugnerin: Dem Mindener Tageblatt zufolge hatte Haverbeck der Vorsitzenden des Zentralrates der Juden einen Brief geschrieben, in welchem sie diese beleidigte und bedrohte. Für Sätze wie: „Machen Sie so weiter wie bisher, dann könnte sich ein neues Pogrom ereignen, das entsetzlich würde“, kassierte Haverbeck erneut eine Geldstrafe von 2700 Euro.

Ursula Haverbeck: „Den Holocaust gibt es gar nicht. Das ist sowas wie der Weihnachtsmann oder Osterhase für Erwachsene.“

2010 verurteilte das Landgericht München Haverbeck zu sechs Monaten Haft auf Bewährung und 1000 Euro Geldstrafe. Sie diffamierte in satirischer Weise in einer von ihr herausgegebenen Schmähschrift auf über 70 Seiten Jüdinnen und Juden als LügnerInnen und gab Sätze zum besten wie: „Den Holocaust gibt es gar nicht. Das ist sowas wie der Weihnachtsmann oder Osterhase für Erwachsene.“

2015 leugnete sie erneut den Holocaust – diesmal in der NDR-Sendung „Panorama“ und bezeichnete ihn als die „nachhaltigste Lüge der Geschichte.“ Vor dem Hamburger Amtsgericht wollte Haverbeck mit Hilfe von Zeugen beweisen lassen, dass in Auschwitz kein Mensch vergast worden sei. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt und das Gericht setzte eine Gefängnisstrafe von zehn Monaten ohne Bewährung fest. Gegen dieses Urteil legte Haverbeck Berufung ein.

2016 kassierte Haverbeck dann gleich mehrere Haftstrafen: Im Februar 2016 schrieb Haverbeck erneut eines ihrer Pamphlete – diesmal an den Bürgermeister von Detmold und teilte ihm mit, dass



Rechte demonstrieren in Bielefeld für Ursula Haverbeck.

Auschwitz „eindeutig erkennbar“ ein Arbeitslager gewesen sei. Den gegen sie angewendeten § 130 StGB (Volksverhetzung) nannte Haverbeck im Prozess ein „Gesetz zum Schutz einer Lüge“. Acht Monate Haft ohne Bewährung lautete das Strafmaß im September 2016.

Haverbeck mit ihrer Beschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht

Einen Monat später wurde Haverbeck erneut wegen Volksverhetzung vom Amtsgericht Bad Oeynhausen zu einer Haftstrafe von elf Monaten ohne Bewährung verurteilt. Haverbeck leugnete auf ihrer Internetseite erneut den Massenmord an den Juden.

Im November 2016 dann das dritte Urteil mit 18 Monaten Haft ohne Bewährung. Diesmal vom Amtsgericht Verden. Haverbeck verteilte nach ihrer Verurteilung im September 2016 im Gericht Schriftstücke, in denen sie den Holocaust als „Propagandalüge“ bezeichnete.

Im Februar 2017 musste sie erneut vor das Amtsgericht Detmold, um sich dort erst zehn Monate und dann später in der Berufungsverhandlung vor dem Landgericht 14 Monate Haft wegen Volksverhetzung und Verunglimpfung abzuholen.

Sechs Monate Haft gab es vom Amtsgericht Berlin Tiergarten im Oktober 2017 nochmal wegen der bekannten Volksverhetzung. Haverbeck legte auch hier Berufung ein.

2018 scheiterte Haverbeck ebenso mit ihrer Beschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht gegen ihre zahlreichen Bestrafungen. Sie wendete sich gegen ihre erneute strafrechtliche Verurteilung wegen der Leugnung der nationalsozialistischen Judenverfolgung nach § 130 Abs. 3 StGB.

Eine Bestrafung wegen Leugnung des nationalsozialistischen Völkermordes sei grundsätzlich mit dem Grundrecht auf Meinungsfreiheit vereinbar, teilte das Gericht in

Karlsruhe mit. Haverbecks Verfassungsklage sei deshalb nicht zur Entscheidung angenommen worden. (Az. 1 BvR 673/18)

Im Mai 2018 erfolgte dann der Strafantritt Haverbecks in der JVA Bielefeld zur Verbüßung der Freiheitsstrafen. Nachdem sie nicht freiwillig zum Haftantritt erschie-

Ursula Haverbeck ist auf dem Olymp der Holocaust-Leugner angekommen

nen war, beantragte die Staatsanwaltschaft Verden einen Vollstreckungshaftbefehl, ließ Haverbeck in ihrem Haus in Vlotho festnehmen und in die JVA nach Bielefeld bringen.

Vor dem Haftantritt ernannten die Dortmunder Neonazis der Partei „Die Rechte“ Ursula Haverbeck zu ihrer Spitzenkandidatin der Europawahl 2019. Denn für die Neonazi-Szene ist Haverbeck mehr als bedeutsam: Mit ihrer Hilfe möchten die Neonazis demonstrieren, wie das „System“ die vermeintliche Wahrheit unterdrückt und

Neonazis demonstrieren vor der Justizvollzugsanstalt Bielefeld

Rechtsextremisten und Holocaustleugner verurteilt.

Zugleich fungiert die „freundliche alte Dame“ Haverbeck mit ihrer notorischen Shoaleugnung und ihren Verurteilungen als Vorbild für zukünftige Neonazis, welche perfide in die Fänge der rechtsextremen Splitterpartei gelockt werden sollen. Eine bessere Märtyrerin konnten die Rechtsextremisten seit Rudolf Hess nicht finden.

Mehr als 400 Neonazis aus Deutschland und angrenzenden Ländern demonstrieren bereits vor der JVA Bielefeld gegen die Inhaftierung Haverbecks und karten Redner an, wie den in Berlin fristlos gekündigten Lehrer Ni-



Ein T-Shirt mit dem Aufdruck „Solidarität für Ursula Haverbeck“.

kolai Nerling, in der rechtsextremen Szene besser bekannt als der „Volkslehrer“.

Er verbreitet seit geraumer Zeit auf Demonstrationen und Youtube menschenverachtende und anti-semitische Propaganda. Die Berliner Schulverwaltung kündigte ihn daraufhin im Mai 2018 fristlos.

Aber auch der Schweizer Holocaustleugner Bernhard Schaub – Gründer der „Europäischen Aktion“ (ein Zusammenschluss von Holocaust-Leugnern) – hielt vor

Ausstehende Berufungsverhandlungen: Auf die 90-Jährige warten weitere Haftstrafen

der JVA eine seiner menschenverachtenden Reden zugunsten Haverbecks.

Fakt ist, dass auf Haverbeck weitere Urteile wegen Volksverhetzung und Leugnung des Holocaust warten – zusätzlich zu ihrer bereits

angetretenen zweieinhalbjährigen Haftstrafe. Insgesamt könnten ihr rund fünf Jahre Haft blühen. Aufgrund der Solidarität von Neonazis, Verschwörungstheoretikern und Holocaustleugnern besteht jedoch ein erhebliches Risiko, dass sie sich dem Antritt der weiteren Strafe entzieht und ins Ausland flüchtet, so dass Fluchtgefahr besteht, bestätigte auch die Leiterin der JVA Bielefeld-Senne, Kerstin Höltkemeyer-Schwick, gegenüber den Medien und bescheinigte der Holocaustleugnerin eine Nichteignung für den offenen Vollzug bei ihrem Haftantritt. Somit wurde Haverbeck umgehend in den geschlossenen Vollzug gebracht – sehr zum Unmut der Rechtsextremen.

Anlässlich ihres 90. Geburtstages am 8. November 2018 organisierten Neonazis für den 10. November eine weitere Demo in der Stadt am Teutoburger Wald, zu der mehrere hundert Rechtsextreme und eine vierstellige Zahl von Gegendemonstranten kamen.

Chanukka: Ein Fest der Hoffnung in Zeiten des Antisemitismus

Wenn Christinnen und Christen die Adventszeit begehen, feiern Menschen jüdischen Glaubens Chanukka - das Lichterfest. Es ist ein Fest für die ganze Familie mit Leckereien, Geschenken und Spielen. Aber auch ein Fest, das politischer ist, als man auf den ersten Blick vielleicht glaubt. Denn es geht um Hoffnung und den Kampf gegen die Dunkelheit. Und der wird für Jüdinnen und Juden in Deutschland wegen des zunehmenden Antisemitismus immer wichtiger.

„Es geht darum, die Angst zu verdrängen - aus dem heutigen Leben ganz besonders“, betont Dortmunds Rabbiner Baruch Babaev. „Darum, Sorgen zu vertreiben und Mut zu finden. Und auch, um für die gute Sache einzustehen. Das ist das Symbol von Chanukka“, erklärt der 42-Jährige.

Man feiert dabei das Wunder von Chanukka. „Das achttägige Fest Chanukka erinnert an das Wunder der Befreiung des zweiten jüdischen Tempels in Jerusalem im Jahr 164 vor Christus“, erklärt der Rabbiner. Er ist es gewohnt, die jüdischen Traditionen, Riten und Symbole zu erklären. Er erklärt sie auf Deutsch, Hebräisch oder auch auf Russisch. Denn das ist die Sprache, die die meisten der knapp 3000 Gemeindeglieder in Dortmund am besten sprechen.

Babaev stammt aus Tadschikistan und kam 1991 aus der UdSSR nach Deutschland, nach Leipzig

Babaev ist einer von ihnen. Er stammt gebürtig aus Tadschikistan und kam wie viele Juden aus der ehemaligen Sowjetunion 1991 als Kontingentflüchtling nach Deutschland. Die sechsköpfige Familie Babaev kam nach Leipzig: „Ich war 15 Jahre alt und wurde sofort eingeschult“, sagt der heute 39-Jährige. „Ich war der einzige Ausländer. Aber wir sind sehr sehr freundlich aufgenommen worden - sowohl in der Gemeinde als auch in der Nachbarschaft und Schule. Ich hatte viel Glück.“ Dennoch



Dortmunds Rabbiner Baruch Babaev.

war vieles nicht leicht: Denn einen Deutschkurs bekam er nicht. „Ich habe immer alles 1:1 von der Tafel abgeschrieben und nach und nach dabei Deutsch gelernt.“

Den „Westen“ hatte er sich anders vorgestellt: „Ich dachte, dass Deutschland viel entwickelter wäre. Aber wir kamen ja in die ehemalige DDR. Viele alte Häuser, die nicht saniert waren. Durch die Kohleheizung war alles pechschwarz und gräulich“, erinnert er sich. „Es war Winter: Das Wetter war grau, die Gebäude waren grau und es war kalt.“ Ganz anders als

in der tadschikischen Hauptstadt Duschanbe - 800 Meter hoch gelegen und deutlich wärmer als der deutsche Osten. Es ist eine Stadt mit heute 780.000 Einwohnern. Sie ist politischer, kultureller und wirtschaftlicher Mittelpunkt des zentralasiatischen Landes. Dort gab es sogar jüdisches Leben - zumindest bis zur Öffnung des „Eisernen Vorhangs“. „Wir konnten unsere Religion ausleben, auch wenn es im Konflikt mit dem Staat passierte“, so Babaev. „Aber je weiter weg man vom Zentrum und von Moskau war, desto mehr konnte man seine Freiheiten genießen.“

Und Tadschikistan ist ziemlich weit weg von Moskau: „Wir hatten eine große Gemeinde, eine Synagoge und Infrastruktur. Jüdische Hochzeiten wurden gefeiert, es gab koscheres Fleisch“, erinnert er sich. Heute ist das Gemeindeleben dort Geschichte: Bis auf wenige Familien sind alle Juden nach Israel, in die USA oder nach Deutschland ausgewandert. Viele gingen nicht ganz freiwillig: Denn die Unabhängigkeit wurde erkämpft - es gab Krieg. Daher verließ auch Familie Babaev das Land.

Die „Aliah“ nach Israel wurde immer wieder vertagt

Eigentlich wollten sie nach Israel. Aber es war die Zeit des Golfkriegs und Saddam Hussain beschoss Israel mit Raketen. Die Familie wollte nicht vom Regen in die Traufe kommen. Daher gingen sie nach Deutschland. „Für ein oder zwei Jahre. Das war der Plan.“ Doch es kam anders: Weil die Familienmitglieder die deutsche Sprache gelernt, Ausbildung, Arbeit oder Studium begonnen hatten, wurde die „Aliah“ nach Israel immer wieder vertagt. Sie arrangierten sie sich mit Leipzig. Dort kamen sie in eine deutlich kleinere jüdische Gemeinde: Sie hatte nur 30 Mitglieder - die meisten waren Überlebende oder gleich nach der Shoa geborene Menschen. Jugendliche gab es nicht.

Der deutsche Osten war für sie aber nur eine Zwischenstation: Nach Ausbildung und Studium sind Baruch Babaev und seine Geschwister nach Israel gegangen. Rabbiner zu werden standen für Baruch nie auf dem Plan - zumindest nicht in Deutschland. Er studierte in Berlin Wirtschaft und schloss als Diplom-Kaufmann ab.

„Ich stamme aus einer traditionellen Familie. Aber ich hatte nie die Möglichkeit, die Thora zu stu-



Nicht viele Juden zeigen ihren Glauben so offensiv.

dieren. Ich hatte viele Fragen. In Deutschland fand er nicht genügend Antworten. Daher entschloss er sich, in Israel für ein Jahr an eine Thoraschule zu gehen. Der Schulleiter überzeugte ihn, auch Prüfungen abzulegen. „Dann lernt man intensiver“, berichtet der heute 42-Jährige. Er nahm das Studium ernst und blieb. Er studierte, heiratete, wurde Rabbiner. Auf ei-

Zunehmender Antisemitismus forciert die Auswanderung

nem Kongress in Jerusalem traf er den Dortmunder Rabbiner Avichai Apel. „Wir kannten uns schon aus Berlin. Er hat mich gefragt, ob ich mich als Wanderrabbiner in Westfalen-Lippe sehe. Das klang sehr nach Abenteuer.“

Das jüdische Gemeindeleben in Dortmund floriert. Doch ein erneutes Auswandern ist in den vergangenen Jahren für viele Menschen jüdischen Glaubens in Europa

wieder Thema. Der zunehmende Antisemitismus macht vielen Menschen jüdischen Glaubens nicht nur in Deutschland große Sorgen.

Der Antisemitismus sei niemals weg gewesen. „Er war nur nicht so sichtbar. Die Gedanken gab es immer in bestimmten Köpfen. Sie kommen heute nur mehr und mehr zum Vorschein“, verdeutlicht der 42-Jährige. „Das Unsagbare wird ausgesprochen - jetzt trauen sie sich, dass wieder zu sagen.“ Es bleibt nicht beim Reden: Beschimpfungen, Anfeindungen, Bedrohungen. Ja sogar körperliche Angriffe gehören mittlerweile zum Alltag für Menschen jüdischen Glaubens. „Du Jude“ ist eines der gängigsten Schimpfwörter auf deutschen Schulhöfen.

Doch die Gemeinde will in Dortmund bleiben und ihren Mitgliedern den Rücken stärken. Daher soll der eigene Kindergarten wachsen und auch eine eigene jüdische Grundschule entstehen. Bislang



Auslands-gesellschaft.de

gibt es nur eine - wenn auch gut funktionierende - Kooperation mit einer Dortmunder Grundschule.

„Die eigene Schule ist unser wichtigstes Projekt“, verrät der Rabbiner. Denn die Nachfrage nach Plätzen ist deutlich gestiegen. Das hohe Interesse ist zwar positiv. Aber vielen Eltern geht es nicht nur um die religiöse Identifikation, koscheres Essen und das leichtere Begehen von jüdischen Feiertagen. Es geht ihnen vor allem auch um Schutz ihrer Kinder. Denn die Anfeindungen, denen die Kinder auch in Dortmund ausgesetzt sind, machen vielen Familien zu schaffen.

Antisemitische Anfeindungen in Dortmunder Schulen

„Ja, es gibt antisemitische Vorfälle. Aber nicht alle Eltern wollen das an die große Glocke hängen“, bestätigt der Rabbiner. Die Familien sähen auch von Anzeigen ab, auch wenn die Polizei konsequentes Handeln verspreche. „Aber der Polizeipräsident muss nicht jeden Tag in die Schule gehen. Da bedeutet jeder Tag eine Strapaze statt Spaß am Lernen. Für eine jüdische Schule würden Eltern sogar umziehen.“ Noch wichtiger wäre da auch ein Angebot im Sekundarbereich. „Doch wir können uns keine weiterführende Schule nicht leisten.“

Neonazi-Aktivitäten in Dortmund tun ihr übriges: „Eine Welt ohne Zionismus“ war das Hintergrundbild des Lautsprecherwagens beim braunen Aufmarsch „Europa erwecke“ im April in der Dortmunder City. „Israel ist unser Unglück“ war Kundgebungsthema im Mai. Die aus Dorstfeld gesteuerte Splitterpartei „Die Rechte“ stellt die bekannteste Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck (90) als Spitzenkandidatin für die Europawahl auf. Und im September schallten „Wer Deutschland liebt, ist Antisemit“-Sprechchöre bei einer Neo-



Ein Zeichen jüdischer Lebensfreude - die Chanukka-Feier am Phoenixsee in Hörde.

nazi-Demo durch die Straßen von Dorstfeld und Marten. In Marten hatte es zuvor drei Übergriffe auf einen jüdischen Mitbürger gegeben - die Täter wurden als Neonazis identifiziert.

Beim Holocaust-Gedenken in Dorstfeld kann der Rabbiner nicht

Jüdisches Leben wieder hinter verschlossenen Türen

ohne Sicherheitsdienst und Polizeischutz auftreten. Die eigene Security kontrolliert alle Briefe, die in der Gemeinde eingehen und die Polizei fährt vor der Synagoge und vor dem jüdischen Kindergarten Patrouille. Jüdisches Leben spielt sich daher zunehmend wieder hinter verschlossenen Türen ab.

„Es hat Gründe, dass es seit fünf

Jahren keinen Israel-Tag mehr auf dem Friedensplatz gegeben hat“, machte Babaev bei der Feier zum 70. Jahrestag des Staates Israel im Rathaus deutlich. Die Gemeinde und ihre Mitglieder fühlen sich von Staat und Gesellschaft zunehmend im Stich gelassen.

„Der Antisemitismus, der die Welt vergiftet, wird von Juden fein wahrgenommen“ machte Babaev bei den Holocaust-Gedenkveranstaltungen zum 80. Jahrestag der Reichsprogromnacht in Dorstfeld und am Platz der Alten Synagoge Anfang November deutlich. Die elf Morde in einer Synagoge in Pittsburgh, aber auch der Angriff auf ein jüdisches Restaurant in Chemitz, seien aus Judenhass erfolgt. „Wir dürfen vor der Ideologie des Hasses nicht zurückweichen, denn sie gefährdet Meinungsfreiheit, Kunstfreiheit, Demokratie



und Wissenschaft.“ Bei allen Bedrohungen: Chanukka - das Fest der Hoffnung und gegen die Angst - lassen sich die Dortmunder allerdings nicht nehmen. Anders als viele andere Gemeinden halten sie weiterhin daran fest. „Wir wollen zeigen, dass wir uns nicht verstecken und deutlich machen, dass das Judentum nach wie vor zu Deutschland gehört und wir

Große öffentliche Chanukkafeier am Phoenixsee in Hörde

unzertrennlich mit der Geschichte Deutschlands verbunden sind“, gibt sich der Rabbiner entschlossen.

Daher lud die Jüdische Gemeinde alle Interessierten am 9. Dezember 2018 auf die Kulturinsel auf dem Phoenixsee in Hörde ein. Dort wurde erstmals auch erstmals die

Kerzen des großen neuen Chanukka-Leuchters entzündet- Trotz des wirklich schlechten und nasskalten Wetters kamen mehrere hundert Menschen - aus Neugier, aber auch um der Gemeinde den Rücken zu stärken.

Dieser Zuspruch tut der Jüdische Gemeinde gut: „Viele machen sich Gedanken, ob Deutschland noch ihre Heimat sein kann. Jeder Vorfall ist ein weiterer Tropfen auf der Waagschale“, gesteht der Rabbiner. „Egal mit welchen Schwierigkeiten wir rechnen und leben müssen, tun wir nach wie vor sehr viel für die Verständigung“, betont der 42-Jährige.

Sein Verständnis hört allerdings bei der AfD auf: Klare Worte findet er für die Gründung der Gruppe „Juden in der AfD“. „Die Partei ist ein Fall für den Verfassungsschutz, keinesfalls aber für Ju-

den in Deutschland“, heißt es in der gemeinsamen Erklärung, die auch vom Zentralrat der Juden in Deutschland und der allgemeinen Rabbiner-Konferenz unterzeichnet wurde.

Die jüdischen Organisationen sehen in der AfD eine antisemitische

Die Kultusgemeinde lehnt die Gründung der Gruppe „Juden in der AfD“ ab

sche und rassistische Partei und „eine Gefahr für jüdisches Leben in Deutschland“ (mehr dazu in einem eigenen Beitrag).

Wo der gemeinsame Kampf gegen Rechtspopulisten und Antisemitismus endet und wie er ausgeht, weiß er nicht. Doch der Rabbiner hat die Hoffnung und den Mut, entschlossen weiter zu machen. Das passt zum Geist und zum Wunder von Chanukka.

Baruch Babaev: AfD ist keine Alternative!

Die Gründung eines jüdischen Arbeitskreises in der AfD hat breite Aufmerksamkeit in den Medien gefunden. „Wir haben uns daher entschlossen, heute gemeinsam mit anderen großen jüdischen Organisationen in Deutschland eine gemeinsame Erklärung gegen die AfD zu veröffentlichen“, betont der Dortmunder Gemeinderabbiner Baruch Babaev. Seine Gemeinde ist Mitglied einer der 17 unterzeichnenden jüdischen Organisationen bzw. Zentralstellen in Deutschland, die Anfang Oktober 2018 eine entsprechende Erklärung auf den Weg gebracht hat.

Dem Dortmunder Rabbiner fehlt jegliches Verständnis dafür, wenn Menschen jüdischen Glaubens Mitglied dieser Partei werden. „Die Partei ist ein Fall für den Verfassungsschutz, keinesfalls aber für Juden in Deutschland“, heißt es in der gemeinsamen Erklärung, die auch vom Zentralrat der Juden in Deutschland und der allgemeinen Rabbiner-Konferenz unterzeichnet wurde. Die jüdischen Organisationen sehen in der AfD eine antisemitische und rassistische Partei und „eine Gefahr für jüdisches

„Die AfD ist antidemokratisch, menschenverachtend und in weiten Teilen rechtsradikal“

Leben in Deutschland“. Wenn Juden auf die AfD als Garant für jüdisches Leben in Deutschland angewiesen wären, wäre es um das jüdische Leben in Deutschland schlecht bestellt. „Die AfD ist eine Partei, in der Juden Hass und die Relativierung bis zur Leugnung der Shoah ein Zuhause haben. Die AfD ist antidemokratisch, menschenverachtend und in weiten Teilen rechtsradikal“, machen Babaev und seine Mitstreiter deutlich.

„Uns war es wichtig, sehr deutlich zu zeigen, dass wir gegen ‚Juden in der AfD‘ sind, damit

auch denjenigen Jüdinnen und Juden, die sich verirren und aus Angst politisch nach rechts gehen, deutlich zu sagen, dass sich hier unsere Wege trennen“, spricht Babaev Klartext. „Das ist nicht, was wir uns vorstellen. Es ist ganz klar, dass diese Menschen ausgenutzt werden und Ängste geschürt werden. Aber wir wissen, wo das endet. Die AfD ist ein Irrweg. Wir werden das nicht tolerieren, denn eine Mitgliedschaft dort ist nicht vereinbar mit unseren jüdischen Werten. Sie sollen verstehen, dass die jüdische Community nicht mitgeht. Damit keiner sagen kann von unseren Leuten, dass er das nicht wissen konnte“, gibt sich Baruch Babaev kämpferisch.

Hier die Erklärung im Wortlaut:

„Die AfD versucht seit geraumer Zeit, mit ihrer vermeintlichen Verbundenheit mit dem Staat Israel und ihrer angeblichen Sorge um die Sicherheit der Jüdischen Gemeinschaft in Deutschland zu punkten. Nun wird gar ein Arbeitskreis für Juden in der AfD gegründet. Nichts an der Politik der AfD solle die Jüdische Gemeinschaft beunruhigen, so der AfD-Vorsitzende Alexander Gauland. Die vormalige AfD-Vorsitzende, Frauke Pe-



Klare Worte gegen die AfD findet auch Dortmunds Ra...

try, behauptete, die AfD sei der „Garant jüdischen Lebens in Deutschland“. Wirklich? Nein, die AfD ist keine Partei für Juden!

Wenn Juden auf die AfD als Garant für jüdisches Leben in Deutschland angewiesen wären, wäre es um das jüdische Leben hier schlecht bestellt. Die AfD ist eine Partei, in der Juden Hass und die Relativierung bis zur Leugnung der Shoah ein Zuhause haben. Die AfD ist antidemokratisch, menschenverachtend und in weiten Teilen rechtsradikal.

Allein der Blick auf die Ereignisse in Chemnitz sollte ausreichen, um zu erkennen, was Geistes Kind die AfD ist. Dort marschierten Repräsentanten der AfD Seite an Seite mit



Der Rabbiner Baruch Babaev.

Neonazis, Hooligans und Pegida-Anhängern. Sie scheuen sich nicht, mit Menschen, die den Hitlergruß zeigten, auf die Straße zu gehen. Aus diesem Klima des Hasses und des völkischen Denkens heraus wurde ein jüdisches Restaurant in Chemnitz angegriffen. Die AfD eine Partei der „besorgten“ Bürger? Nein, die AfD ist keine Partei für Demokraten! Die AfD sät Hass und spaltet die Gesellschaft. Sie hetzt gegen Menschen und greift unsere Demokratie tagtäglich an. Die AfD radikalisiert sich zunehmend und schreckt nicht davor zurück, Geschichte umzuschreiben. Gauland nennt Hitler und die Nazis einen „Vogelschiss“ in der Geschichte. Gleichzeitig ist Gauland aber „stolz auf die Leistungen deutscher Sol-

daten in zwei Weltkriegen“. Björn Höcke, der AfD-Fraktionsvorsitzende im thüringischen Landtag, fordert eine erinnerungspolitische Wende um 180 Grad. Das Holocaust-Denkmal in Berlin bezeichnet er als „Denkmal der Schande“. Die AfD fordert in ihrem Wahlprogramm ein Verbot des koscheren Sehächtens und der Beschneidung. Wer diese im Judentum fundamentalen Gebote zur Disposition stellt, der spricht Juden in Deutschland das Recht ab, in diesem Land zu leben. Soll das die Politik sein, die für Juden nicht beunruhigend sein soll?

Nein, die AfD ist eine Gefahr für jüdisches Leben in Deutschland! Die AfD agitiert unumwunden gegen Muslime

und andere Minderheiten in Deutschland. Dabei versucht die AfD, „die“ Muslime als Feinde der westlichen Welt oder „der“ Juden darzustellen. Muslime sind nicht die Feinde der Juden! Die Feinde aller Demokraten in diesem Land sind Extremisten, egal ob aus rechtsextremer, linksradikaler oder radikal-muslimischer Gesinnung heraus.

Wir lassen uns von der AfD nicht instrumentalisieren. Gleichzeitig schwadroniert Wolfgang Gedeon davon, die deutschen Gerichte seien vom Zionismus beeinflusst und weder frei noch unabhängig. Juden würden eine „Sonderbehandlung“ vor deutschen Gerichten bekommen. Ist so eine AfD wählbar? Nein, die AfD ist eine rassistische und antisemitische Partei!

Die AfD vertritt keinesfalls die Interessen der jüdischen Gemeinschaft. Eine Partei, die außer Hass und Hetze keinerlei gangbare Lösungen für die aktuellen Herausforderungen unserer Gesellschaft anzubieten hat, kann für niemanden eine Alternative sein. Kein Bürger dieses Landes, dem unsere Demokratie am Herzen liegt, kann sich mit dieser Partei identifizieren.

Die Partei ist ein Fall für den Verfassungsschutz, keinesfalls aber für Juden in Deutschland.

Die unterzeichnenden jüdischen Organisationen und Verbände rufen alle demokratischen Kräfte innerhalb und außerhalb der jüdischen Gemeinschaft auf, sich gemeinsam offen und sichtbar gegen jede Form von antidemokratischem, antisemitischem, rassistischem und völkischem Gedankengut zu engagieren!“

Erst verroht die Sprache, dann folgen die Taten

Die „Alternative“ sitzt im Deutschen Bundestag. Sie ist die größte Opposition. Die Politiker am rechten Rand des Plenarsaals nehmen sich das verbrieft demokratische Recht als Opposition lautstark zu lamentieren und anzuklagen. Sie nutzen die Demokratie, um ihre nichtdemokratischen Ziele zu verfolgen. Damit müssen wir leben.

Aber es nicht einfach hinnehmen, sondern uns für Demokratie einsetzen. Wir haben ein hohes Gut zu verteidigen. Unsere freiheitlich demokratische Grundordnung steht auf dem Spiel. Die Rechtspopulisten haben nicht vor, sich von ihrem Kurs abbringen zu lassen. Auch, wenn der Verfassungsschutz sich schon auf den Weg zu ihnen gemacht hat und bereits vor der Tür steht und anklopft.

Im Mittelpunkt des Interesses der Verfassungsschützer stehen Begriffe wie „Umvolkung“ und „Überfremdung“. Alice Weidel aber wähnt sich da in Sicherheit: „Die deutsche Sprache bietet zum Glück einen reichhaltigen Schatz an Synonymen und semantischen Spielarten, um sich auszudrücken.“

Weidel meint, dass die Vokabeln nur in besonderen Zusammenhängen gefährlich werden können. Der Freiburger Staatsrechtler Dietrich Murswiek hat gesagt, dass die Verfassungsschutzbehörden das als Anhaltspunkte für Extremismus werten. 14 Verfassungsschützer von Bund und Ländern haben mehrere hundert Seiten Material über extremistische Bestrebungen der AfD gesichtet. Dazu gehört der Gebrauch von Formulierungen, die sich indirekt als eine Relativierung der NS-Verbrechen interpretieren lassen. Die Spitze dieses sprachlichen Danebengreifens haben sicherlich Björn



Grabstein in Dortmund-Dorstfeld.

Höcke, der im Zusammenhang des „Holocaust-Denkmal“ von der „Schande“ spricht und natürlich Joachim Gauland, der die NS-Zeit als „Vogelschiss in über 1000 Jahren“ erfolgreicher deutscher Geschichte bezeichnet, für sich beansprucht.

Die Gazetten haben sie damit reichlich gefüllt.

Durch solch sprachlichen Entgleisungen konterkariert die AfD

ihr angebliches Einschreiten gegen Antisemitismus.

Und das ist eindeutig rassistisch: „Wir wollen Deutsche sein und bleiben.“ Höcke treibt es hier besonders auf die Spitze. Und zwar dann, wenn er sich über das Fortpflanzungsverhalten der Afrikaner und Europäer äußert. Die Verrohung durch Taten beginnt mit der Verrohung der Sprache. Wir gewöhnen uns an die Worte, die vorher noch unaussprechlich waren, wir nehmen Res-

sentiments hin, wir akzeptieren Ausgrenzung, hören bei Rassistismus und Antisemitismus weg. Es wird kälter. Zunehmend werden Menschen wegen ihrer (tatsächlichen, vermeintlichen und zugeschriebenen) Nationalität kriminalisiert oder als der „Anderer“ kreiert und phantasiert. Wir erst machen Juden zu Außenseitern. Auch, wenn sie Deutsche sind. Wir machen sie zu Fremden aufgrund ihrer Religion. Die Ausgrenzung bereitet sich durch Worte vor. Wenn eine Sprache, die nur „ein bisschen gefährlich“ ist, hingenommen oder hoffähig wird, dann ist das nur der erste Schritt zur noch gefährlicheren Sprache. Es ist die erste von vielen Stufen. Die Hürden zur Gewalt fallen von Stufe zu Stufe. Je höher wir sie erklimmen.

Es bleibt ein schmaler Grat: Auf der einen Seite das hohe Gut der Meinungsfreiheit, auf der anderen das ins Feuer getropfelte Öl. Sprache kann zur Gewalt verleiten, zumindest den Boden dazu bereiten, die Hemmschwellen einzureißen und die Bereitschaft zur Gewalt initiieren. Sprache kann Angst schüren und sie verstärken. Und wer Angst hat, der reagiert, weil er sich bedroht fühlt. Wie gesagt: fühlt. Eine Überprüfung der Fakten findet dann nicht mehr statt. Und die Trumps und Orbans dieser Welt spielen mit dieser Angst. Sie wiegeln auf und das Publikum ist empfänglich.

Biedermann und die Brandstifter. Der Attentäter von Pittsburgh schrieb vor dem Anschlag, dass „schmutzige Juden...schmutzige Muslime“ in sein Land brächten. Dabei könne er nicht tatenlos zusehen. Donald Trump hatte wiederholt von der tödlichen muslimischen Gefahr gesprochen.

„Flüchtlingsflut oder -welle“ stellt Menschen in Not als Be-

drohung dar. Naturmetaphern, die Angst machen. Vor einer Lawine, einer Flut muss man in Deckung gehen. Dabei ist ein Asylbewerber jemand, der aus Angst um sein Leben seine Heimat verlässt. Das wird bei diesem Wortgebrauch komplett ausgeblendet. „Asyltourismus“ von Markus Söder, sowie seine aufgehängten Kreuze in den Schulen und öffentlichen Gebäuden, der Begriffe der „Anti-Abschiebe-Industrie“ und die „Saboteure des Rechtsstaats“ aber auch das wenig durchdachte und vorschnell geäußerte „Wir können nicht alle aufnehmen“ von Andrea Nahles beschreibt den Tiefpunkt der sprachlichen Verrohung.

Vordergründig hat sie vielleicht

Die Sprache des Hasses ist nur der erste Schritt

Recht. Aber: Sie hätte als Vorbild mehr überlegen müssen, was sie mit einem solchen Satz anrichtet. Thomas Niehr, Sprachwissenschaftler von der RWTH Aachen: „Das Problem ist, was damit gemeint ist und auch von allen so verstanden wird.“ Er sieht ganz klar eine Verrohung der politischen Sprache in Deutschland. Zurückzuführen sei das auf den Rechtsruck, die Pegida, die AfD und die Initiative.

Horst Seehofer freut sich an seinem Geburtstag über 69 abgeschobene Asylbewerber. Hinterher wundert er sich gar darüber, warum die Menschen ihn dafür abstrafen. In einer Bierzeltrede schimpft er über die anschließende Kampagne gegen ihn. „Jetzt steht der Seehofer vor Ihnen, der Mörder, der Terrorist, der Rassist.“

Es sind die Worte, die den Blick verschieben auf das, worum es ei-

gentlich geht. Es geht um Flucht aus der Not heraus. „Masterplan, Ankerzentren, Transitzentren...“ diese Begriffe verschleiern. Ausgerechnet „Transit“, das ist der von Anna Seghers geschriebene Roman, der die zutiefst deutsche Fluchterfahrung, die ängstliche Fahrt in die Rettung, die damit verbundene Hoffnung beschreibt. Das war im Juli des Jahres 1938, als in Evian darüber gesprochen wurde, wie 540.000 Juden aus Deutschland und Österreich umverteilt werden sollten. Die Konferenz scheiterte. Golda Meir, die spätere israelische Ministerpräsidentin sagte damals: „Diese „Zahlen“ – das sind Menschen.“

Und auch heute reden wir, wenn wir von den Toten im Mittelmeer sprechen nur von den Zahlen. Europa hat versagt. Es schottet sich ab. Schlimmer noch: Rechtspopulisten beschimpft die Seenotretter als „kriminelle Vereinigung“, Matteo Salvini, italienischer Innenminister spricht vom „Menschenfleisch“, wenn es um Geflüchtete geht.

Eigentlich macht unsere Sprache uns zum Menschen. Wir sollten aufpassen auf uns. Wir sollten menschlich bleiben.

Man wünscht sich Politiker, die ein Vorbild sind. Manchmal gibt es sie noch. Aber sie werden seltener. Dann, zum Beispiel, wenn Frank-Walter Steinmeier zur Disziplin der Sprache mahnt, dann keimt sie auf die Hoffnung.

Man müsse handeln, sagt der Bundespräsident, wo auch immer die Würde des anderen verletzt werde, gegensteuern, wenn eine Sprache des Hasses um sich greife, wenn andere ausgegrenzt oder zu Sündenböcken gemacht werden, „wenn Menschen einer bestimmten Religion unter Generalverdacht gestellt werden.“

Das hingeworfene Stöckchen - Zur Rolle der Medien

Medien haben im Allgemeinen eine schwierige Aufgabe. Auf der einen Seite ist die Verpflichtung zu berichten, auf der anderen springen sie über jedes Stöckchen, das die Rechten ihnen hinwerfen. Das Reden und schreiben über den populistischen rechten Rand dominiert den Diskurs. Was darf man sagen, was nicht? Es herrscht absolute Unsicherheit. In den Redaktionen wird heftig darüber gestritten, ob man z.B. schreibt, welche Nationalität ein mutmaßlicher Gewaltverbrecher hat. Wo endet die Informationspflicht, wo beginnt die Verantwortung des Diskurses?

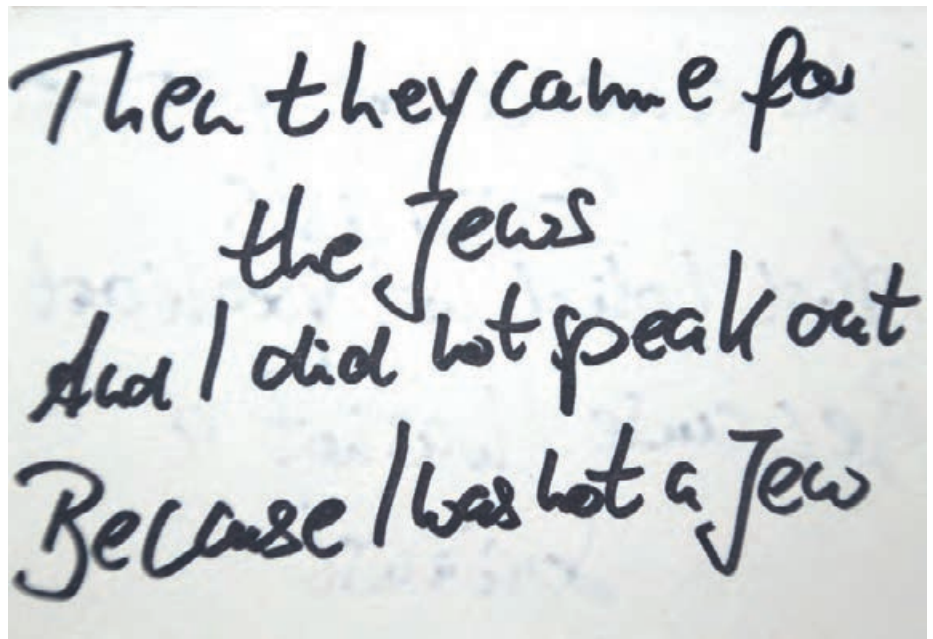
Die Schriftstellerin Juli Zeh zum Umgang mit den Rechten und der Rolle der Journalisten jüngst im Interview: „Kommt schon, ihr stürzt euch doch nur darauf, weil es medial so verdammt sexy ist. Weil es nach wie vor das skandalöseste ist, was man in Deutschland machen kann: Mit Rechten reden.“

Schaut man sich Diskussionen mit Nazis im deutschen Fernsehen an, so fällt auf, dass die Diskussion vor allem immer wieder gleich verläuft. Es wird hitzig und emotional gestritten. Dabei wäre Nüchternheit besser. Scharfe Analyse, konsequentes Nachfragen, sich nicht aus der Ruhe bringen lassen, bringen da eher weiter.

Es gibt allerdings Themen, die sind nicht verhandelbar, sie kommen nicht auf die Agenda. Das ist zum Beispiel die freiheitlich demokratische Grundordnung unseres Landes. Grundrechte und der Raum des nicht Sagbaren sind nicht diskutierbar.

Medien sollten weniger rechtsextreme Meinungen salonfähig machen, sondern sie viel mehr hinterfragen.

Egal, ob BILD oder Stern, alle arbeiten mit Verkürzungen. Das Boulevardblatt prangert immer wieder den Asylmissbrauch oder das Asyl-Chaos an. Der Stern verknüpft einen Mord mit der Bundeskanzlerin und dem Thema Flucht.



Auf dem Titel dann das Foto der mutmaßlich von einem geflüchteten Iraker umgebrachte 14-jährige Susanna F.

Der Rechtspopulismus bestimmt zunehmend die Agenda. Warum besetzen Journalisten die Themen nicht selbst? Warum schreibt oder recherchiert man nicht wieder mehr, wie überhaupt das Miteinander egal, ob es sich um Ausgrenzung /Rassismus oder Antisemitismus handelt.

In den Sonntagsreden beruft sich der Medienbetrieb gerne auf die essentiellen Funktionen wie Demokratie und Gesellschaft. Aber sobald es um die eigene Verantwortung geht, verschanzt er sich hinter den Gesetzen des Marktes. Es gibt aber Möglichkeiten das zu

tun, wozu Journalisten ausgebildet werden: Darüber aufzuklären, was mit den Wörtern, die benutzt werden, ohne darüber nachzudenken, gemeint ist. Die „Flut der Flüchtlinge“ z.B. ist ein Sprachbild, das ich als Journalist erklären kann und muss. Ich kann dem auch etwas entgegengesetzten. Mir sind andere Dinge, als Ängste zu schüren, wichtig. Ich setze auf den Zusammenhalt. Wir fragen nach und wir wollen, bevor wir uns ein Urteil über einen Menschen (oder eine Gruppe von Menschen) machen, ihn (sie) erst einmal kennenlernen. Georg Mascolo, Leiter des Rechercheverbundes von SZ, NDR und WDR plädiert in seiner Selbstkritik des Journalismus im November 2018 für eine Mäßigung. Er wünscht sich einen Ort des zweiten Gedankens. Das wiederholte

und immer mehr um sich greifende Vereinfachen sei zwar weiterhin eine Kunst, aber nur so lange die Substanz nicht verfälscht würde. Mascolo plädiert für Frage- als Ausrufezeichen im auch mit sich selbst kritischen Journalismus.

Sprache(n) sind immer etwas lebendiges, sie wandeln sich andauernd. Wer Texte jenseits von „lol“, „fyi“ und „thx“ schreiben will, muss der Sprache mächtig sein. Klingt hart, ist aber auch nicht die Wirklichkeit. Studien haben gezeigt, dass auch die jungen Leute den Unterschied zwischen Chat-Nachricht und dem Aufsatz hinbekommen.

„Hate Speech“ – das ist das vermeintlich auf dem Recht zur freien Meinung basierende Äußern der persönlichen Unzufriedenheit. Und hier werden massiv Grenzen überschritten. Dabei bleibt die Moral auf der Strecke.

Die Folgen sind naheliegend: Erst verroht die Sprache, dann die Sitten. Wir sollten wieder mehr über unsere Werte diskutieren. Damit meine ich auch und gerade Politiker, Journalisten und andere, die in der Öffentlichkeit stehen, und die eine Vorbildfunktion haben. Der Begriff „fake news“ ist mittlerweile inflationär. Seehofer macht es nicht anders als der amerikanische Präsident. Auch für ihn sind ganz normale Journalisten solche, die fake news verbreiten. Und wenn dem Präsidenten die Journalisten nicht passen, dann setzt er sie vor die Tür. Arbeiten ist dann für die Kollegen nicht mehr möglich. Und wir gewöhnen uns daran, für uns wird es immer normaler, dass Journalisten an ihrer Arbeit gehindert werden.

Andrea Röpke, freiberufliche Journalistin, die sehr viel in der rechten Szene recherchiert, sagt, aber auch, dass Journalisten umdenken müssen. Sie glaubt, mehr Analyse

und die Überlegung „wie wir mit der neuen riesigen rassistischen Bewegung, von der die AfD nur die parlamentarische Spitze ist, besser umgehen....Wir müssen umdenken und uns breiter und effektiver aufstellen.“

Genauer zuhören, nicht jedes Stöckchen aufheben und sich seiner Aufklärungsrolle wieder bewusster werden, das könnte ein erster Schritt sein. Vielleicht auch wieder das Gelernte aus der Hand-

Georg Mascolo plädiert für eine Selbstkritik des Journalismus

werkerkiste packen: überprüfen und gewichten. Die ZDF Moderatorin Dunja Hayali wird sehr häufig im weltweiten Zwischennetz beschimpft. Ist der eine Post gerade mal „Schnee von gestern“ kommt direkt der neue. Dabei ist der Kampf dagegen, wie einer gegen Windmühlen. Dem nichts entgegensetzen, bedeutet aufgeben. Das geht gar nicht. Trotzdem: Dieser offen zur Schau gestellt Hass, macht was mit den Menschen. Hayali: „Ich finde es unsäglich, in einem demokratischen Land mit Meinungs- und Pressefreiheit als Journalistin geschützt werden zu müssen, weil ich meinem Job nachgehe.“ Man spuckt ihr vor die Füße, nennt sie eine türkische Schlampe und wünscht ihr, dass sie von einer ‚Horde Araber‘ vergewaltigt wird. Ein weiteres frap-

pantes Beispiel: In Berlin-Neukölln wird die israelische Reporterin Antonia Yamen während der Aufzeichnung ihres Beitrags auf offener Straße angepöbelt und ein Böller in ihre Richtung geworden.

Wer das mitbekommt auf Twitter und Co hat eine Chance, um diesem Hass was entgegen zu setzen. Am besten, wir stellen uns an die Seite derjenigen, die hier so unterhalb jeder menschlichen Würde angegangen werden. Caroline Emcke, Journalistin bei der Süddeutschen Zeitung klagt die Verantwortungslosigkeit vieler ihrer Kolleginnen und Kollegen an. Journalismus bestehe eben nicht nur darin ein Mikro hinzuhalten oder den Stift zu zücken. Vielmehr ist eine „analytische, hermeneutische, kritische Arbeit“ notwendig, um möglichst genau „ein soziales, politisches, kulturelles Thema zu recherchieren, zu hinterfragen, zu erörtern.“

Vielleicht ist es sinnvoll wieder den Beruf zu erlernen, kritisch zu hinterfragen, Themen zu setzen. Und nicht hinter jedem Stöckchen hinterher zu rennen. Und wer kein Journalist ist, der oder die kann sich an dem Satz orientieren, den uns unsere Eltern und Großeltern beigebracht haben und den wir auch der nachkommenden Generation weitergeben sollten: „Was du nicht willst, dass was man dir tu, das füg‘ auch keinem anderen zu.“



Stolpersteine im Innenhof der Dortmunder Steinwache.



Rassist*innen begegnen, ohne ihnen zu viel Bedeutung zu geben

Vielleicht nicht auf alles anspringen, sondern immer genau abwägen: Lohnt sich das ? Oder geben wir Ihnen damit wieder nur ein neues Forum? Ruhig und intelligent agieren, nicht reagieren.

Vielleicht immer wieder genau nachfragen: Woher hast du diese oder jene Information? Wo steht das? Wer hat das gesagt? Wann?

Wenn man heute alles mit der Zeit der Nazis, mit dem sog. Dritten Reich vergleicht, verharmlost man diese Zeit. Wir haben heute keinen Faschismus, wir haben einen erstarkten Populismus.

Das ist schwierig, das kann nicht eindeutig beantwortet werden. Gespräche mit Antisemiten, Rassisten und/oder Populisten sind sehr mühselig und brauchen extrem hohe Aufmerksamkeit. Am besten eine sehr gute Vorbereitung. Denn Interesse am Gegenüber besteht ja bei ihnen von vornherein nicht. Es geht hier nicht um das normale miteinander reden, wenn der eine mal was sagt, worüber der andere dann nachdenkt. Oder sich gar in die Perspektive des anderen begibt.

Joachim Gauck, der ehemalige Bundespräsident, meldet sich Ende November 2018 zu diesem Thema zu Wort. Er meint im Umgang mit Rechtspopulisten nicht vorschnell einen moralischen Bann auszusprechen“. Demokraten sollten sie nicht ausgrenzen, sondern gerade diese „Debatten mit Andersdenkenden und Anderslebenden“ suchen.

Gauck meint, dass viele Menschen Angst vor der Globalisierung und Digitalisierung haben und genau dies biete vielen Populisten reichlich Raum für Angststrategien. Gauck: „Die Verunsicherten sind mehrheitlich noch keine Demokratiefeinde. Sie sind zu gewinnen, wenn die

Demokratie sie wahrnimmt und verständlich anspricht. Er plädiert für Argumente statt Arroganz. „Und Patrioten sind wir, weil wir Heimat haben in einem Land, das unseren Werten ein Zuhause bietet.“

Frank Richter, seit Februar 2017 Geschäftsführer der Stiftung Frauenkirche in Dresden, hat dem Thema eine Streitschrift gewidmet. Die Spirale der Eskalation kann nur durch Kommunikation angehalten werden. Deutschland ist mittlerweile gespalten, weil niemand mehr zuhört, niemand mehr darüber nachdenkt, was der andere gesagt oder gemeint haben könnte. Die Folgen des nicht mehr Zuhörens sind unter anderem das Erstarken des rechten Randes. Der sitzt mittlerweile im Deutschen Bundestag und bestimmt mit. Man soll und muss miteinander reden; vielleicht bevor es losgeht ein paar Spielregeln aushandeln und sie auch beachten. Aus den Interviews mit den Beteiligten des Netzwerkes zur Bekämpfung des Antisemitismus in Dortmund.

Wie kann man dem zunehmenden Antisemitismus und Rassismus begegnen?

Hartmut Anders-Hoepgen:, Sonderbeauftragter des Oberbürgermeisters:
„Zunächst einmal sollte man diese beiden großen Problemfelder eigentlich getrennt „behandeln“. Rassismus ist ein weltweites Problem und auch in unserem

Land weit verbreitet. Menschen grenzen andere Menschen aus, verachten sie, betrachten sie als minderwertig etc. weil sie nicht der eigenen Bevölkerungs- oder Glaubensgruppe angehören. Antisemitismus ist eine besonders abscheuliche und spezielle Form des Rassismus gegenüber Jüdinnen und Juden und dem jüdischen Volk sowie dem Staat Israel. Er hat in vielen Ländern besonders aber in unserem Land in der Zeit des Nationalsozialismus bekanntlich zu fürchterlichen Exzessen bis hin zu dem schrecklichen Holocaust und der Ermordung von 6 Millionen Jüdinnen und Juden geführt. Rassismus und Antisemitismus waren in unserm Alltag immer schon da. Aber in den letzten Jahren haben sie sich immer mehr verstärkt. Das gesellschaftliche Klima hat sich verändert. Die Grenze des Sagbaren hat sich verschoben. Rassistische und auch antisemitische Ressentiments werden leichter und schamloser geäußert. Rechtspopulistische Strömungen befeuern rassistische und auch besonders antisemitische Vorurteile.“

Deniz Greschner.
Multikulturelles Forum:
„Rassismus und Antisemitismus werden heute unter der Kategorie „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ zusammengefasst. Bei beiden Phänomenen handelt es sich um gesellschaftliche Diskriminierungsformen, die Fremd- und Eigengruppen konstruieren und mit Zuschreibungen, Markierungen sowie

Projektionen funktionieren. Trotz Ähnlichkeiten sind beide Ungleichwertigkeitsideologien unterschiedlich zu analysieren; denn sie sind in ihrer Geschichte, ihren Ausprägungen, Strukturen und Erscheinungsformen verschieden. Rassismus funktioniert häufig über eine sogenannte „Abwertung“ der „fremdgemachten“ Gruppe; was zugleich für die eigene Gruppe eine „Aufwertung“ bedeutet. Zwar spielt bei Antisemitismus eine sogenannte „Abwertung“ auch eine wichtige Rolle; doch werden hier zeitgleich dem sogenannten „Juden“ verschiedene Eigenschaften angedichtet, die eine kuriose Aufwertung oder Überhöhung zur Folge haben. So gelten im antisemitischen Denken die „Juden“ z.B. als „Drahtzieher, die die Finanzmärkte regieren“. Beiden Phänomenen muss durch gesamtgesellschaftliche, strukturelle Aufarbeitung, Bildung und Erziehung entgegen gewirkt werden. Dabei spielen Schulen, Bildungseinrichtungen insbesondere der politischen Bildung, Zivilgesellschaft und Politik eine zentrale Rolle. Das Entgegenstellen muss kollektiv und kontinuierlich gestaltet werden.“

Vivianne Dörne,

Quartiersdemokraten Dortmund:
„Im Allgemeinen beschreibt Rassismus eine eigenständige Ideologie von Denk- und Handlungsmustern, die Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe, Herkunft, Sprache oder auch ethnischen Zugehörigkeit klassifiziert und abgewertet werden. Rassistische Einstellungen und Verhaltensweisen führen in den Konsequenzen zu Diskriminierungen von Personen und/oder Personengruppen. Die Grundannahme, dass Menschen in „Rassen“ unterteilt werden können, wurde zwar wissenschaftlich längst widerlegt, findet aber noch in An-

wendung. Rassistische Konzepte wie der Ethnopluralismus, die kulturell legitimiert werden, sind Erscheinungsformen, die sich heute beobachten lassen. Rassismus hat aber wie viele Ideologien unterschiedliche Erscheinungsformen. Antisemitismus ist ebenfalls eine eigenständige und sehr komplexe Ideologie. Dabei handelt es sich um eine antimoderne Weltanschauung, die in der Existenz von Jüdinnen und Juden die Ursache aller Probleme in der Welt sieht. Antisemitismus differenziert sich auch hier in seiner Komplexität in unterschiedliche Erscheinungsformen. Antijüdische Narrative werden daher in der Regel religiös, rassistisch und verschwörungsideologisch legitimiert sowie auf den Staat Israel und auf den Holocaust projiziert. Im Gegensatz zum Rassismus werden Jüdinnen und Juden nicht als etwas Minderwertiges herabgewürdigt, sondern als ‚mächtig‘ dargestellt.“

Stefan Woßmann,

Stadt Dortmund Jugendamt
 Respekt-Büro:

„Eine fast philosophische Frage. Ich erkenne Rassismus und Antisemitismus, wenn ich mir bewusst bin, was Rassismus und Antisemitismus ist. Dann erkenne ich ihn in Worten und Handlungen.“

Micha Neumann,

Quartiersdemokraten Dortmund:

„Wir sprechen von Rassismus, wenn Menschen unveränderliche Merkmale aufgrund ihrer Herkunft oder Hautfarbe zugeschrieben werden, die dazu dienen soziale, politische oder ökonomische Differenz herzustellen oder zu legitimieren. Antisemitismus ist deutlich komplexer. Grundsätzlich bezeichnet der Antisemitismus eine Feindschaft gegen Juden, die sich unterschiedlich äußern kann. Zent-

ral ist im Antisemitismus jedoch die Vorstellung, dass Jüdinnen und Juden über die Macht verfügen, bestimmte Bereiche (z.B. das Finanzwesen oder Politik) zu kontrollieren oder zu beherrschen. Daher tritt der Antisemitismus auch oft in Form von Verschwörungstheorien auf. Doch Antisemitismus kann sich auch in Bezug auf die Erinnerung an den Nationalsozialismus finden, wenn z.B. die Forderung nach einem Schlussstrich unter die Geschichte aufkommt oder jüdische Opfer zu den eigentlichen Tätern umgedeutet werden, die sich bspw. an der Erinnerung bereichern würden oder den Deutschen ihre Verbrechen vorhalten.“

Kann man Populist*innen und/oder Antisemit*innen mit Fakten überzeugen

Hartmut Anders-Hoepgen,

Sonderbeauftragter des
 Oberbürgermeisters:

„Einen eingefleischten Unbelehrbaren vielleicht nicht, ihr Rassismus und auch der Antisemitismus entstehen ja nicht durch Fakten sondern durch völlig unbegründete, aber oft schon sehr alte und oft sogar hasserfüllte Vorurteile. Es gibt aber so viele Sympathisanten und Mitläufer und (nicht selten zurecht) unzufriedene Menschen, die dem populistischen Gerede auf den Leim gehen. Hier muss man, so oft es geht, das Gespräch suchen und auch mit Fakten argumentieren. Sicher müssen allerdings auch durch Politik und Gesellschaft die Ursachen für das Entstehen der geschilderten Zustände bearbeitet und verändert werden.“

Alex Völkel

nordstadtblogger:

„Einen echten Kader kann ich nicht überzeugen. Entscheidend



ist, die ZuhörerInnen, MitschülerInnen, Passanten etc. zu erreichen. Es ist sehr schwer gegen Antisemitismus zu argumentieren. Dennoch sollte jeder ihm entgegentreten, ganz besonders im Schulalltag. Dabei ist zentral, dass die pädagogischen Kräfte selber voll und ganz hinter den Werten der Aufklärung stehen und sich von dem aggressiven und militanten Nationalismus distanzieren, welcher den Antisemitismus sogleich mit hervorbringt. Einige Auswüchse dieses Nationalismus ließen sich auch seitens der Unions-Parteien beobachten in der Debatte um eine deutsche Leitkultur und in der National-Stolz Diskussion. Dabei ist es unnützlich sich auf die Argumentationsstruktur antisemitischer Schüler oder Schülerinnen einzulassen, stattdessen sollte über die Struktur der Argumentation aufgeklärt werden, da sonst eine unendlich lange Reihe sogenannter Gegenargumente hervorgehoben wird, ist über die gesamte Komplexität des Zusammenhangs aufzuklären. Dazu ein Beispiel, welches immer wieder zu hören ist: ‚Nach so langer Zeit muss doch einmal ein Schlusstrich unter die deutsche Vergangenheit gezogen werden‘ Die einzig passende Antwort darauf ist, dass nur diese Argumentation nur von denen vorgebracht wird, die ein eigenes Interesse an solch einem Schlusstrich haben. So lange die Einstellungen und Ideologien fortleben, die den Nationalsozialismus und Auschwitz möglich machten, kann es keinen Schlusstrich geben. So absurd es bei der kleinen Zahl von in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden auch ist, man begegnet dennoch häufig der Mär von dem ungeheuren jüdischen Einfluss auf Politik und Wirtschaft. Auch hier wäre es verlorene Mühe der Person, die dieses antisemitische Klischee

äußert mit Zahlen und Fakten zu kommen, welche es widerlegen sollen. Undemokratisch und den Gleichheitsgrundsatz verletzend ist allein schon die Frage nach dem Anteil verschiedener Bevölkerungsgruppen. Eine solche Antwort wird vielleicht nicht eine antisemitische Schülerin überzeugen, dem Rest der Schulklasse wird vorgeführt, wie tiefgreifend eine solche Form der „Argumentation“ gegen die bürgerliche Demokratie verstößt. Ich hoffe, dass mittels der Beispiele verständlich geworden ist, wie Schülerinnen und Schülern zu begegnen ist, die sich antisemitisch hervortun. Dabei kann es nicht für jeden Fall eine Handlungsanleitung geben. Man sollte auf jeden Fall aber vermeiden den negativen Stereotypen mit positiven Stereotypen zu begegnen. Die Konstruktion einheitlicher sozialer oder ethnischer Gruppen sollte so im Unterricht abgebaut werden. Weder gibt es „die Juden“, noch den prototypischen „Ausländer“, Polen usw., sondern nur Individuen, die schlau oder dumm, geschickt oder ungeschickt sein können.“

Micha Neumann,

Quartiersdemokraten Dortmund:

„Sobald sich einzelne Vorurteile, Einstellungen und Stereotypen zu einem manifesten Weltbild verdichtet haben, lässt sich nur noch kaum mit Fakten argumentieren. In der Auseinandersetzung mit Rassismus und Antisemitismus sind diese Grenzen der Aufklärung stets mitzudenken. Es ist daher auch ein Trugschluss, dass geglaubt wird man müsste, mit entsprechenden Personen nur einmal ins Gespräch kommen, um sie zu überzeugen oder die ‚Ängste‘ zu nehmen. Das funktioniert vielleicht im Einzelfall, aber kann keine politische und gesellschaftliche Strategie sein.“

Was kann jeder tun, der auf der Straße, auf dem Schulhof, in der U-Bahn einen rassistischen oder antisemitischen Übergriff mitbekommt?

Hartmut Anders-Hoepgen,

Sonderbeauftragter des Oberbürgermeisters:

„Zivilcouragiertes Einschreiten ist angebracht, aber deeskalierend, also die Situation sollte nicht aufgeheizt werden. Ruhig und vermittelnd Gegenargumente oder auch eine andere Position, andere Erfahrungen formulieren. Bei aller gebotenen Vorsicht z.B. bei aggressiven oder gar gewaltbereiten Menschen ist es gut Verbündete in der Umgebung zu suchen und gemeinsam einzuschreiten. Ein Einschreiten oder Gegenargumentieren sollte immer gewaltfrei und deeskalierend wirken. Droht die Situation (gewalttätig) zu eskalieren, empfiehlt sich auf jeden Fall ein Notruf bei der Polizei (110).“

Helena Breidt,

Schule ohne Rassismus:

„Reagieren, Aussagen in Frage stellen, deeskalieren“

Deniz Greschner,

Multikulturelles Forum:

„Hinsehen, auf gar keinen Fall ignorieren! Betroffenen Personen beistehen, und bei Bedarf nach weiterer Unterstützung fragen. Wenn Courage schwer fällt, zumindest auf die Diskriminierung aufmerksam machen und somit andere, dritte Beteiligte mitnehmen. Wer nicht helfen kann, kann nach Hilfe fragen.“

Alex Völkel,

nordstadt-blogger:

„Hinsehen und nicht wegsehen. Machen Sie deutlich, dass sie nicht damit einverstanden

Wie kann man Menschen zur Zivilcourage ermutigen?

sind. Geht die Aggression von mehreren Personen aus, dann suchen Sie sich Verbündete. Suchen Sie Blickkontakt zu anderen Anwesenden. Sprechen Sie die anderen Anwesenden dann an und involvieren Sie sie durch eine direkte Ansprache. „Sie wollen doch auch nicht hinnehmen, dass...“ „Finden Sie nicht auch, dass...“ „Finden Sie das nicht auch absolut nicht hinnehmbar, dass...“

Machen Sie die Wegsehenden zu Hinsehenden und dann zu handelnden Akteuren. Werden Sie selbst aber nicht körperlich aktiv, sondern rufen Sie die Polizei oder drücken Sie den Notrufknopf, um sich selbst zu schützen. Entschlossenheit ist gut. Aber eigene Aggressivität oder Eskalation macht es schlimmer nicht besser.“

Paul Mentz, Sebastian Salzmänn, Bagrut e.V.:

„Wird man Zeug*in eines rassistischen, antisemitischen o.ä. Übergriffs, sollte man, wenn möglich, andere Personen ansprechen und versuchen einen Solidarisierungseffekt mit den Betroffenen des Übergriffs auszulösen. Grundsätzlich gilt unseres Erachtens, dass der Eigenschutz im Vordergrund steht. Im Zweifel immer frühzeitig einen Notruf absetzen, bevor es zu Gewalttaten (oder weiteren Gewalttaten) kommt. Situationen sind häufig schwer einzuschätzen, daher sollte man nicht davor zurückschrecken, lieber einmal zu viel als einmal zu wenig die Polizei hinzuzuziehen.“

Claudia Steinbach,
Auslands-gesellschaft.de:

„Das kommt auf die Situation an: Man kann versuchen, sich höflich und freundlich einzumischen; falls die Situation zu gefährlich erscheint, sollte man direkt die Polizei einschalten.“

Vivianne Dörne,
Quartiersdemokraten Dortmund:
„Rassistische und antisemitische Vorfälle und Übergriffe müssen als solche überhaupt erstmal identifiziert werden. Wenn eine Person einen solchen Vorfall mitbekommt, ist es wichtig, nicht wegzuschauen. Natürlich kommt es immer auf die konkrete Situation an, in der eine Person abwägen sollte, sich direkt einzumischen oder zum Beispiel direkt die Polizei zu informieren. Prinzipiell ist es aber hilfreich, andere Personen ebenfalls auf den Vorfall aufmerksam zu machen und das Opfer zu unterstützen. Solidarisieren Sie sich und machen Sie Ihren Standpunkt klar!“

Stefan Woßmann,
Stadt Dortmund Jugendamt
Respekt-Büro:

„Diese Frage ist nur unzureichend mal eben schnell zu beantworten, da jede Situation für sich einzigartig ist. Wichtig ist aus meiner Sicht, sich eigener rassistischer und antisemitischer Anteile bewusst zu werden und aus dieser Haltung heraus zu handeln, ohne sich in Gefahr zu begeben.“

Micha Neumann,
Quartiersdemokraten Dortmund:
„Einschreiten, Einspruch erheben, Betroffenen beistehen und zeigen, dass sie nicht alleine sind, Hilfe holen, die Täter*innen falls möglich von weiteren Angriffen abhalten.“

Matthias Mertes,
Auslands-gesellschaft.de:
„In jedem Fall kann jede und jeder dafür sorgen, dass dieser nicht unbemerkt und geduldet bleibt. Was konkret getan werden kann, hängt von den jeweiligen Umständen ab. Einen Anruf bei der Polizei kann jedoch jede und jeder tätigen.“

Hartmut Anders-Hoepgen,
Sonderbeauftragter des Oberbürgermeisters:
„Indem man selbst Zivilcourage zeigt und damit selbst mit gutem Beispiel vorangeht. Allerdings ist meine Erfahrung: Allgemeine Appelle nutzen meist nichts. Außer dem eigenen Beispiel ist immer wieder die persönliche Ansprache notwendig. Schweigend rassistische oder antisemitische Äußerungen hinzunehmen, wird in der Regel als stillschweigendes Einverständnis gewertet. Ein freundliches aber bestimmtes und begründendes Widersprechen regt zumindest meist zum Gespräch an.“

Deniz Greschner,
Multikulturelles Forum:
„Indem man die Helfenden stärkt; insbesondere junge Menschen durch gezielte Trainings die Wege beibringt, wie sie helfen können und was sie tun können, wenn die Hilfe nicht immer greifbar ist.“

Helena Breidt,
Schule ohne Rassismus:
„Das funktioniert, wenn überhaupt, in erfahrungsorientierten Trainings oder mit einer kreativen Methode wie dem Forumtheater.“

Claudia Steinbach,
Auslands-gesellschaft.de:
„Augen und Ohren aufhalten. Eine couragierte Einstellung haben und sich entsprechend verhalten. Nicht jeder ist allerdings für Aktionen, die Zivilcourage erfordern, geeignet.“

Vivianne Dörne,
Quartiersdemokraten Dortmund:
„Die Solidarisierung und Unterstützung von Personen, die Opfer von rassistischer oder an-



tisemitischer Gewalt geworden sind, ist wichtig und notwendig. In einer offenen Gesellschaft dürfen solche Vorfälle nicht geduldet werden. Es ist wichtig, Personen diese Relevanz zu vermitteln und beispielsweise durch Workshops für Zivilcourage zu sensibilisieren.“

Micha Neumann,

Quartiersdemokraten Dortmund:
„Indem man deutlich macht, wie wichtig die Unterstützung von Menschen ist, die von Antisemitismus und Rassismus betroffen sind. Dies muss über Sensibilisierung erfolgen: Wer Antisemitismus und Rassismus kritisch betrachtet und auch im Alltag wahrnimmt, wird besser hinschauen. Hinzu kommen praktische Methoden, wie z.B. Trainings zur Zivilcourage.“

Stefan Woßmann,

Stadt Dortmund Jugendamt
Respekt-Büro
„Gezielte Ansprache und das trainieren und üben in entsprechenden Workshops.“

Paul Mentz, Sebastian Salzman, Bagrut e.V.:

„Diese Frage lässt sich nicht einfach beantworten. Eine Voraussetzung ist mit Sicherheit, dass wir Menschen eine fundierte demokratische innere Haltung vermitteln, die ihnen als Orientierungshilfe dient, wenn sie mit Ressentiments konfrontiert sind. Dies alleine wird aber in vielen Fällen nicht ausreichen, da eine gewisse Handlungssicherheit in Krisensituation und emotional aufgeladenen (potentiell gewalttätigen) Situationen hinzukommen müsste, die den meisten von uns bisher vermutlich nicht vermittelt wurde. Grundsätzlich sollten wir daher darauf abzielen,

Menschen zu vermitteln, dass sie für alle Mitmenschen eine Mitverantwortung tragen und sich ihren Fähigkeiten entsprechend darum bemühen sollten, Hilfe zu leisten oder herbeizurufen.“

Matthias Mertes,

Auslandsgesellschaft.de:
„In dem man ihnen verdeutlicht, dass es wichtig ist sich für andere einzusetzen und nicht wegzuschauen und klar macht, dass mit rassistischen, antisemitischen und sonst wie menschenverachtenden Übergriffen immer auch alle anderen, die sich der Weltvorstellung der Täter nicht einfügen gemeint sind.“

Wie kann ich mich selbst schützen?

Deniz Greschner,

Multikulturelles Forum:
„Indem ich um Hilfe und Unterstützung bitte.“

Matthias Mertes,

Auslandsgesellschaft.de:
„In potenziell gefährlichen Situationen gilt es immer einzuschätzen, inwieweit das eigene Eingreifen die Gefahr birgt, selbst verletzt zu werden. Ob das der Fall ist und ob man das in Kauf nimmt, muss jede und jeder situativ und für sich selbst entscheiden. Wichtig ist in jedem Fall trotzdem nicht wegzuschauen. Man kann Umstehende laut auf das Geschehen aufmerksam machen und um Hilfe bitten. Sollte die Situation brenzlich werden (wenn zum Beispiel physische Gewalt angedroht oder eingesetzt wird), sollte unbedingt und möglichst unverzüglich die Polizei verständigt werden.“

Paul Mentz, Sebastian Salzman, Bagrut e.V.

„In Situationen, die zu eskalie-

ren drohen oder bereits eskaliert sind, immer zuerst einen Notruf absetzen! Inwiefern man selbst in die Situation eingreifen möchte und kann, muss jede Person für sich selbst entscheiden. Im Zweifelsfall sollte aber dem Aspekt des Selbstschutzes Rechnung getragen werden. Sich aus Pflichtgefühl in eine Situation zu begeben, der man nicht gewachsen ist, trägt meistens nicht dazu bei, das Gefahrenpotential für alle Beteiligten zu reduzieren.

Hartmut Anders-Hoepgen,

Sonderbeauftragter des Oberbürgermeisters:
Es kommt natürlich auch immer auf die Situation an, ob eine normale Gesprächssituation besteht oder ob man sich irgendwo in der Öffentlichkeit befindet. Zivilcourage bedeutet ja nicht, sich selbst in Gefahr zu bringen oder eine gefährdende Situation selbst herbeizuführen. Es ist keine Schwäche, auch wenn man sich selbst argumentativ stark oder gar stärker fühlt: eine gewisse Vorsicht auch zum eigenen Schutz ist immer angebracht.

Warum ist es besser, den Mund aufzumachen als zu schweigen?

Hartmut Anders-Hoepgen,

Sonderbeauftragter des Oberbürgermeisters:
„Schweigen ist ja fast so etwas wie stillschweigend zuzustimmen, wenn rassistisches oder antisemitisches Gedankenübel verbreitet wird. Sich für die Menschenwürde und Menschenrechte verbal und gewaltfrei auch in kleinen Gesprächen einzusetzen, das ist nicht nur menschlich großartig und hilft beim persönlichen inneren Wachstum sondern hilft Vorurteile abzu-

bauen, das menschliche Miteinander zu verbessern und damit Rassismus und auch Antisemitismus zurückzudrängen und dem Hass keine Chance zu geben.“

Matthias Mertes,

Auslands-gesellschaft.de:

„Weil eine demokratische Gesellschaft darauf angewiesen ist, dass ihre Mitglieder sich für das interessieren, was um sie herum und mit ihnen geschieht und es nicht einfach hinnehmen.“

Paul Mentz, Sebastian Salzmänn

Bagrut e.V.:

„Der Situation ausgesetzt zu sein, dass gegen die eigene Person gerichtete Vorurteile – die auch immer das Potential zur Gewalt zum Ausdruck bringen – unwidersprochen artikuliert werden, führt zu einer Ohnmachtserfahrung, die für Menschen traumatische Folgen haben kann. Es ist schwer vorstellbar, dass es Menschen gibt, die sich einer derartigen Situation freiwillig aussetzen würden. Grundsätzlich sollte aber moralisch gelten, dass wir anderen Menschen nicht zumuten dürfen, was wir uns selbst nicht zumuten würden. Mit anderen Worten, ‚den Mund aufzumachen‘ ist allein deshalb geboten, weil wir uns in einer vergleichbaren Situation – in der wir das Opfer sind – ein ähnlich solidarisches Parteiergreifen der Menschen in unserer Nähe wünschen würden und aus moralischen Gründen erwarten dürfen.“

Woran erkenne ich, ob eine Situation gefährlich ist?

Hartmut Anders-Hoepgen,

Sonderbeauftragter des Oberbürgermeisters:

„Wenn das Gespräch oder eine Situation zunehmend

aggressiv werden oder gar drohen gewalttätig auszuarten. Dann ist auf jeden Fall Deeskalation notwendig. Aggression darf nicht noch weiter angestachelt werden. Emotionen müssen herausgenommen werden. Mehr Sachlichkeit sollte vorgeschlagen und auch selbst ausgeübt werden. Wenn erforderlich oder gar notwendig, sollte man sich auch selbst aus dem Gespräch oder der Situation zurückziehen und evtl. polizeiliche Hilfe rufen(s.o.).

Helena Breidt,

Rassismusfreie Schule:

„Aggressives Verhalten, Auftreten in Gruppen“

Alex Völkel,

nordstadt-blogger:

„Ist der Gegenüber alkoholisiert oder besonders aggressiv, dann kann es schnell eskalieren. Treten Sie daher zurückhaltend auf - hier sind Verbündete besonders wichtig.“

Claudia Steinbach,

Auslands-gesellschaft.de:

„Man sollte zunächst beobachten, wie aggressionsgeladen eine Situation zu sein scheint und dann das eigene Verhalten abwägen. Es kommt auch darauf an, ob man Teil der Situation ist oder nur Beobachter.“

Stefan Woßmann,

Stadt Dortmund Jugendamt Respekt-Büro:

„Diese Frage kann nur aus einem individuellen, situativen Kontext beantwortet werden. Gleichwohl gibt es Trainings zur Zivilcourage, die besucht werden können, um sich des eigenen, sicheren Handlungsrepertoires bewusst zu werden.“

Micha Neumann,

Quartiersdemokraten Dortmund:

„Das lässt sich pauschal nicht sagen. Gefährlich ist es mindestens immer dann, wenn die Täter bewaffnet sind oder mit hoher Aggressivität vorgehen. Ob man eine Situation für gefährlich hält, hängt auch stark von den eigenen Erfahrungen ab.“

Vivianne Dörne,

Quartiersdemokraten Dortmund:

„Eine Frage, die sicherlich nicht pauschal beantwortet werden kann. Ob eine Situation gefährlich wird oder eskaliert ist abhängig von verschiedenen Fragen, die hilfreich sein können. Wie viele TäterInnen sind es? Wie wirken diese auf mich (aggressiv, alkoholisiert etc.)? Wo befinde ich mich? Gibt es noch Personen, die mich unterstützen können? Im Zweifelsfall sollten Sie aber die Polizei informieren.“

Paul Mentz, Sebastian Salzmänn

Bagrut e.V.:

„Es gibt keine sicheren Kriterien dafür, welche Situationen gefährlich werden können. Da emotional aufgeladene Situationen, in denen Ressentiments sich Ausdruck verschaffen, immer das Potential einer gewalttätigen Eskalation in sich tragen, sollte dem von vornherein Rechnung getragen werden.“

Matthias Mertes,

Auslands-gesellschaft.de:

„Ich denke, dafür haben die meisten Menschen dann doch ein ganz gutes Gespür. Wenn die Stimmung sich aufheizt und Aggressionen spürbar werden, besteht immer auch eine gewisse Gefahr.“

Was tun, wenn...?

Was tun, wenn ich z.B. in der Straßenbahn mitbekomme, dass jemand angepöbelt wird? Weggucken oder aufs Handy zu starren ist nicht nur kurzfristig keine Alternative. Es ist absolut falsch sogar. Denn so merkt der Pöbler nicht, dass er an die Grenzen des Zumutbaren gestoßen ist. Und dann macht er weiter. Und weiter. Bis die nächste Grenze überschritten ist.

Es muss und kann nicht darum gehen, mit Gewalt der Gewalt etwas gegenzusetzen. Das führt nur immer weiter in die Spirale. Dann eskaliert es. Besser ist es zu überraschen. Zum Beispiel mit Freundlichkeit. Denn damit rechnet ja niemand.

Das Beste ist, dem/der Angreifenden kein Forum zu liefern und sich stattdessen besser auf das Opfer zu konzentrieren.

Suchen Sie die Nähe des Opfers, sprechen Sie den Mann oder die Frau an. Dabei sollte man den Angreifer komplett ignorieren. Denn das ist es ja, was er will: Aufmerksamkeit. Und die bekommt er oder sie nicht.

Deswegen schließen Sie den Angreifenden aus, indem Sie ein Gespräch mit dem Opfer anfangen. Am besten möglichst belanglose Themen ansprechen. Versuchen Sie dabei, sich sehr auf die Person einzulassen. Dabei den Angreifenden

Zivilcourage lässt cool sein und cool bleiben

den ignorieren. Immer weitersprechen, bis der Pöbler merkt: Mich braucht hier niemand.

Dann fragen Sie nach, was die angegriffene Person braucht. Begleiten Sie sie eventuell an einen sicheren Ort.

Körperlich zu werden gehört beim Angriff nicht dazu. Im Gegenteil. Zivilcourage heißt cool sein und cool bleiben. Es gibt Möglichkeiten nicht nur zu deeskalieren,



Zivilcourage zeigen und sich auf die Seite derjenigen stellen, gegen die sich der Hass richtet.

sondern auch nicht selbst zum Opfer zu werden. Dabei spricht die eigene Körpersprache eine große Rolle. Sollte jemand versuchen, aus mir ein Opfer zu machen, zeige ich ihm deutlich, dass ich nicht dafür zur Verfügung stehe. Das geht auch und gerade mit Körpersprache. Frauen, die oft alleine unterwegs sind, wissen wie das geht. Breite Schultern, das Kinn selbstbewusst in die Höhe gereckt sowie zielstrebig und aufrechter Gang.

Der Aggressor will mich provozieren, aber mich bekommt er nicht dazu. Da mache ich ihm einen Strich durch die Rechnung

Hass und Hetze im Internet sind massiv gestiegen. Was aber kann ich tun, wenn ich lese, dass ganze Gruppen verunglimpft werden? Zivilcourage zeigen und sich auf die Seite derjenigen stellen, gegen die

sich der Hass richtet. Nicht nichts sagen, sondern: Intervenieren und den Angegriffenen somit den Rücken zu stärken.

Wenn ich es live erlebe, dann hilft es, sich das für den Fall der Fälle mal durchzuspielen. Vielleicht sage ich laut und deutlich: Ich rufe die Polizei oder ich stelle mich konkret an die Seite der Person. Oder aber ich gucke dem Angreifer fest in die Augen und traue mich zu sagen: „Hören Sie bitte auf!“

Zivilcourage ist dabei extrem wichtig. Denn, wenn niemand etwas macht oder sagt, wird es für die Angegriffenen noch schlimmer. Sie fragen sich, ob das wirklich alle so sehen. Sie fühlen sich alleine. Allein gelassen. Das macht mutlos. Und noch kleiner als man zum Zeitpunkt des Angriffs sowieso schon ist.

Antworten aus dem Netzwerk gegen Antisemitismus

Wie kann ich reagieren, wenn in meiner unmittelbaren Umgebung, z. B. in der Familie, sich jemand antisemitisch und/oder rassistisch äußert?

Hartmut Anders-Hoepgen,
Sonderbeauftragter des Oberbürgermeisters:

In der Familie und auch in Gesprächen in der Umgebung ist es sehr angebracht bei rassistischen oder antisemitischen Äußerungen eine gegenteilige Meinung auszusprechen und das Gespräch zu suchen. Oft schauen sich solche rassistischen Gespräche ja nach und nach richtig hoch und verstärken Resentiments und Ausgrenzung. Kinder, die das mitbekommen, übernehmen 1:1 solche rassistischen und auch antisemitischen Vorurteile und Gefühle. Das ist ein weiterer wichtiger Grund, die Ausgrenzungsspirale zu unterbrechen, von guten Erfahrungen zu berichten etc. Ich habe einmal in einem Cafe ein recht lautstarkes Gespräch am Nebentisch ungewollt mitgehört, in dem solche rassistischen Vorurteile geäußert und wiederholt wurden. Ich habe mich vom Nebentisch aus vorsichtig eingeschaltet und es hat sich ein langes und sehr gutes Gespräch entwickelt, in dem auch bis dahin Schweigende sich beteiligt haben. Einige Vorurteile wurden nicht mehr geäußert oder sogar zurückgenommen. Ein Glücksfall!

Helena Breidt,
Schule ohne Rassismus:
„Ähnlich wie in der Öffentlichkeit.“

Alex Völkel
nordstadtblogger:
„Auch hier gilt: Nicht weghören,

sondern ansprechen. Deutlich machen, dass dies nicht tolerierbar ist. Und nachhaken, wieso solche Positionen vertreten werden. Meist kann man mit zwei bis drei Fragen das Vorurteilsgebäude zum Einsturz bringen.“

Matthias Mertes,
Auslands-gesellschaft.de:
„Zuerst einmal rate ich dazu, das nicht einfach unkommentiert hinzunehmen. Die entsprechende Person sollte darüber aufgeklärt werden, dass die getroffene Aussage antisemitisch bzw. rassistisch ist und ggf. sachlich Fakten entgegengehalten werden. Wie genau man mit antisemitischen bzw. rassistischen Aussagen umgehen sollte, hängt sicherlich real von Kontext, Inhalt und dem Verhältnis, in dem man zu einer Person steht ab. Das Wichtigste ist allerdings in jedem Fall, solche Aussagen zu problematisieren.“

Claudia Steinbach,
Auslands-gesellschaft.de:
„Argumente dagegen liefern und Konsequenzen im Umgang mit demjenigen ziehen, der diese Äußerungen von sich gibt.“

Paul Mentz, Sebastian Salzmann
Bagrut e.V.:
„Grundsätzlich gilt: keinerlei Äußerung von Ressentiments sollte unwidersprochen bleiben. Jede unwidersprochene Äußerung trägt zu deren Normalisierung bei und erweitert die Grenzen des Sag- und Denkbaren. Wie auf entsprechende Äußerungen konkret reagiert werden kann, hängt stark von der Situation und dem Verhältnis ab, in dem man sich zur handelnden Person befindet. Das Wissen über die Motivation der Person, die sich rassistisch oder anderweitig diskriminierend äußert, und inwiefern ein Vertrauensverhältnis zu ihr besteht, können eine wichtige Rolle spielen.“

Handelt es sich um eine latente oder emotionalisierte Aussage, kann es sinnvoll sein, eine Diskussion auf einer sachlichen Ebene einzufordern. Dies setzt jedoch voraus, dass die Person bereit ist, sich auf eine sachliche Debatte einzulassen und wir ebenfalls dazu bereit sind. Emotionale ideologische Behauptungen von einem ‚großen Austausch‘ oder der ‚Asylindustrie‘ auf der einen Seite und Aussagen à la „die Silvesternacht in Köln war auch nicht schlimmer als das Oktoberfest oder Karneval“ auf der anderen Seite dienen nicht der Aufklärung, sondern verschärfen den ideologischen Grabenkampf und bestätigen damit beide Seiten nur in ihren sachlich falschen Argumenten.

*Gelingt es in einer sachlichen Diskussion die rassistischen oder antisemitischen Argumente des/der Familienangehörigen, des/der Nachbar*in, des/der Vereins- oder Arbeitskolleg*in zu widerlegen oder zu verunsichern, kann dies die- oder denjenigen zum Hinterfragen der eigenen Vorurteile animieren. Zumindest erschweren wir so eine Normalisierung entsprechender Äußerungen.“*

Vivianne Dörne,
Quartiersdemokraten Dortmund:
„Jeder kann in seinem näheren Umfeld rassistischen Äußerungen widersprechen und diskutieren. Wenn kein Dialog möglich ist, ist es trotzdem wichtig, sich selbst zu positionieren. Das kann vor allem Zuhörende ermutigen das Gleiche zu tun.“

Stefan Woßmann,
Stadt Dortmund Jugendamt
Respekt-Büro:
„Gerade im familiären Kontext kann jeder Mensch gut üben auf rassistische, rechtsextreme und rechtspopulistische Parolen zu reagieren.“

Bildung und Beratung im Umgang mit Antisemitismus

von Marina Chernivsky

„Jugendliche stiegen ein. Sie fingen an sich spielerisch zu schubsen, machten gleichzeitig Witze. Dann rief einer dem anderen zu: ‚Bist du ein Jude, oder was?‘ Niemand stellte sich dagegen. Ich wusste, dass Jude ein geläufiges Schimpfwort ist. Nur gehört hatte ich das persönlich noch nie. Das zu hören, hat mich paralyisiert. Mir vorzustellen, dass mein Sohn in der Schule in Deutschland nach der Shoah damit konfrontiert werden könnte, hat mich zutiefst verunsichert.“¹

Antisemitismus beginnt mit einer bestimmten Art der Wahrnehmung, die Jüdinnen und Juden zu *anderen* macht. Das äußert sich unter anderem in der Homogenisierung, Stereotypisierung, Pauschalisierung, Verdinglichung bis hin zu Diskriminierung und Gewalt. In den letzten Jahren ist eine Entwicklung zu beobachten, die sehr beunruhigend ist. Die bis dato weniger sichtbaren Formen des Antisemitismus werden zunehmend überlagert durch den offenkundigen Hass und die Bereitschaft zu verbalen und gar tätlichen Übergriffen auf gegenüber Jüdinnen und Juden. Nicht nur gezielte Umfragen², sondern auch die sich häufenden Vorfälle³ zeugen von dieser Entwicklung.

Zentrales Problem im Umgang mit Antisemitismus ist mangelnde Einsicht

„Es ist ein Gefühl, das mich seit längerem begleitet. Mein Bruder wurde bereits körperlich attackiert. Mir ist das noch nicht passiert. Mit der Kippa in der U-Bahn unterwegs zu sein, traue ich mich nicht mehr. Am Infoscreen lief ein Bericht über einen Vorfall in Israel. Ich hatte das Gefühl, dass alle mich anschauen. In meiner Kindheit war das anders. Ich bin immer in Berlin mit der Kippa unterwegs gewesen. Aber etwas hat sich verändert, das spüre ich in meinem Alltag. Und ich verstecke meine Kippa unter dem Ba-



Marina Chernivsky

secap, so, wie viele andere. Mir gefällt das nicht, aber so ist es sicherer.“⁴

Das zentrale Problem im Umgang mit Antisemitismus ist die mangelnde Einsicht in seine Relevanz sowie das brüchige Wissen über seine Erscheinungsformen. Von einem Tabu umschlossen „verschwand“ die Judenfeindschaft allmählich aus dem Bewusstsein der

nicht jüdischen Mehrheitsgesellschaft. Nach 1945 war es verpönt sich offen antisemitisch zu artikulieren. Daraus entwickelten sich in der Nachkriegsgesellschaft viele subtilere Formen und schwer greifbare Kommunikationslatenzen, die den Umgang mit aktuellem Antisemitismus bis heute regulieren.⁵ Das hat u.a. dazu geführt, dass die Existenz antisemitischer Resentiments jenseits extremer oder

randständiger Gruppierungen bis heute unterschätzt bzw. auch negiert wird. Die Position der Abwehr war viele Jahre vorherrschend in der Antisemitismuskonzeption und verhinderte eine vertiefende Auseinandersetzung mit Motiven derer, die antisemitisch fühlen, denken und handeln, aber auch jener, die davon betroffen sind. Es geht also um Kontinuitäten antisemitischer

Grenzüberschreitende, fremdmachende Fragen gehören zum Alltag

Ressentiments, um ungebrochene Affinität für antisemitische Weltbilder und . Was noch wichtig ist: Antisemitische Ressentiments ziehen sich quer durch alle Gesellschaftsgruppen. Insbesondere der sekundäre Antisemitismus als Reaktion auf den Holocaust und der antizionistische Antisemitismus als Reaktion auf die Gründung des Staates Israel sind weitverbreitet und erzielen bei Umfragen hohe Zustimmungswerte.⁶

Antisemitismus zu erfahren, bedeutet aus jüdischer Sicht nicht „nur“ mit grenzüberschreitenden antisemitischen Zuschreibungen konfrontiert zu werden, sondern auch mit weitgehend normalisierten, alltäglichen Mikroaggressionen⁷, Exotisierungen, (diskriminierenden) Normen und Regeln.⁸ Die grenzüberschreitenden, fremdmachenden Fragen wie: „Wo kommst du eigentlich her?“, „Du sprichst aber gut Deutsch“, oder „Warum zettelt deine Regierung in Israel Kriege an?“ gehören laut Berichten, Interviews und Befragungen zum Alltag jüdischer Menschen in Deutschland. Außerdem stehen solche Erfahrungen bei Menschen mit jüdischen Biografien im engen Zusammenhang mit transgenerativen Familiengeschichten, Flucht- und Migrationsbiografien und in Deutschland ganz besonders mit Folgen nationalsozialistischer Verfolgung.⁹

Antisemitismus stellt für Jüdinnen

und Juden also eine lange historische Erfahrung dar, die von ihnen als kontinuierlich und mehrdimensional beschrieben wird.¹⁰ Es bedeutet, dass solche Erlebnisse nicht einmalig sind, sondern biografisch wiederkehrend und langanhaltend. Ferner ist der Antisemitismus auch institutionell fest verankert, zum Beispiel in Form von Regelungen, die jüdisches Leben in Deutschland erschweren, oder antisemitische Vorfälle bagatellisieren.

[...] Also ich wollte den Film darüber machen, wie (Pause) was das für uns bedeutet, noch die zweite und auch die dritte Generation [von Holocaustüberlebenden] (lange Pause) auch wie tief das noch sitzt, ja? [...] Ich glaube schon auch, dass so ein Trauma echt mehrere Generationen braucht, bis es irgendwie sich auflöst. Und da sind wir alleine, glaube ich, also damit sind wir alleine. Da kann man nicht erwarten, dass irgendwie, die nicht Betroffenen das mit uns teilen (Pause) so.“¹¹

Die Mehrheit fühlt sich verunsichert

Die Mehrheit der befragten Jüdinnen und Juden – so auch in der im Dezember 2018 veröffentlichten Studie der FRA¹² – beschreibt ein hohes Ausmaß an Belastung, Verunsicherung und Angst vor Übergriffen. Das zieht Vorsichtsmaßnahmen nach sich: Bestimmte Orte werden gemieden, jüdische Symbole versteckt, jüdische Zugehörigkeit verschwiegen. Nicht alle reagieren auf diese Weise, aber es zeigte dennoch Auswirkungen auf das Sicherheits- und Wohlbefinden der Befragten.

Vieles davon verbleibt außerhalb der Wahrnehmung der nicht jüdischen Bevölkerung. Der Umgang damit ist zudem immer noch mit

Ambivalenzen versehen, von Abwehr- und Distanzierungspraktiken geprägt. Ein Perspektivwechsel, hin zu der Frage nach der Wirkung von Antisemitismus auf diejenigen, die ihn tagtäglich erleben, stellt sich offensichtlich jedoch nicht von selbst ein, sondern bedarf politischer und pädagogischer Unterstützung.¹³ Dazu müssen in Bildung und Prävention nicht nur antisemitische Einstellungen, sondern auch Expertisen und Erfahrungen von Jüdinnen und Juden eingehend in die Bestandsaufnahme des Antisemitismus miteinbezogen werden. Dabei sollten sie nicht als Opfer wahrgenommen werden, sondern als handelnde

Die Kommunikation liefert Hinweise für die steigende Relevanz

und selbstbestimmte politische Akteur*innen, die sich selbst aktiv gegen Antisemitismus und Diskriminierung positionieren.

Die antisemitisch aufgeladene Kommunikation, die Häufigkeit und Intensität antisemitischer Vorkommnisse liefern Hinweise für die steigende Relevanz von Antisemitismus als pädagogischem Lernfeld sowie der Notwendigkeit neue Formate, Methoden und Zugänge für den schulischen wie auch im außerschulischen Kontext zu entwickeln.

Seit über 15 Jahren setzt die ZWST innovative Programme und Projekte um, die sich der Demokratie- und Menschenrechtsbildung sowie Antisemitismus- und Diskriminierungsprävention verschrieben haben. Mit der Unterstützung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ ist 2015 das Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment als eine projektübergreifende Einrichtung für für Bildung und Beratung mit Sitz in Berlin und bundesweiter Ausrichtung gegründet worden. Das Kompetenzzentrum agiert in folgenden



Handlungsbereichen:

1. Community Bildung
2. Politische Bildung und Antidiskriminierungsarbeit
3. Betroffenenberatung
4. Fach- und Politikberatung
5. Praxisforschung

Das Feld des Community Bildung bildet neben der kontinuierlichen Qualifizierung von Fach- und Führungskräften aus Schule, Jugendhilfe, Verwaltung, Polizei und Beratung zur Organisationsentwicklung einen zentralen Tätigkeitsbereich des Kompetenzzentrums der ZWST. 2017 eröffnete das Kompetenzzentrum eine Beratungs- und Interventionsstelle OFEK, die sich an den Prinzipien der Opferberatung orientiert und Betroffenen qualifizierte Beratungsmöglich-

keiten (bundesweit) anbietet. Als Interventionsstelle berät OFEK Schulen sowie andere Bildungseinrichtungen und unterbreitet Schulungsmaßnahmen, Coaching und Supervision für Schulen, Kindertageseinrichtungen, Einrichtungen der Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit. OFEK ermöglicht in erster Linie Einzel- und Gruppenberatung nach akuten Vorfällen und unterstützt je nach Bedarf Schulen sowie andere Bildungseinrichtungen in ihrem Umgang mit antisemitischer Gewalt und Diskriminierung. 2018 hat das Kompetenzzentrum zusätzlich das Feld der Praxisforschung erschlossen und wird 2019 die Ergebnisse aus den Befragungen jüdischer Familien (bundesweit) sowie von Berliner Lehrkräften vorlegen. Das

Kompetenzzentrum richtet sich sowohl an die jüdische Zivilgesellschaft als auch an alle weiteren Akteur*innen aus der Wissenschaft, Bildung, Politik und Medien und setzt sich zum Ziel eines auf Multiperspektivität und coalition building gerichteten Austausch zwischen verschiedenen Communities zu ermöglichen sowie wichtige Austausch- und Erfahrungsräume für Betroffene, Aktivist*innen und Expert*innen im Bereich der Antisemitismusprävention zu etablieren. Die Stärkung der jüdischen Gemeinschaft in ihrem Umgang mit Antisemitismus und Diskriminierung beschreibt demnach einen zentralen Schwerpunkt der Arbeit des Kompetenzzentrums. Damit wird eine lang bestehende Leerstelle bedient.

¹Ein Fallbericht aus der Beratungsstelle „OFEK“. Mehr Information unter: www.zwst-kompetenzzentrum.de

²Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus: https://uni-bielefeld.de/ikg/daten/JuPe_Bericht_April2017.pdf (Zugriff am 21.12.2018); „Mach mal keine Judenaktion – Antisemitismus an Schulen wirksam begegnen: https://www.frankfurt-university.de/de/news/details?tx_news_pi1%5Bnews%5D=1301&tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&cHash=512644dd9385e7fe02d896f5172213af (Zugriff am 21.12.2018)

³Vgl. Zwischenbericht der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS), 2018: <https://report-antisemitism.de/media/Bericht-antisemitischer-Vorfaelle-Jan-Jun-2018.pdf>

⁴Dialoggruppe zum Thema „Antisemitismus“ (Januar 2018): Beratungsstelle OFEK, Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment (ZWST)

⁵Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen, Kapitel „Antisemitische Einstellungen in der Bevölkerung“, S. 53–90.

⁶Antisemitismus in Deutschland – aktuelle

Entwicklungen

⁷„Mikroaggression“ ist ein sozialpsychologischer Begriff, der 1970 von Chester Pierce geprägt wurde, um kleine, als übergriffig wahrgenommene Äußerungen in der alltäglichen Kommunikation zwischen Weißen und Schwarzen zu beschreiben. Darunter werden alltägliche Äußerungen verstanden, die abwertende Botschaften senden, die sich auf deren Gruppenzugehörigkeit beziehen. Von Mikroaggression betroffen sind oft Angehörige marginalisierter gesellschaftlicher Gruppen: People of Color, Menschen mit Migrationshintergrund, Homosexuelle oder Menschen mit Behinderungen.

⁸Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen, Kap. „Antisemitische Einstellungen in der Bevölkerung“, S. 53–90.

⁹Vgl. Chernivsky, Marina. Zwischen den Generationen. In: 4. Heft (Gegenwartsbewältigung) Jalta – Positionen zur jüdischen Gegenwart

¹⁰Bernstein, Julia (2010): Food for Thought. Transnational Contested Identities and Food Practices of Russian-Speaking Jewish Migrants in Israel and Germany. Frankfurt/New York; Bernstein, Julia (2018)

¹¹Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen, Kap. „Erfahrungsräume und Perspektiven der jüdischen Bevölkerung im Umgang mit Antisemitismus“, S. 91–115; Studienbericht „Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland“, S.47ff. Mit der Studie zu jüdischen Perspektiven auf Antisemitismus beauftragte der Unabhängige Expertenkreis das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld unter Leitung von Prof. Dr. Andreas Zick. Die qualitative Teilstudie wurde von Prof. Dr. Julia Bernstein umgesetzt. Die Stichprobe umfasste eine Onlinebefragung und eine qualitative Befragung. Die Daten der Onlinebefragung basieren auf 553 vollständig ausgefüllten Fragebögen. Mehr Information unter: https://uni-bielefeld.de/ikg/daten/JuPe_Bericht_April2017.pdf (Zugriff am 21.12.2018).

¹²ergänzen

¹³Astrid Messerschmidt: Ordnungen der Reinheit - Antisemitismuskritik in der Reflexion von Selbstbildern Vortrag bei der Tagung „Das Gerücht über die Juden“ der Evangelischen Akademie Berlin am 5.9.2015

Ist Kritik an der Politik Israels gleich Antisemitismus ?

Das nimmt zu: Menschen nutzen die Anonymität im Internet für antisemitische Kommentare. Neue Studien der Leiterin des Fachbereichs Allgemeine Linguistik an der TU Berlin Monika Schwarz-Friesel belegen dies. Schwarz-Friesel: „Antisemitische Delikte führen die Liste der religiös motivierten Straftaten 2017 an.“

Antisemitismus kommt nicht nur in der rechtsextremen und populistischen Szene vor, sondern auch bei politisch linken und liberalen Menschen. Die Wissenschaftlerin: „Der linke Antisemitismus versteckt sich gerne hinter der Kritik an der israelischen Politik“ Dabei sei Kritik grundsätzlich möglich. Es komme nur auf die Wortwahl an. Wer sagt, dass die israelische Regierung wenig für den Friedensprozess im Nahen Osten tue, der ist damit noch kein Antisemit.

Wer aber im Zusammenhang mit Israel vom Unrechts- und Apartheitsregime spricht, und die Gewalt der Palästinenser kleinredet, der schüre das Bild des „kollektiv gierigen Zerstörers und Zersetzers“.

Antisemitismus ist in der Mitte der Gesellschaft. Und dort ist er am gefährlichsten.

Antisemitismus ist in der Mitte der Gesellschaft. Und dort ist er am gefährlichsten. Wenn Antisemitismus aus der gebildeten Ecke kommt, dann geht es nicht, dies einfach zu negieren bzw. nicht wahrhaben wollen. Die Ursache dafür mag auch in der zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft liegen.

Es ist wieder soweit: Juden werden wieder als das Übel der Welt angesehen. Oft vermischt mit der handelnden Politik Israels. Wir haben die am Netzwerk beteiligten Institutionen gefragt: Wo fängt die Kritik an der Politik des Staates an, wo hört sie auf und wo beginnt der Antisemitismus?



Die Menora, das Wappensymbol Israels, wurde von dem Dortmunder Benno Elkan erschaffen. Sie steht in Jerusalem vor der Knesset.

Hartmut Anders-Hoepgen, Sonderbeauftragter des Oberbürgermeisters:

„Legitime Kritik an Israels staatlichem Handeln muss wie gegenüber anderen Staaten auch erlaubt sein. Aber wo eine solche Kritik gegenüber Israel nicht auch gegenüber anderen Staaten geäußert wird, die ähnlich

handeln, ist bereits Antisemitismus im Spiel. Diesen Maßstab muss man z.B. auch bei solchen Kampagnen wie BDS (einer Boykott-Kampagne gegen Israel) anwenden.

Paul Mentz, Sebastian Salzmann, Bagrut e.V.:

„In diesem Zusammenhang



stellt sich die (Gegen-)Frage, ob irgendjemand sich schon einmal nach der ‚legitimen Marokkokritik‘ oder der ‚legitimen Russlandkritik‘ erkundigt hat. Die Formulierung spiegelt in unserer Medienumwelt leider allgemein präsen- te und kaum reflektierte Doppelstandards in Bezug auf Israel. Eben solche Doppelstandards sowie Dämonisierung und Delegitimierung sind Elemente des Antisemitismus im Allgemeinen und des Israel bezogenen Antisemitismus im Besonderen. Wo diese Elemente in einer Auseinandersetzung mit Israel vorliegen, kann von Kritik nicht mehr gesprochen werden. Die obsessive Beschäftigung mit der Politik Israels, die vom UN-Menschenrechtsrat (ein Blick auf die Mitgliedernationen und deren Bilanzen in Sachen Menschenrechte lohnt sich) bis zu Amnesty International, von Caracas bis Teheran und von der Linkspartei bis zur Partei Die Rechte betrieben wird, verweist darauf, dass der ‚Israelkritik‘ von je her dem Antisemitismus inne- wohnt, „wie das Gewitter in der Wolke“ (Améry). Wer nicht bereit ist, den Antisemitismus der isla- mischen Staaten zu thematisie- ren (in denen jüdisches Leben schon lange quasi unmöglich oder nur eingeschränkt möglich ist), wer die antisemitische Pro- paganda und Gewalt der palä- stinensischen Autonomiebehörde und der Hamas nicht anspricht, leugnet oder relativiert (die u.a. mit Hilfgeldern der westlichen Welt die Mörder israelischer Zivi- list*innen finanzieren und Kin- der in den Schulen zum Hass auf Juden ‚erziehen‘), wer die nationalsozialistischen Verbrechen relativiert (indem aus der Beschäftigung mit dem Natio- nalsozialismus das Engagement gegen Israel begründet wird), der sollte von der Politik Israels schweigen.

Von einem vermeintlichen Tabu

kann angesichts der im Vergleich zu anderen Staaten oder Konflik- ten recht umfassenden medialen Auseinandersetzung in Bezug auf Israel (und den leider wei- terhin ungelösten israelisch-pa- lästinensischen Konflikt) keine Rede sein. Der Selbstinszenie- rung als Opfer, die dem ständig geäußerten Satz „Man wird doch noch Kritik an Israel üben dür- fen, ohne des Antisemitismus bezichtigt zu werden“ zugrunde liegt, sollte man die gleiche kriti- sche Aufmerksamkeit schenken, wie all jenen anderen ‚besorgten Bürgern‘, die sich aufgrund ihrer ‚Kritik‘ von einer ‚Lügenpresse‘ oder den ‚Systemmedien‘ ver- folgt fühlen. Die Verkehrung von Opfer und Täter war schon im- mer der Trick, den Antisemitin- nen und Antisemiten vorzüglich handhaben.“

Alex Völkel,

nordstadt-blogger:

„Kritik an Israel - oder genauer noch dem israelischen Regie- rungshandeln - ist legitim. Und mit Blick auf die Besetzung und die Siedlungspolitik ist Kritik richtig und gerechtfertigt. Ge- rade als Freund kann, darf und muss man kritisieren können. Gleiches gilt auch für Experten. Illegitime Kritik beginnt da, wo die Kritik nur als Vehikel funk- tioniert, um dem Staat Israel das generelle Existenzrecht abzusprechen. Antizionistische Positionen - ebenso wie anti- semitische Haltungen - werden oft nur minimal versteckt.“

Man merkt sehr schnell, woher der Wind weht. Immer dann, wenn verallgemeinert wird. „Die Juden“ - „Die Israelis“. Es geht nicht den einen. Ebenso wenig wie es den Deutschen oder den Russen gibt.

Außerdem wird Antisemi- tismus wie auch Rassismus schnell deutlich, wenn Juden

in Deutschland für die Politik „ihres“ Landes Israel gemacht wird. Die Gleichsetzung von Ju- den und Israelis findet sich häu- fig - wie auch bei MigrantInnen, denen das Recht abgesprochen wird, Deutsche zu sein. „Euer Präsident Erdogan“).

Hilfreich ist der 3-D-Test für Antisemitismus. Er ist eine Methode, um legitime Kritik am Staat Israel von Antisemi- tismus zu unterscheiden, der sich als Kritik an Israel ausgibt. Dazu stellt der Test drei Krite- rien bereit: Enthalten Aussagen Dämonisierung, Doppelstan- dards (Doppelmoral) oder Dele- gitimierung des Staates Israel, dann können sie als antisemi- tisch gelten.“

Claudia Steinbach,

Auslands-gesellschaft.de

„Antisemitismus ist hier, wenn man das Existenzrecht Israels in Frage stellt.“

Vivianne Dörne,

Quartiersdemokraten Dortmund:

„Die Kritik am Staat Israel wird sehr oft als Legitimation für An- tisemitismus benutzt. Zur Ori- entierung und Erkennen vom israelbezogenen ist der so ge- nannte 3D-Test hilfreich:

1. Delegitimierung: Absprache des Existenzrechts Israels
2. Doppelte Standards
3. Dämonisierung

Das Benutzen von Wörtern wie „Israelkritik“ ist beispielsweise problematisch, weil es so etwas wie „Deutschlandkritik“ nicht gibt. Verallgemeinerungen wie „die Juden“, um den Staat Is- rael zu kritisieren, führt dazu, dass alle Jüdinnen und Juden als Kollektiv für die Politik ei- nes Staates verantwortlich wä- ren. Oftmals werden aber auch antijüdische Narrative auf den Staat Israel bezogen. Wenn also Pauschalisierungen oder antisemitische Stereotype als

vermeintliche Kritik am Staat Israel verwendet werden, handelt es sich um israelbezogenen Antisemitismus.“

Micha Neumann,

Quartiersdemokraten Dortmund:

„Ab wann eine Kritik an Israel als legitim, also als ‚berechtigt‘ gelten kann, weiß ich nicht. Die Frage ist zunächst, wieso überhaupt das Bedürfnis besteht, gerade Israel zu kritisieren. Das gilt es als erstes zu klären, denn nicht selten steckt hier eine antisemitische Motivation dahinter. Kritik ist jedenfalls dann antisemitisch, wenn sie antisemitische Stereotype verwendet, Israel dämonisiert, man spekte an Israel exklusiv kritisiert oder das Existenzrecht des Staats angreift. Ebenso ist es antisemitisch, wenn hier lebende Juden für die Politik Israels verantwortlich gemacht werden. Antisemitismus beginnt auch meist schon dort, wo Kritik an Israel als Tabubruch inszeniert wird und behauptet wird, man dürfe sich ja eigentlich nicht kritisch gegenüber Israel äußern.“

Deniz Greschner,

Multikulturelles Forum:

Zur Unterscheidung hilft folgendes 3 D Modell:

Dämonisierung

Scharanski verwies zunächst auf traditionelle Beispiele für Dämonisierung von Juden: Sie wurden in Europa kollektiv wegen Gottesmords angeklagt und etwa in der Figur des Shylock als geldgierig und hinterhältig dargestellt. Als Analogie dazu nannte Sharansky verbreitete Vergleiche von Israelis mit den Nationalsozialisten, etwa indem man palästinensische Flüchtlingslager mit dem Vernichtungslager Auschwitz gleichsetze. Solche Vergleiche zeigten entweder völlige Unkenntnis der Zeit des Nationalsozialismus oder, wahr-



Die Klagemauer in Jerusalem mit dem Felsendom im Hintergrund.

scheinlicher, die Absicht, das heutige Israel als Inbegriff des Bösen darzustellen.

Doppelstandards

Ein Doppelstandard (Doppelmoral) liegt nach Scharanski vor, wenn Israel anders als andere Staaten behandelt und selektiv für ein Verhalten kritisiert wird, das bei anderen Staaten ignoriert wird. Das ähnele früherer Diskriminierung von Juden durch Gesetze der Mehrheitsgesellschaft. Als Beispiele nannte er UNO-Resolutionen gegen Menschenrechtsverletzungen Israels, nicht aber gegen ebensolche von China, Iran, Kuba und Syrien. Das Internationale Rote Kreuz nehme den Magen David Adom als einzige Ambulanzorganisation der Welt nicht auf. Erst im Juni 2006 nach der Annahme des dritten Zusatzprotokolls zu den Genfer Konventionen und der Einführung des Roten Kristalls als zusätzliches neutrales Schutzzeichen erfolgte die Anerkennung von Magen David Adom durch das IKRK als nationale Hilfsgesellschaft und die Aufnahme in die Internationale Föderation.

Delegitimierung

Nach Scharanski ist Kritik antisemitisch, die dem Staat Israel die Legitimation zu entziehen sucht und ihm sein Existenzrecht abspricht: etwa indem sie ihn als Überrest des Kolonialismus darstellt. Dabei werde Juden anders als anderen Völkern nicht das Recht zugestanden, geschützt in einem eigenen Staat zu leben. Darin setze sich die analoge Entwertung des Judentums als Religion und/oder Volk fort.“

Stefan Woßmann,

Stadt Dortmund Jugendamt Respekt-Büro:

„Der Punkt ist, dass es zu meist nicht um einzelne, kritische Punkte geht, sondern immer auch mit der Verknüpfung Israels als jüdischer Staat. Somit wird die konkrete Handlung pauschalisiert und als per se „jüdische“ Handlung vermittelt und gedacht. Anders, als bei anderen Staaten wird nicht berücksichtigt, dass es auch in Israel eine Vielfalt von Menschen und Einstellungen gibt.“

Modell zum Erkennen und Bearbeiten von israelbezogenem Antisemitismus im pädagogischen Kontext

KRITIK ODER ANTISEMITISMUS?

Handlung oder Äußerung bzgl. Israel

prüfen

- 3D-Test: Wird Israel **dämonisiert**, **delegitimiert** oder mit **doppelten Standards** betrachtet?
- Wird Jüd_innen vorgeworfen, **loyaler dem Staat Israel gegenüber zu sein**, als dem Staat, in dem sie leben?
- Werden alle Jüd_innen **kollektiv für Handlungen des Staates Israel verantwortlich gemacht**?
- Gibt es eine Anknüpfung an antisemitische Ressentiments (»Juden beherrschen die Presse« »Zionisten beherrschen die Presse«)?

Trifft mindestens ein Punkt zu?

Ja

Uneindeutig

Nein

1. pädagogische Ebene: **direkte Intervention**

Nachhaken:

Auf problematischen Gehalt der Äußerungen / Handlungen aufmerksam machen

Gibt es die Bereitschaft, die eigene Position zu Israel aufgrund von Fakten zu revidieren?

Nein

Ja

antisemitisch

nicht antisemitisch

(Wenn nicht antisemitisch, aber anders problematisch, z. B. rassistisch, nationalistisch oder sexistisch, ist auch eine dementsprechende pädagogische Bearbeitung nötig)

2. pädagogische Ebene: **Bearbeitung**

In der pädagogischen Bearbeitung von antisemitischen Äußerungen/Handlungen sollte die jeweilige Funktion einer antisemitischen Äußerung/Handlung für den einzelnen Jugendlichen/Erwachsenen im Mittelpunkt stehen und an dieser Stelle mit der Bearbeitung angesetzt werden

www.amadeu-antonio-stiftung.de

AMADEU ANTONIO STIFTUNG
INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

Mit freundlicher Genehmigung der Amadeu-Antonio-Stiftung. Riebe, Jan (2014): Wie unterscheide ich Kritik von israelbezogenem Antisemitismus? In: Amadeu-Antonio-Stiftung (Hrsg.): Kritik oder Antisemitismus? Eine pädagogische Handreichung zum Umgang mit israelbezogenem Antisemitismus, S.14.

Antisemitismus in Deutschland: Ja? Nein! Vielleicht...

von Tatjana Rosen

Circa 100.000 Juden sind deutsche Staatsbürger. Viele sind in den 90er Jahren aus der ehemaligen Sowjetunion eingewandert. Eine von ihnen ist Tatjana Rosen. Sie erzählt: Seit 25 Jahren lebt meine Familie und ich in unserer Wahlheimat Deutschland. Unsere Familie kam Anfang 90er aus der Ukraine als jüdische Kontingentflüchtlinge nach Deutschland. Jeder, der eine Emigration erlebt hat, weiß, wie schwierig das ist - vor allem die ersten Jahre in einem neuem Land Fuß zu fassen, ohne Sprache, Freunde; wie alles fremd aber auch neu und spannend ist. Dann beginnt der Weg in die neue Gesellschaft, die Versuche sich zu integrieren und vor allem die Sprache zu beherrschen.

Damals, Anfang der 90er, waren an vielen Bahnstationen in Deutschland die Plakate – genauer Inhalt kann ich nach so vielen Jahren Inhalt nicht mehr wiedergeben; woran ich mich erinnern kann war ungefähr folgendes: „Dein Christus ist ein Jude, Dein Auto ist Japaner, Dein Urlaub ist türkisch; Deine Pizza ist italienisch, Deine Demokratie ist griechisch – und Dein Nachbar ist nur Ausländer?“

In der UdSSR war Antisemitismus ein Begriff für alle, die im Pass die Nationalität „Jude“ stehen hatten.

Wir waren die Ausländer, aus der Ukraine gekommen, Muttersprache Russisch, von der Nationalität her jüdisch, meistens atheistisch, geboren in der UdSSR – dem JJaand, das gar nicht mehr existierte – und jetzt in Deutschland als jüdische Flüchtlinge. Das klingt vielleicht für manche paradox, aber abgesehen von der Jahren 1933 – 1945 haben Juden in Deutschland viele Jahrhunderte gelebt – integriert, teilweise assimiliert.

Es war, wie es immer und überall ist, wo unterschiedliche Nationalitäten und Religionen friedlich und einander respektierend zusammenleben, eine beidseitige geistige Bereicherung für alle Wissensgebiete.



Tatjana Rosen

In der UdSSR war Antisemitismus leider ein Begriff für alle, die im Pass die Nationalität „Jude“ stehend hatten. Offiziell war das nie Thema, aber inoffiziell waren die Juden davon betroffen. Nationalität hat aber mit der Religion gar nichts zu tun gehabt. Der größte Teil der Bevölkerung war atheistisch.

In Deutschland waren wir alle erstmal „Ausländer“, die aus verschiedenen Ländern der ehemaligen Sowjetunion kamen, bis im Gespräch mit jemand zur einer Frage kam:

„Wie seid ihr nach Deutschland gekommen?“ Meistens war die Reaktion auf die Antwort: „Als jüdische Kontingentflüchtlinge“ neutral oder freundlich und manchmal verwundert; ganz selten unfreundlich. Meine Familie und ich haben zum größten Teil Glück gehabt und haben meistens freundlich-neutrale Reaktion erlebt.

Wenn ich auf alle Jahre, die wir in Deutschland leben, jetzt zurückblicke, kann ich wirklich nur paar richtig ausländerfeindliche und antisemitische Vorfälle nennen.



Eine von solchen unangenehmen Situationen passierte meiner Mutter vor über zwanzig Jahren. Sie war damals erst knapp über ein Jahr in Deutschland und musste operiert werden. Nach der Operation wurde sie zur Rehabilitation zu einer Kur überwiesen, das war in NRW. An einem sonnigen Tag saß sie draußen im großen Park, der zur Kuranlage gehörte und es kamen zwei sehr elegante Reiter mit Pferden zu ihr.

Zum Lesen hatte meine Mutter deutsches Sprachbuch in der Hand. Die Reiter, ein etwas älteres Ehepaar, haben sie angesprochen und natürlich war nach dem ersten Satz klar, dass sie eine Ausländerin ist. Sie wurde gefragt woher und wie sie nach Deutschland kam. Das Paar waren die Besitzer dieses Kurortes, wo sie ihre Rehabilitation hatte. Und deren Kommentar auf die Antworten meiner Mutter war, dass es natürlich sehr schön ist, dass sie in Deutschland operiert wurde, aber alle Migranten für Deutschland zu teuer und nicht immer erwünscht sind. Dann kam der Kommentar, ob sie wisse was „Jude“ bedeutet und anschließend kam die Bemerkung, dass „die schönsten Zeiten für Deutschland die Hitler-Zeiten waren.“ An dieses

Mein Sohn wurde bereits in Deutschland geboren, das ist seine Heimat

Gespräch kann meine Mutter sich bis heute erinnern.

Zum Glück, wie meine Eltern heute auch sagen, war diese die einzige Situation, in der sie mit Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus konfrontiert waren. Dazu muss ich sagen, dass meine Eltern keine gläubigen Juden sind und (keine?) religiöse Kopfbedeckungen tragen, auch wenn sie zur Synagoge gehen. Mein Sohn wurde bereits in Deutschland geboren, das ist seine Heimat. Unter anderem deswegen

möchte ich über den Fall, der meinem Sohn passierte, als er in der sechsten Klasse des Gymnasiums war, hier kurz erzählen.

Das Gymnasium, auf dem mein Sohn war, ist sehr international und bunt gemischt, es sind viele Kindern mit Migrationshintergrund mit verschiedenen Nationalitäten, was sehr gut ist. Für unsere Familie hat die Nationalität nie eine Rolle gespielt, aber natürlich sollte unser Sohn die Familiengeschichte und wie wir nach Deutschland kamen, wissen. Und das hat er in seiner Klasse erzählt.

„Wir sind faschistisch und antisemitisch, wir hassen Juden!“

Kurze Zeit nachdem mein Sohn in der Schule von seiner jüdischen Nationalität erzählt hatte, wurde er in der Stadt an der Bushaltestelle von zwei seiner Mitschüler angegriffen, die ihn mit den Worten „Wir sind faschistisch und antisemitisch, wir hassen Juden!“ verprügeln wollten. Natürlich kommen die 11-12-jährigen Kinder nicht von allein auf solche Parolen. Die Jungs waren muslimischen Glauben, aus gemischten Familien, türkisch-deutsch. Zum Glück ist und war unser Sohn kein schüchterner, ängstlicher Junge, er kann sich schützen und lässt sich nicht einschüchtern.

Er konnte sich erfolgreich wehren. Wir haben den Fall sofort in der Schule angesprochen, es wurde seitens der Schulleitung und des Klassenlehrers Aufklärungsarbeit betrieben. Danach und eigentlich alle Jahre, die die Jungs zusammen auf der Schule waren, hatten unser Sohn und die Jungs nie wieder Probleme miteinander und haben sich gegenseitig respektiert.

Mein Mann und ich wurden innerhalb aller Jahre, die wir in Deutschland leben, niemals mit

offen antisemitischen oder ausländerfeindlichen Bemerkungen konfrontiert. Wir beide sind und waren auch vom Anfang unseres Berufslebens in Deutschland an bei der exportorientierten Firmen tätig, mit hohem Ausländeranteil unter den Mitarbeitern. Und bei der Firma kennen die Menschen einander gut und respektieren sich gegenseitig unabhängig von der Nationalität und Religion. In letzter Zeit berichten die unterschiedlichen Medien über immer häufigere antisemitische Vorfälle – nicht nur seitens der rechten Szene in Deutschland, sondern auch vermehrt seitens der Einwanderer aus östlichen Ländern.

Es ist schwer vorstellbar, aber bei antisemitischen Vorfällen einigen sich sehr oft die deutschen Rechtsradikalen und die Migranten aus muslimischen Ländern. Hass und Radikalismus kennen keine Nationalität und Religion.

Meiner Meinung nach ist es so – das zeigte auch das Beispiel aus der Schule meines Sohnes und unser Leben in Deutschland –, dass wenn die Menschen einander kennen/ kennenlernen, es keine Rolle

Wenn jeder in jedem nur Menschen sieht und respektiert, dann sind wir alle viel glücklicher

mehr spielt, welche Nationalität jemand hat, ob und auf welchem Wege jemand zum Gott findet – sprich Religion, es spielt nur eine Rolle: die menschlichen Eigenschaften, die Persönlichkeit, und diese kennt keine Grenzen, Nationalitäten und Religionen.

Wenn jeder in jedem nur Menschen sieht und respektiert und nicht nach Glaubensweg, Nationalität und sozialen Stand unterscheidet, dann sind wir alle viel glücklicher und bereichern uns gegenseitig, haben ein vielseitigeres und schöneres Leben, egal wo wir leben.

Sind die Syrer antisemitisch?

Seit dem Verbrennen einer Israelflagge und dem tätlichen Angriff auf einen jungen Mann, der eine Kippa trug, mehren sich die Stimmen, die behaupten, dass wir mit der Zuwanderung aus dem arabischen Raum seit 2015 den Antisemitismus nach Deutschland „importieren“. Ibrahim Aljabin, ein Schriftsteller aus Damaskus, der mit seiner Familie aus Syrien flüchten musste, geht dieser Einschätzung nach. Heute lebt er in Dortmund. Hier sein Beitrag:

von Ibrahim Aljabin
aus dem Arabischen übersetzt von Wasim Alyousfi

Bei dieser Frage gehen alle Alarmsirenen an. Kann eine ganze Bevölkerung antisemitisch sein? Ein Ereignis, wie jener Anschlag von jungen Männern aus Syrien auf einen syrischen Juden in einer deutschen Stadt, ohne dass die Medien ausführliche Informationen lieferten, veranlasst zumindest zum Nachdenken über solcherlei Fragen.

Mir persönlich fällt es schwer dieser Geschichte genauso wie sie berichtet wurde, zu glauben. Selbst in Damaskus hatte kein Jude unter Misshandlung gelitten. Warum sollten die Syrer dies dann im Exil tun? Insbesondere nachdem sie alle Opfer des Diktators Bashar Assad geworden sind.

Wir müssen auf die Geschichte zurückblicken, nämlich auf den ersten Weltkrieg. Damals war eine neue politische Einheit dabei, sich im Nahen Osten herauszubilden. Es war das Arabische Königreich Syrien. Das Ziel war es, sich aus

Der Kampf für die Unabhängigkeit begann mit einer Gruppe von arabisch-syrischen Intellektuellen

der osmanisch-türkischen Herrschaft zu emanzipieren. Eine Herrschaft, die vierhundert Jahre andauerte.

Der Kampf für die Unabhängigkeit begann mit einer Gruppe von arabisch-syrischen Intellektuellen, die darauf aus waren, eine politische nationale Bewegung zu begründen, um die arabische Identität vor ihrem Verlust zu retten. Die Sorge um diese Identität war die Folge einer Politik, die das Osmanische Reich verfolgte, nämlich die „Türkisierung“. Jene Politik bestand unter anderem im Verbot

der Verwendung der arabischen Sprache als Amtssprache.

Beeinflusst von der deutschen Philosophie stellten sie eine nationale Charta, und riefen zum Aufbau eines demokratischen Staates für alle auf. Wegen der Angst vor Dje-mal Pascha al-Saffah, dem Gouverneur von Damaskus, der früher eine Gruppe von syrischen Politikern in Damaskus anführte, baten sie Faisal, den Sohn des Sheriffs von Mekka, die nationale Charta, dessen Vater und den Feinden der Türken, nämlich den Briten und Franzosen, zu übermitteln. Faisal versteckte die Charta in seinen Schuhen und brachte sie dorthin.

Einige Jahre später kehrte Faisal als König des „Arabischen Königreichs Syrien“ zurück. Zu seinen ersten Maßnahmen gehörte die Ernennung von Eliahu Sasson zum Chefredakteur der ersten arabischen national-staatlichen Zeitung (ihr Titel: „das Leben“). Der intellektuelle Saason war ein Jude aus Damaskus. Damals gab es keine Hassgefühle gegen Juden, alle waren gleich, Juden, Muslime und Christen, alle hatten eine gemeinsame Nationalität.

In Damaskus wurden die Werke von Mose Maimonides, dem andalusisch-jüdischen Denker, gedruckt. Viele Juden sagen von

ihm: „Nach Mose schuf Gott wie Mose nicht, nur Mose“. Sie wollen damit sagen, die Wichtigkeit des Denkers Mose Maimonides sei mit der des Propheten Mose zu vergleichen. Früher hatte man im arabisch-islamischen Raum Mose Maimonides zu den arabischen-is-

Im Osten, fünf Stunden mit dem Auto von Damaskus entfernt, lasen die Muslime früher den Koran.

lamischen Denkern gezählt, und ohne Scheu von ihm gesagt, dass er Jude ist. Ursprünglich stammte er aus dem Andalusien, aus dem er mit den Muslimen und Juden, die unter der Unterdrückung in Spanien gelitten hatten, nach Nordafrika vertrieben wurde. Maimonides wurde später Arzt und Minister im Staat Saladins und galt als einer der bedeutendsten jüdischen Gelehrten und Kommentatoren des Alten Testaments.

Im Osten, fünf Stunden mit dem Auto von Damaskus entfernt, lasen die Muslime früher den Koran, der in jüdischen Druckereien in Bagdad gedruckt wurde, wie z.B. in der Druckerei des irakischen Rabbiners Ezra Reuben Dangoor. Ausschließlich Juden besaßen damals und bis zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts Druckereien. Die Muslime in Bagdad hatten volles Vertrauen in jene Ausgaben des Korans. Sie waren nicht anti-



Ibrahim Aljabin

judaistisch. Das lässt sich insbesondere daran zeigen, dass Sasson Eskell in das politische Leben im Königreich Irak als der erste Finanzminister eintrat. Die Iraker hatten ihm damals den Reichtum des ganzen Landes anvertraut.

Wer Hassgefühle gegen Juden in den Wurzeln der modernen arabischen Kultur sucht, wird diese bis vor 100 Jahren nicht finden. Die Araber bezeichnen sich selbst als Semiten und sind es in der Tat auch. Andererseits sind Juden auch Semiten. Wie könnte es dann überzeugend sein, dass die Araber ihrem Selbst und ihrer ursprünglichen Identität gegenüber Feindlichkeit hegen, zumal sie wissen, dass die drei Religionen (Judentum, Christentum, Islam) aus ihren Ländern stammen, nämlich von der "Arabischen Halbinsel" und aus "Großsyrien". Deshalb bestanden zu jener Zeit solcherlei Gefühle nicht. Die Judenfeindlichkeit hatte sich eigentlich anderswo in der Welt entwickelt und wurde

von dort aus in den arabischen Raum verbreitet.

Jedes Mal, wenn ich mich mit der Geschichte Europas auseinandersetze, insbesondere mit den Zeiten, die der Renaissance vorangingen, fällt mir am deutlichsten auf, wie der kulturelle Austausch zwischen den Zivilisationen stattfand. Durch diesen Austausch

Erst später, nachdem der Handel eine Blüte erlebte, fand dieser sich mit religiösen Verböten konfrontiert.

ließen sich unter anderem traditionelle und lokale Handelsweisen von einer Kultur auf eine andere übertragen.

Im Mittelalter war die italienische Stadt Venedig ein wichtiger Ort des kulturellen Übergangs, an dem sich die Kulturen aus Westen und Osten trafen. Später wurde die Stadt zu einer der größten wirtschaftlichen Metropolen der Welt, aus der Europas Waren in den ara-

bisch-islamischen Osten gelangten, und in die Waren aus Osten importiert wurden. Durch diese kulturellen und wirtschaftlichen Ströme, die wie Flüsse verschiedene Länder miteinander verbanden, wurden die religiösen Verböte mit übertragen. Erst später, nachdem der Handel eine große Blüte erlebte, fand dieser sich demzufolge mit religiösen Verböten konfrontiert. Eines der Verböte, die sowohl das Christentum als auch der Islam enthält, ist der Zins.

Doch im Judentum besteht ein solches Verbot nicht. Juden dürfen demnach freien Handel betreiben. Damals waren die größten Händler im Osten und Westen meist Muslime bzw. Christen. Das Zinsverbot machte für ihre Bestrebung nach mehr Gewinn ein wichtiges Hindernis aus. Doch die Lösung war für sie innerhalb der Religion selbst zu finden. Durch eine Verdrehung von eigenen Bibel- bzw. Koran-Kommentaren wurde ihnen erlaubt, den freien Handel durch

einen Vermittler zu betreiben. Es sollte ein jüdischer Agent sein. Dadurch hatten sich große Gewinne bei manchen jüdischen Familien angehäuft, so dass der Groll gegen sie langsam zu wachsen begann. Das war ein Hass, der aus dem Groll der ärmeren Klassen in der Gesellschaft gegen die Juden entstanden war, auf welche sich der Reichtum allmählich zu beschränken begann. Das hatte nichts mit Kreuzigung oder gar mit Jerusalem zu tun. Das lässt sich besonders in der Zeit von Elisabeth I, der Königin von England, sehr genau ansehen. Diese Zeit galt als der Höhepunkt der Renaissance oder als das goldene Zeitalter der englischen Geschichte, wie die Historiker es zu beschreiben pflegen.

Am 7. Juni 1594 wurde Rodrigo López, der jüdische Leibarzt der englischen Königin Elisabeth I zum Tode verurteilt. Er stand im Verdacht, versucht zu haben die Königin zu vergiften. Als Reaktion darauf begann die Judenfeindlichkeit sich auszubreiten.

Durch die Blüte der Kunst und Literatur fanden die Hassgefühle ihren Weg in andere Länder Europas. Shylock, der jüdische Geldverleiher, der als eine Hauptfigur in Wilhelm Shakespeares Theaterstück "Der Kaufmann von Venedig" auftritt, ist das beste Beispiel für die Vorurteile, die damals gegen die Juden in Europa verbreitet waren.

Die Herrscher Venedigs zwangen die Juden, in einem abgeschlossenen Wohnviertel zu leben

Damals gab es sicherlich auch noch viele weitere Ursachen für den Hass. Die angeführte scheint mir allerdings sehr auffällig zu sein. Denn sie demonstriert, wie sich diese Gefühle von beiden Seiten ausbreiteten. Sie lässt sich zum einen mit der Diskriminierung verbinden, die die Juden unter Herrschaft der Christen in Andalu-

sien erlitten hatten, zum anderen mit dem, was den Juden in Venedig geschah.

Eine Stadt, in der sich zum ersten Mal in der Geschichte ein abgeschlossenes Stadtviertel herausbildete, in dem Juden abgetrennt von der übrigen Bevölkerung leben mussten. Es begann mit der Wanderung von Juden aus verschiedenen Ländern Europas und sogar aus der arabischen und islamischen Welt, besonders aus Syrien, nach Venedig. Die Herrscher von Venedig sahen darin eine Gefahr und zwangen die Juden deswegen dazu, in einem abgeschlossenen Wohngebiet zu leben, welches

Das erste Ghetto entstand in Frankfurt

als Ghetto bezeichnet wurde. Das Wort Ghetto bedeutet im Italienischen so viel wie „Abtrennung“ oder „Scheidung“. Der Begriff Ghetto hat später jedes jüdische Stadtviertel in der ganzen Welt bezeichnet. Dieses abgesonderte Viertel zu verlassen, war nur morgens erlaubt, unter der Voraussetzung, dass man Kleidung mit bestimmten Merkmalen trug, die die Juden von der übrigen Bevölkerung unterscheiden ließ.

Diese tragische Lage dauerte bis zur Zeit des französischen Kaisers Napoleon Bonaparte 1790. Damals hatte er selbst die Mauern des Ghettos zerstören lassen, um die Juden zu befreien.

Anhand israelischer Dokumente lässt sich zeigen, dass das Ghetto-System im Jahr 1616 zum ersten Mal in Frankfurt durchgesetzt wurde. Es ergab sich ursprünglich aus einer Vereinbarung zwischen der Stadtverwaltung und den Juden. Das System hatte sich zudem im Jahr 1624 in Wien etabliert. Andererseits hatte Russland ein anderes System als jenes entwickelt, das in westeuropäischen Ländern entstand. Es verbot den

Juden in bestimmten Gebieten des Landes zu leben und zwang sie auch, in ihren ursprünglichen Heimatgebieten in Polen zu bleiben. Dies führte im Jahr 1775 zum Entstehen eines Siedlungsgebiets, das später unter harten Umständen zu einem neuen großen Ghetto wurde.

Hier in Deutschland begann Hitler im 1939 die Juden in „Chattos“ zu sammeln, und dann in die Zwangsarbeitslager zu bringen. Das Ghetto Litzmannstadt in Lód war das letzte Ghetto, das von den Nationalisten 1944 zerstört wurde, und das große Warschauer Ghetto im Jahr 1943.

All dies geschah, während das jüdische Stadtviertel in Damaskus unabgeschlossen und offen für alle war. Erwähnenswert ist, dass die bekanntesten Handwerker, die Kunststücke aus Kupfer in Damaskus herstellten, Juden waren. Und nicht nur das: selbst die größten Händler und Intellektuellen waren ebenfalls Juden. Einer von ihnen war Herr Anbar, der Besitzer von Maktab Anbar, der prominenten Schule, die die meisten Intellektuellen bis zum Beginn des 20 Jahrhunderts in Damaskus ausgebildet hatte. Was ist dann geschehen?

Isaac Duitscher, der bekannte polnische Denker, der das Buch „der nichtjüdische Jude“ verfasste, beschreibt den Konflikt zwischen Arabern und Juden wie folgt: Die Geschichte ähnelt einem Haus mit zwei Etagen. Die zweite Etage brannte. Der Einwohner (der europäische Jude) auf Etage 2 sprang dem Feuer entfliehend in die erste Etage. Doch hier befand sich die Etage der arabischen Einwohner. Während derjenige, der sprang, seinen Blick auf den Brand richtend stehen blieb, ohne zu bemerken, was sein Sprung nach unten bewirkte, blickte der andere Einwohner schon weiter auf den Boden, ohne an etwas anderes zu denken, als an die Befreiung von dem, der sich über ihm befindet.



Nach dem ersten Weltkrieg hatten die Siegermächte sich darauf geeinigt, dass es zwischen Arabern und Juden keinen Frieden geben müsse. Dafür gibt es viele Beweise. Doch ein Beweis ist ganz offenkundig. Faisal, der König von Syrien, schloss im Jahr 1919 ein Abkommen, das Faisal-Weizmann-Abkommen genannt, mit Chaim Weizmann, dem Präsident der Zionistischen Weltorganisation in Paris. Das Abkommen bestimmte das friedliche Miteinander und die Festlegung der Staatsgrenzen in der Region und galt damit als ein Friedensvertrag. Frankreich und Großbritannien hatten ihrerseits daran gearbeitet, dieses Abkommen zu zerstören. Frankreich besetzte Syrien, und Faisal der Kö-

Der Krieg in Europa hatte großen Einfluss auf die Ausbreitung der Judenfeindlichkeit

nig wurde ins Ausland vertrieben. Eine der Paradoxien dieser Zeit ist, dass es damals einen arabisch-jüdischen Politiker und Intellektuellen gab, dessen Namen ich zuvor bereits erwähnt habe, nämlich Eliahu Sasson. Für ihn war es eine schwere Enttäuschung, dass der Traum von einem demokratischen Staat in Syrien zerstört wurde. Er entschied sich daher, nach Palästina zu emigrieren. Palästina, das später den Namen Israel tragen sollte. Sasson wurde eine wichtige politische Figur in Israel. Nur dort erlebte er seinen Traum, nicht in Damaskus, der Stadt, die er liebte.

Zu jener Zeit hatte sich der Journalismus in Frankreich mit den Demonstrationen beschäftigt, die gegen die französische Besatzung in vielen syrischen Städten aufriefen. Es wurden so viele Fotos von Demonstranten übertragen, die Kreuze, Halbmonde und den Davidstern als Symbole für das Miteinander trugen. Die Fotos sind bis heute im Archiv aufbewahrt. Jeder darf sie anschauen.



Besmierter Grabstein

Der Krieg in Europa hatte großen Einfluss auf die Ausbreitung der Judenfeindlichkeit oder dessen, was Antisemitismus genannt wird. Insbesondere spielte die Mobilisierung arabischer Soldaten und die Begründung eines sogenannten arabischen Armeekorps zum Kampf für die SS im zweiten Weltkrieg eine entscheidende Rolle bei der Ausbreitung des Antisemitismus im arabischen Raum.

Die Juden wurden zu Feinden des Unabhängigkeitsprozesses der arabischen Länder

Das begann mit einem Angebot des islamischen Geistlichen Mohammed Amin al-Husseini für die Zusammenarbeit mit dem NS-Regime, mit dessen Führer Hitler er bereits Kontakt geknüpft hatte. Dies führte im Endeffekt dazu, dass die Konflikte im Nahen Osten sich von Konflikten zwischen neu und alt zum Kampf der Kulturen wandelten.

Alle arabischen Regierungen, die in den nach der Aufteilung Großsyriens entstehenden Ländern an die Macht kamen, teilten diese

Ideologie. So wurden die Juden zu Feinden des Unabhängigkeitsprozesses der arabischen Länder, und nicht zu Feinden des Islams.

Die Vertreibung von Juden begann zunächst in Ägypten und dem Irak. Wer damals das Land nicht freiwillig verlassen hatte, sah sich großem Druck von zwei Seiten ausgesetzt. Einerseits hatte die führende politische Schicht, die in Israel lebte, Druck auf die Juden ausgeübt. Dieser Schicht war durchaus bewusst, worauf die westlichen Großmächte im arabischen Raum zielten. Daher begann sie, dabei mitzuspielen. Andererseits versuchten die arabischen Regimes, Panik unter Juden zu verbreiten. Die Farhuds (gewalttätige Enteignungen) im Irak lassen sich hierfür als Beispiel anführen.

Im Gegensatz dazu fand die Judenfeindlichkeit in Syrien keine offenen Ohren. Die Juden blieben in ihren Städten, in Damaskus, Aleppo und Qamischli, und lebten in Frieden genauso wie alle anderen, Muslime und Christen.

Ich bin fest davon überzeugt, dass die arabischen politischen Regimes antisemitisch sind. Alles voran syrische Regime. Es hat die Juden als Druckmittel ausgenutzt. Und um die westlichen Mächte zu Zugeständnissen zu drängen, hat das Regime die Juden in die Enge getrieben. Um finanzielle und politische Unterstützung zu bekommen, hat es den Juden aber im Gegensatz dazu mehr Freiheiten gewährt.

Die Syrer sind nicht antisemitisch. Sie verstehen diese Sprache nicht. Die syrische Gesellschaft basiert grundsätzlich auf Vielfalt. Jedoch haben sich im Bewusstsein der Menschen so viele falsche Gedanken verankert, die durch Manipulation seitens der politischen Regimes im arabischen Raum verbreitet wurden.

Alloismus, oder warum Antisemitismus nicht als Referenzideologie funktionalisiert werden darf

von Dr. Dani Kranz

Die Migration des Sommers 2015 stellt die Bundesrepublik in der Tat vor große Herausforderungen, wobei der organisatorische Teil als der weniger problematisch betrachtet werden kann. Wir haben es in der Tat geschafft, in Abwandlung der Aussage von Angela Merkel im September 2015. Was allerdings noch zur Debatte steht und was wir noch aushandeln müssen ist, was Angela Merkel knapp ein Jahr später auf dem CDU Parteitag postulierte: Deutschland wird Deutschland bleiben.

Unter Druck aus den eigenen Reihen und der sich rasant ändernden politischen Szene, allerdings auch in Reaktion auf die Unruhe in der Bevölkerung, die sich durch die Kölner Sylvesternacht und auch andere Vor- und Zwischenfälle, die Asylsuchende ebenso wie Migranten involvierte, hochgeschaukelt hatte, bemühte sich die Kanzlerin, Wahlvolk zu beruhigen. Genau dieses war zunehmend beunruhigt, was mit ihrem Land geschehe, ob ihre Frauen noch sicher seien und auch – ihre Juden. Wie durch ein Vergrößerungsglas bricht sich an diesen Themen –Frauen, Juden, Muslime –das Identitätsspiel im wiedervereinigten Deutschland. Wer sind wir? Was oder wer muss man sein um zum wir zu gehören? Was umfasst Deutschland? Und welche Werte sind substantiell in diesem Land und auf welchen Konsens können wir uns einigen?

Schnell wurde klar, dass die migrantische Männer – nicht Migrantinnen – die Rechte und die Gleichstellung von Frauen in der bundesrepublikanischen Gesellschaft anerkennen müssen. Diese Gleichstellung gilt vor dem deutschen Gesetz, aber weniger im Alltag: Frauen verdienen immer noch



Inscription auf einem Grabstein.

weniger als Männer, sie sind weniger präsent in Führungspositionen und es gibt bis heute Gleichstellungsbeauftragte, die allerdings für die Gleichstellung von den seit 1977 gesetzgleichen Frauen zuständig sind. Es gibt eine Frauenquote und Frauenförderprogramme, ebenso wie den bezeichnenden Ausdruck Quotenfrau. Auch kennt

die BRD die Herdprämie dank der Schwesterpartei von Merkels CDU, der CSU, Kinderbetreuung ist ein Manko und vor allem die Karrieren von Müttern leiden. Sollten sie versuchen, Karriere und Kinder zu managen, werden sie mitunter zu stigmatisierten Rabenmüttern, Rabenväter gibt es nicht. So stellen die BUWIN Berichte, die den Zustand des wissenschaftlichen Nachwuchses untersuchen, zyklisch fest, dass gerade Hirnhochleistungsakrobatinnen, sprich, Wissenschaftlerinnen, sich oft gegen Kinder entscheiden, soweit sie denn in einer Beziehung leben – was sie weit seltener tun als ihre männlichen Pendanten – und dass sie mit signifikanten Karrierehindernissen kämpfen: die Glasdecke ist für sie aus Panzerglas.

Alleinerziehenden, in der Mehrheit Frauen, sind am häufigsten armutsgefährdet, wenn sie nicht von Transferleistungen abhängig sind. Soweit zu unseren Frauen, die vor den anderen geschützt werden müssen: eine Schelmin, die nun denkt, dass wir Ungleichheit nicht ohne die von außen können, die ihre Frauen mit Kopftüchern verschleiern. Neben Frauen, die generell, egal wo, kulturspezifisch



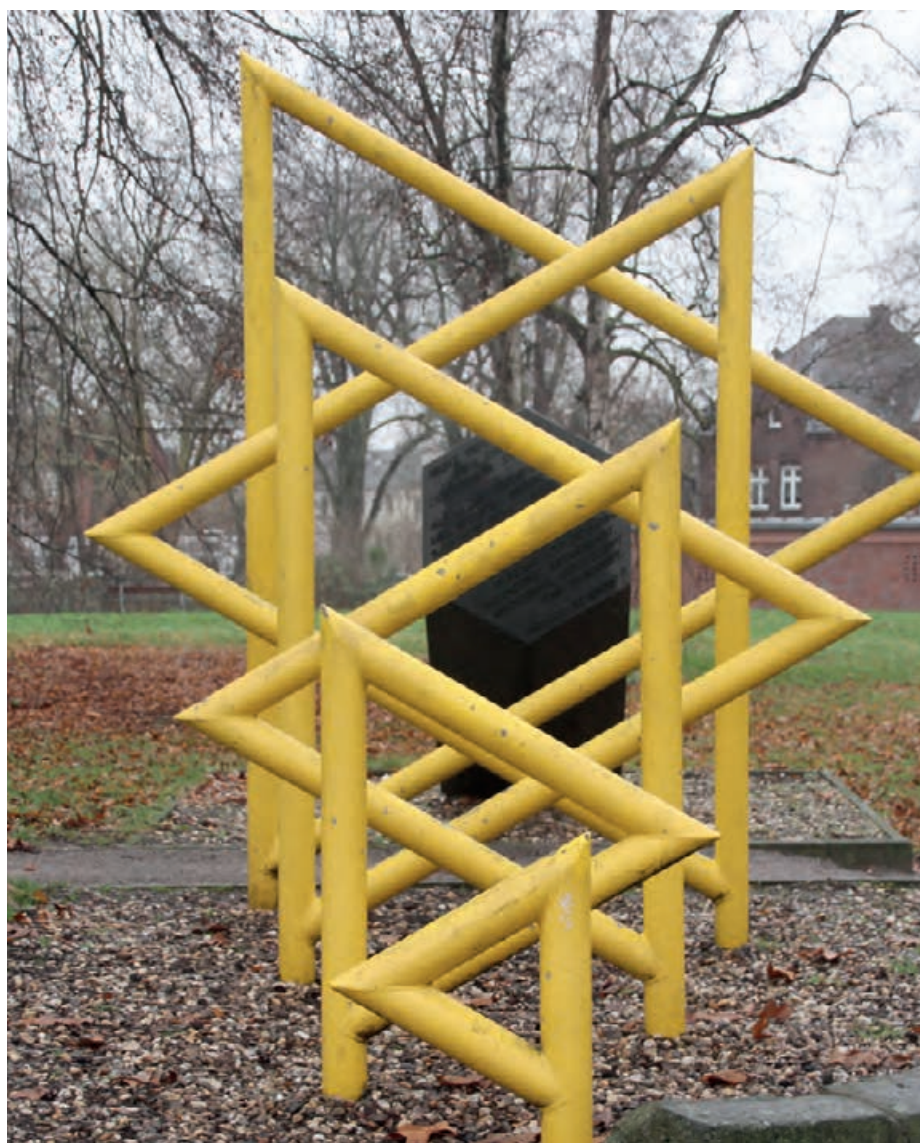
überevorteilt werden und global Opfer von Ausprägungen von männlicher Gewalt werden, trat noch ein Phänomen der Abgrenzung gegen ‚die von da draußen‘ zu Tage: unsere Juden. Im Post-Holocaust Deutschland – egal ob BRD oder DDR – wurde Philosemitismus zur öffentlichen Norm, in an die jeweilige Supermacht angepasster Variante.

Der BRD war von US amerikanischer Seite verordnet worden, dass wie die BRD ihre verbliebenen Juden behandle und welche Art der Beziehungen sie zu Israel, also zum jüdischen Staat unterhalte, ausschlaggebend sei, ob die BRD je wieder in den Kreis der zivilisierten Nationen aufgenommen werden werde. Somit wurde Philosemitismus zur innen- und Phi-

Verständnis für israelische ebenso wie für palästinensische Identitätsbedürfnisse fehlt

lozionismus zur außenpolitischen Norm, die nur wenig Spielraum ließ. Dass diese Norm mitunter einer Performance glich wurde und wird empirisch immer wieder bestätigt: Antisemitismus, und Antisraelismus existierten durchweg in der deutschen Nachkriegsgesellschaft und zwar unabhängig von der Migration von Menschen aus muslimischen Mehrheitsgesellschaften. Dem geringen Spielraum kommt seit 1967 eine tragende Rolle zu.

Die Bevölkerung von ehemals Westdeutschland, nun dem wiedervereinigten Deutschland, nimmt Israel zunehmend kritischer wahr: palästinensische Belange und die Besatzung der West Bank sowie die Situation in Gaza rufen Kritik auf den Plan. Ein Verständnis für israelische ebenso wie für palästinensische Identitätsbedürfnisse fehlt allerdings oft: auch die Forschungslandschaft gibt hier leider nicht viel her, den entsprechende



Mahnmal in Dortmund-Dorstfeld

Stellen existieren kaum und wenn, dann nur befristet.

Als Ausdruck der Gemengelage entstand der Begriff Israelkritik. Israel ist das einzig Land, dass einen derartigen Neologismus hervorrief. Israel hat in der Tat eine Sonderposition im gegenwärtigen Deutschland, die zwischen zwei Polen lokalisiert, aber selten moderat und von Expertise charakterisiert, ist. Israel, Philozionismus, Israelkritik und damit verbunden Philosemitismus sind oft emotionsgeleitet. Das verbindet Israel mit einem anderen Phänomen, der Islamkritik. Gerade diese Religion nimmt eine Sonderstellung im gegenwärtigen Deutschland ein, sie ist die Religion der neuen Anderen, die man als Gastarbeiter einlud und die auf

Dauer als Fremde empfunden werden. Ob der Islam zu Deutschland gehört ist ein schier unendliches Streitthema. Der Islam ist auch die Religion der Mehrheit der Menschen, die seit 2015 ins Land kamen und die zudem aus Ländern stammen, mit denen Israel in vielen Fällen schlechte bis gar keine Beziehungen unterhält. Während Philozionismus offizielle deutsche Staatsräson ist, ist Antizionismus, oder eine landesspezifische Form von Israelkritik, in vielen der Herkunftsländer Staatsräson.

Genau wie in Deutschland werden Juden dort mit Israel in Verbindung gebracht, wenn nicht Jude und Israeli gleichgesetzt wird: so wurden und werden Juden Zielscheibe von israelspezifischen Ge-

walttaten ebenso wie von antisemitischen Straftaten. Die Faustregel, die sowohl der Verfassungsschutz als auch Berater*innen und Politische Bildner*innen empirisch bestätigen ist, dass wenn es im Nahen Osten kracht, Jüdinnen und Juden in Deutschland zu Betroffenen werden. Menschen mit muslimischen und arabischen Hintergründen träten dann besonders in Erscheinung, ein Phänomen, was sich auch auf unpersönlicher Ebene bei den 2014 Demonstrationen gegen das israelische Vorgehen in Gaza fand.

Allerdings sollte man es sich so einfach nicht machen, denn antisemitische und anti-israelische Einstellungen sind auch der deutschen, nicht-muslimischen, Mehrheit nicht fremde, diese Einstellungen sind konstant. Sie werden allerdings anders geäußert: entsprechend des deutschen Diskurses und somit versteckter.

Antisemitismus gepaart mit anti-israelischen Einstellungen äußert sich auch populärkulturell: die Echos 2018 seien genannt. Das anwesende, in der Mehrheit nicht muslimische Publikum ebenso wie

Antisemitismus ist die Mutter aller Rassismen

die deutsche, nicht muslimische Mehrheitsgesellschaft reagiert erst gar nicht und dann mit Verzögerung gegen die Preisträger.

Man habe, in böser Abwandlung vom althegebrachten ‚Wir haben von nicht gewusst‘, nicht verstanden. Das dieses so ist, ist mehr als nur fraglich: Kommunikationslaxenzen sind ein beliebtes Stilmittel um unter der Strafbarkeitsgrenze zu bleiben aber um dennoch verstanden zu werden. Es ist allerdings ebenso so fraglich, warum Antisemitismus laut einer Pädagogin die Referenzideologie ist, an Hand derer sie Kindern und Ju-



Jüdischer Friedhof in Dortmund-Mengede

gendlichen mit muslimischen Hintergründen Rassismus erkläre.

Antisemitismus ist somit die Mutter aller Rassismen und erst wenn man das verstanden hat, kann man konsensfähig in der deutschen Mehrheitsgesellschaft funktionieren. Juden wird somit eine Sonderrolle zugeschasst und Muslime müssen erst dorthin geführt werden: so werden dann beide zu Anderen (alles auf Griechisch). Dieses Phänomen bezeichne ich als Alloismus, eine prozesshafte Andersmachung die einer kritische Auseinandersetzung mit deutschen Zuständen, die Juden, Muslime und auch die Mehrheit, die christliche Hintergründe hat, nur weiterbringen wird, wenn sie offen gelegt wird.

Belange, die mit Israel und Juden zu tun haben, haben in der BRD zweifelsohne eine essentielle Bedeutung und gerade diesen Essentialismus muss man im Sinne eine Allosismus analysieren: tut man dieses nicht, kommuniziert man uns Anderen, inklusive mir selbst, dass wir eben das sind.

Andere, die deutsch Minus sind. Wie der „Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus“ – bekannt als „Antisemitismusbeauftragter“-Felix Klein, der übrigens selbst nicht Jude ist, immer wieder zu bemerkt, Juden sind der Lackmustest für die deutsche Demokratie. Wenn dem so ist, dann sind Juden keine Staatsbürger*innen sondern eine Sonderkategorie. Wenn dieses der Meinung der Mehrheit entspricht, dann sollten sich Jüdinnen und Juden überlegen, ob sie diese Funktion übernehmen wollen, oder erwidern: ich bin Frau, Mutter und Jüdin, aber vertreten kann ich mich selbst, als Staatsbürgerin fordere ich gleichberechtigte Teilhabe.

Ich bin weder Lackmustest, noch Zielscheibe einer Referenzideologie oder muss von einem Mehrheitsdeutschen vertreten werden. Ich kann das durchaus selbst, und als Staatsbürgerin erwarte ich nicht mehr und nicht weniger als die Gleichstellung mit den anderen, mit den Mehrheitsdeutschen.

Übersicht von Initiativen, Projekten und Organisationen

Auf Basis einer Recherche im Internet und in Printpublikationen konnten in Dortmund insgesamt 38 Initiativen, Institutionen und Organisationen ausfindig gemacht werden, bei denen eine Auseinandersetzung mit dem Thema Antisemitismus in Frage kommt. Alle recherchierten Akteure wurden per Email mit Fragen zum jeweiligen Angebot zum Thema Antisemitismus kontaktiert. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt (Stand: 10.12.18) beträgt die Rücklaufquote 60,53% (= 23 Antworten). In der folgenden Übersichtsdarstellung sind daher alle Organisationen und Initiativen aufgeführt, die sich mit dem Thema Antisemitismus auseinandersetzen und auf die Anfrage per Mail geantwortet haben, sowie diejenigen, die bislang nicht geantwortet haben, aber das entsprechende Angebot anderweitig veröffentlicht haben (Website, Broschüre etc.).

Kategorisierung

Die vorhandenen Angebote wurden mit Hilfe mehrerer Kategorien systematisiert. Die im Auftrag formulierte Kategorie ‚Handlungskonzepte‘ ließ sich dabei nicht aufrechterhalten, da solche Gesamtkonzepte in Dortmund nicht existieren. Ebenso konnte die Kategorie ‚Ansprechpartner‘ nicht sinnvoll verwendet werden, weswegen sie in ‚Beratung‘

umformuliert wurde. Insgesamt können die Angebote daher folgenden Kategorien zugeordnet werden:

1. **Bildung:** Angebote der (politischen) Bildung für Jugendliche, Erwachsene und Multiplikatoren, die sowohl im schulischen als auch außerschulischen Rahmen genutzt werden können.
2. **Erinnerungsarbeit:** Angebote

zur überwiegenden Auseinandersetzung mit dem historischen Antisemitismus, z.B. Gedenkstättenfahrten, Zeitzeugengespräche etc.

3. **Engagement:** Angebote zur konkreten Mitarbeit/Partizipation für Jugendliche und Erwachsene
4. **Beratung:** Angebote zur Beratung bei antisemitischen Vorfällen und/oder Gewalttaten

1. Bildung

Auslandsgesellschaft

Angebot:

Als älteste Bürgerinitiative der Bundesrepublik sieht sich die Auslandsgesellschaft in der Pflicht, für eine demokratische Kultur einzutreten und sich gegen jedwede Form von Diskriminierung einzusetzen, hierzu zählt auch das Engagement gegen Antisemitismus. Aus diesem Grund hat die Auslandsgesellschaft auch kürzlich ein Netzwerk zur Bekämpfung von Antisemitismus in Dortmund initiiert, um Akteure zu vernetzen und Antisemitismus in Dortmund koordiniert begegnen zu können. Im Rahmen der Förderung durch das Bundesprogramm ‚Demokratie Leben‘ wurde zudem

das vorliegende Magazin gestaltet und ein Vortrag zum Verhältnis von Rechtspopulismus und Antisemitismus organisiert. Im Jahr 2019 soll ein Workshoptag für Lehrende zum Thema Nahostkonflikt im Schulunterricht zusammen mit dem Multikulturellen Forum und der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache stattfinden. Zudem sind weitere Veranstaltungen und Schulungen für Multiplikator/innen zu Thema Antisemitismus geplant.

Zielgruppe:

Das Angebot richtet sich an unterschiedliche Zielgruppen. Öffentliche Veranstaltungen sind

allen interessierten Bürger/innen zugänglich, die Schulungen und Workshops richten sich an Multiplikator/innen und Lehrkräfte. Eine Mitarbeit in dem Netzwerk zur Antisemitismusbekämpfung ist für Organisationen ebenfalls möglich, Voraussetzung hierfür ist die Unterzeichnung der Grundsatzerklärung des Netzwerks.

Kontakt:

Auslandsgesellschaft.de gGmbH
Steinstraße 48
44147 Dortmund
Matthias Mertes
☎ 0231 8380073
mertes@auslandsgesellschaft.de
www.auslandsgesellschaft.de

Bagrut e.V. – Verein zur Förderung demokratischen Bewusstseins

Angebot:

Bagrut e.V. konzipiert unterschiedliche pädagogische Projekte und Formate zum Thema Antisemitismus. Darüber hinaus bietet Bagrut e.V. Vorträge, Workshops, Beratung, Fortbildungen und Moderation zu den Themen Antisemitismus und Israelfeindschaft, ‚Nahost‘-Konflikt, Rechtsextremismus, Islamismus, Verschwörungsideen, Nationalsozialismus und Erinnerungskultur an.

Zielgruppe:

Das Angebot richtet sich sowohl an Schüler/innen und Student/innen als auch an Lehrende und Pädagog/innen in den verschiedensten Arbeits- und Berufsfeldern. Es werden daher unterschiedliche Veranstaltungsformate zu gewünschten Themenschwerpunkten für verschiedene Gruppen angeboten. Darüber hinaus können auch Materialien und Methoden zur Gestaltung eigener Projek-

te oder Veranstaltungen vermittelt werden. Möglich sind außerdem Veranstaltungen, die sich an ein wissenschaftliches, akademisches Publikum richten.

Kontakt:
 Bagrut e.V.
 Postfach 100 203
 44702 Bochum
 nrw@bagrut.de
 www.facebook.com/bagrutev

DGB Jugend Dortmund-Hellweg / 90 Minuten gegen rechts

Angebot:

Im Rahmen des Projekts ‚90 Minuten gegen rechts‘ bietet die DGB-Jugend Dortmund-Hellweg Workshops zum Schwerpunkt Rechtsextremismus in Form von verschiedenen Modulen an. Antisemitismus in jeden Modul Thema – je nach Modul weniger oder stärker. Für das Jahr 2019 ist auch ein Modul mit Schwerpunkt Antisemitismus geplant. Darüber hin-

aus finden regelmäßige Bildungsreisen nach Israel statt.

Zielgruppe:

Die Module des Projekts ‚90 Minuten gegen rechts‘ können für Schulklassen (ab der 8. Klasse), Schüler*innenvertretungen und weiteren Jugendgruppen gebucht werden. Bildungsfahrten und Fortbildungen richten an die Mitglieder der Gewerkschaftsjugend

bis 27 Jahre und interessierte peergroups, ggf. auch als Fachkräfteaustausch an hauptamtliche Kolleg/innen.

Kontakt:
 DGB Jugend Dortmund-Hellweg
 Ostwall 17
 44135 Dortmund
 dortmund@dgb.de
 www.90-minuten-gegen-rechts.de

Initiative für Gesellschaftskritik

Angebot:

Die ‚Initiative für Gesellschaftskritik‘ organisiert Diskussionsveranstaltungen, Workshops und Tagesseminare mit externen Referent/innen zur kritischen Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Verhältnissen. Hierzu gehört auch

der Antisemitismus in all seinen Ausprägungen sowie unterschiedliche Theorien des zur Entstehung und Funktion des Antisemitismus.

Zielgruppe:

In erster Linie an Studierende, die Vorträge und Seminare sind aber

generell für alle interessierte Personen zugänglich.

Kontakt:
 Initiative für Gesellschaftskritik
 lfg_dortmund@protonmail.com
 lfgdortmund.wordpress.com

Kommunales Integrationszentrum Dortmund

Projekt ‚Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage‘

Angebot:

Das Netzwerk ‚Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage‘ wird in Dortmund betreut und koordiniert durch das Kommunale Integrationszentrum. Hierbei werden u.a. auch Projekte zum Thema Antisemi-

tismus umgesetzt. Bei dem letzten Courage Tag wurden z.B. zwei Workshops zu Antisemitismus in Kooperation mit dem Multikulturellen Forum angeboten.

Zielgruppe:

Schüler/innen, Lehrkräfte, Fach-

kräfte der Schulsozialarbeit

Kontakt:
 Kommunales Integrationszentrum
 der Stadt Dortmund
 Betenstraße 19 | 44122 Dortmund
 Helena Breidt | hbreidt@stadtdo.de
 ☎ 0231 5026313

Multikulturelles Forum e.V.

Projekt ‚Objektiv – Junge Medienmacher mit Durchblick‘

Angebot:

Das Multikulturelle Forum e.V. ist Träger des Modellprojekts ‚Objektiv - Junge Medienmacher mit Durchblick‘, welches junge Menschen durch interaktive und partizipative pädagogische Methoden in speziell entwickelten Workshop-Formaten für Stereotype und die Verbreitung von Antisemitismus und Rassismus in den Medien sensibilisiert. Im Rahmen der bisher durchgeführten Workshops standen die Vermittlung von Medienkompetenzen sowie der antisemitismuskritische Umgang mit Medien im Mittelpunkt. Anhand konkreter Beispiele werden die Teilnehmenden dazu angeregt, Beiträge und Berichte kritisch

zu betrachten und Einflüsse auf die eigene Meinungsbildung zu reflektieren. Es werden dabei sowohl deutschsprachige Medien als auch türkisch-, arabisch- oder russischsprachige Medien eingesetzt. Des Weiteren bringt das Projekt eigene Filme als pädagogisches Material mit in die Workshops ein – hier wird die Methode ‚Participatory Video‘ angewendet. Die Jugendlichen bekommen die Möglichkeit, sich als ‚Junge Medienmacher mit Durchblick‘ auszuprobieren und selbst kreativ zu werden. Dabei erstellen sie eigenständig vorurteilsfreie und antisemitismuskritische Produkte wie beispielsweise Filme oder Fotoprojekte. Das Modellprojekt

ist gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“

Zielgruppe:

Jugendliche und junge Erwachsene (16-27 Jahre) sowie Multiplikator/innen. Die Workshops des Projekts können auch in Schulklassen durchgeführt werden.

Kontakt:

Multikulturelles Forum e.V.
Friedensplatz 7
44135 Dortmund
☎ 0231 288607-33
mueller@multikulti-forum.de
www.multikulti-forum.de

Respekt-Büro - Jugendamt der Stadt Dortmund

Angebot:

Das Respekt-Büro ist ein Anbieter der außerschulischen politischen Jugendbildung. In diesem Rahmen bietet das Respekt-Büro Workshops und Projekte zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention für Schulklassen und Jugendgruppen an. Der vierstündige Workshop ‚Antisemitismus erkennen‘ soll mit Hilfe interaktiver Methoden für aktuelle Erscheinungsformen des Antisemitismus sensibilisieren. Dabei geht es um

die Vermittlung von Kenntnissen über Ausprägungen des modernen Antisemitismus sowie um die Reflexionen über antisemitische Deutungsmuster. Es können ebenso Fortbildung für Multiplikator/innen zum Thema Antisemitismus angeboten werden. Darüber hinaus setzt das Respekt-Büro unregelmäßig Projekte der historisch-politischen Bildung, wie z.B. Gedenkstättenfahrten um.

Zielgruppe:

Generell Jugendliche ab 14 Jah-

ren, der Antisemitismus-Workshop an Jugendliche ab 16 Jahren sowie Multiplikator/innen, Lehrkräfte und Sozialarbeiter/innen

Kontakt:

Multikulturelles Forum e.V.
Friedensplatz 7
44135 Dortmund
☎ 0231 288607-33
mueller@multikulti-forum.de
www.multikulti-forum.de

TANDEM NRW

Angebot:

TANDEM NRW ist ein Modellprojekt zur Radikalisierungsprävention bzw. -intervention und Demokratieförderung, das NRW-weit tätig ist. TANDEM NRW führt schwerpunktmäßig Bildungsangebote und Workshopreihen in stark vorurteils- und/oder konfliktbelasteten Gruppen bzw. Klassen durch bildet darüber hinaus junge Menschen zu ‚Trainer/innen für Demokratie und Vielfalt‘ aus. Im Rahmen einer neunteiligen modularen Ausbil-

dungsreihe ist dabei auch das Thema Antisemitismus sowie der mögliche methodische Umgang mit Antisemitismus in der Politischen Bildung behandelt worden. Für Fachkräfte hat TANDEM sich ein zusammensetzbares Fortbildungskonzept konzipiert. Ein wählbarer Baustein einer Fachkräftefortbildung wäre auch eine inhaltliche Auseinandersetzung mit Varianten Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit - und somit auch mit dem Themenfeld Antisemitismus.

Zielgruppe:

Jugendliche, junge Erwachsene, Lehrer/innen, Sozialarbeiter/innen

Kontakt:

TANDEM NRW
Am Steintor 3
45657 Recklinghausen
Tel.: 02361 3021349
tandem-nrw@reinit.de
www.tandem-nrw.de

2. Erinnerungsarbeit

Internationales Bildungs- und Begegnungswerk e.V.

Angebot:

Das Internationale Bildungs- und Begegnungswerk plant und organisiert Klassen- und Studienfahrten zu Gedenkstätten des Nationalsozialismus (Auschwitz, Buchenwald, Theresienstadt, Majdanek). Das IBB berät bei der Vor- und Nachbereitung der Gruppe möglichst unter Einbeziehung örtlicher NS-Gedenkstätten sowie einer Do-

kumentation. Das IBB unterstützt und berät zudem die Schule/ die Gruppe bei der Beantragung von Zuschüssen und Einwerbung von Drittmitteln. Neben den Angeboten zu den Gedenkstättenfahrten entwickelt und organisiert das IBB Projekte für Jugendliche zu historischen Themen, wie z.B. Nationalsozialismus und Judenverfolgung.

Zielgruppe:

Schüler/innen- und Jugendgruppen

Kontakt:

IBB e.V. / IBB gGmbH
Bornstraße 66
44145 Dortmund
Tel.: 0231 9520960
info@ibb-d.de
www.ibb-d.de

Jugendring Dortmund - Arbeitsstelle Zukunft braucht Erinnerung

Angebot:

Durch die Arbeitsstelle ‚Zukunft braucht Erinnerung‘ des Jugendrings Dortmund werden junge Menschen in ihrer Auseinandersetzung mit den geschichtlichen Hintergründen und den aktuellen Ausprägungen nationalsozialistischen Gedankenguts fachlich begleitet und bei der Umsetzung ihrer Ideen unterstützt. Jugendliche werden dabei in Projekten zur Spurensuche von NS-Opfern be-

gleitet, hierzu zählt auch die Verlegung von Stolpersteinen. Durch die Arbeit soll auch ein Bogen zum gegenwärtigen Antisemitismus geschlagen werden. Ebenso organisiert die Arbeitsstelle Gedenkfeiern und Fahrten zu Gedenkstätten von Konzentrationslagern. Darüber hinaus werden die ‚Botschafter und Botschafterinnen der Erinnerung‘ durch die Arbeitsstelle begleitet, die sich gegen Antisemitismus engagieren.

Zielgruppe:

Schüler/innen- und Jugendgruppen

Kontakt:

Arbeitsstelle Zukunft braucht Erinnerung
Geschwister-Scholl-Straße 33-37
44135 Dortmund
Andreas Roshol
☎ 0231 4775612
andreas.roshol@jugendring-do.de
www.jugendring-do.de

Kommende Dortmund Sozialinstitut des Erzbistums Paderborn

Angebot:

Ein regelmäßiges Seminarangebot richtet sich an Hauptschüler/innen. Während unserer deutsch-polnischen Begegnung thematisieren wir das Thema ‚Rassismus und Toleranz‘ wozu auch gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gehört. Bestandteil der Begegnung in Polen ist ein Besuch der Jugendlichen des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau. Die Arbeit gegen An-

tisemitismus im Fachbereich politische Bildung soll jedoch ausgebaut werden. Im Rahmen von Sozialen Seminaren an fünf Schulen in Dortmund und Umgebung soll zukünftig das Thema Antisemitismus anhand außerschulischer historisch-politischer Bildungsangebote behandelt werden.

Zielgruppe:

Bildungsbenachteiligte bzw. sozial-

benachteiligte Jugendliche

Kontakt:

Kommende Dortmund
Brackeler Hellweg 144
44309 Dortmund
Robert Kläsner
☎ 0231 2060543
klaesener@kommende-dortmund.de
www.kommende-dortmund.de

Mahn- und Gedenkstätte Steinwache

Angebot:

Die Mahn- und Gedenkstätte Steinwache arbeitet zu historischem Antisemitismus im Kontext des Holocaust. Das Angebot besteht aus Führungen und Seminaren zu den Themen antisemitische Verfolgung und Holocaust in Dortmund und der Region sowie antisemitische Propagandafilme. Darüber hinaus begleitet die Steinwache Bildungsfahrten zum Thema Holocaust an die Orte

der Vernichtung im heutigen Polen, bietet regelmäßig Fachvorträge zu den genannten Themen an und organisiert die einschlägigen Gedenkveranstaltungen mit.

Zielgruppe:

Hauptzielgruppe für die Formate Seminare und Bildungsfahrten sind Schulklassen, alle anderen Angebote richten sich an die interessierte Öffentlichkeit.

Kontakt:
Mahn- und
Gedenkstätte Steinwache
Steinstraße 50
44147 Dortmund
Markus Günnewig
☎ 0231 5027685
mguennewig@stadtdo.de
steinwache.dortmund.de

Planerladen e.V.

Integrationsagentur - Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit im Handlungsfeld Wohnen

Angebot:

Die Integrationsagentur des Planerladen e.V. greift das Thema Antisemitismus in unterschiedlichen Projekten auf. Vor allem im Projekt ‚Jugendforum Nordstadt‘. So wurde Ende 2014 die Patenschaft für fünf Stolpersteine in der Heiligartenstr. in Dortmund übernommen. Mit Esther Bejarano (2015) und Yvonne Koch (2018) waren zwei Zeitzeuginnen zu Gast, weitere Veranstaltungen dieser Art

sind in Planung. Ein Video unter dem Titel ‚Orte der Erinnerung‘ wurde gedreht und auf Youtube veröffentlicht (2017). Ein Workshop über Antisemitismus fand Anfang 2018 statt. Die Synagoge in Dortmund wurde besucht (2015). Im Februar 2019 wird das Anne-Frank-Museum besucht.

Zielgruppe:

Jugendliche, junge Erwachsene und Erwachsene

Kontakt:
Integrationsagentur - Service-
stelle für Antidiskriminierungs-
arbeit im Handlungsfeld Wohnen
Borsigstraße 1
44145 Dortmund
Ali Sirin
Tel.: 0231 833225
integration@planerladen.de
www.planerladen.de

3. Engagement

Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus

Angebot:

Im Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus arbeiten kirchliche und gewerkschaftliche Organisationen, Parteien, Bildungseinrichtungen, Sozialverbände und zivilgesellschaftliche Projekte zusammen, um dem Auftreten rechtsextremer Gruppierungen und Parteien in Dortmund entgegenzuwirken. Das Thema Antisemitismus wird im Arbeitskreis anlassbezogen diskutiert, da die Dortmunder Rechtsextremisten seit vielen Jahren regelmäßig antisemitische Parolen verbreiten. Vorfälle

werden daher regelmäßig inhaltlich diskutiert, die Strafbarkeit (auch im Kontakt mit Polizei und Juristen) wird recherchiert und es wird Kontakt gehalten zur Jüdischen Kultusgemeinde in der Frage. Ebenso engagiert sich der Arbeitskreis aktiv beim Schutz der Gedenkveranstaltung zum 9. November in Dorstfeld. 2019 ist eine Aktion zu der Parole „Wer Deutschland liebt, ist Antisemit“ geplant, die von Dortmunder Neonazis gerufen wurde.

Zielgruppe:

BürgerInnen der Stadt Dortmund,

die sich gegen Rechtsextremismus engagieren möchten.

Kontakt:
AK gegen Rechtsextremismus
c/o Referat für Gesellschaftliche
Verantwortung des Kirchenkreises
Dortmund
Jägerstraße 5
44145 Dortmund
Pfarrer Friedrich Stiller
(Co-Sprecher)
friedrich.stiller@ekkdo.de
☎ 0231 8494376
www.dortmund-rechts.de

Ballspiel.vereint!

Angebot:

Die Initiative ballspiel.vereint! ist ein Bündnis von Borussia Dortmund AnhängerInnen, das sich aus verschiedensten Teilen der Fanszene zusammensetzt. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, ein Bewusstsein für alltägliche Diskriminierungen rund um den BVB zu schaffen, um langfristig einen antidiskriminierenden Grundkonsens in der Dortmunder Fanszene zu etablieren. Dazu gehört auch die Thematisierung von Antisemitismus. Hier geht es vor allem darum, ein Bewusstsein für die Problematik des Antisemitismus zu schaffen. So hat die Initiative als eine ihrer ersten Veranstaltungen einen Vortrag zum Thema ‚Antisemitismus‘ organisiert, der in Zukunft auch noch einmal wiederholt werden soll. Zudem ist ein Aktionsspieltag mit dem

Schwerpunkt Antisemitismus in Kooperation mit dem BVB geplant.

Schwerpunkt Antisemitismus in Kooperation mit dem BVB geplant.

Zielgruppe:

Alle BvB-Fans, die sich gegen Diskriminierung und Antisemitismus einsetzen möchten.

Kontakt:

Ballspiel.vereint!
www.ballspielvereint.org
info@ballspielvereint.org

Junges Forum der Deutsch-Israelischen-Gesellschaft Ruhr

Angebot:

Das Junge Forum ist eine Plattform für Mitglieder der Deutsch-Israelischen Gesellschaft im Alter zwischen 14 und 35 Jahren, in der sich gegen Antisemitismus und Israelfeindschaft engagiert werden kann. Es existieren mehrere Ortsgruppen, so auch im Ruhrgebiet. Ein Grundsatz des Jungen Forums ist es, entschieden gegen Anti-

semitismus, Antizionismus und Rassismus einzutreten. Das Junge Forum DIG Ruhr bietet u.a. Vorträge und Workshops zu den Themen Antisemitismus und Israel an. Ebenso organisiert das Junge Forum Demonstrationen und Kundgebungen gegen Antisemitismus mit.

gliedert der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, die Vorträge stehen allen Personen offen.

Zielgruppe:

Für die konkrete Mitarbeit: Mit-

Kontakt:

Junges Forum DIG Ruhr
<https://www.facebook.com/pg/JungesForumRuhr>
jungesforum.ruhr@gmail.com

Naturfreunde Dortmund Kreuzviertel e.V.

Angebot:

Die Naturfreunde Kreuzviertel sind eine Dortmunder Ortsgruppe der Naturfreunde in Deutschland. Die inhaltliche und durchaus auch aktive Auseinandersetzung mit alten und neuen Nazis, und damit natürlich auch die Auseinandersetzung mit Antisemitismus, entspringt dem Kern des Selbstverständnisses der Naturfreunde. Hierzu werden unterschiedliche Aktionen gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und zur Erinnerung an die Shoah organisiert. Die Ortsgruppe Kreuzviertel gehört beispielsweise zu den Dortmunder Stolpersteinpaten der ersten Stunde. Seitdem werden jährliche Rundgänge durch das Kreuzviertel durchgeführt, bei denen die Stolpersteine geputzt werden und über die Schicksale der Betroffenen informiert wird. Zum 80. Jahrestag der Pogrom-

nacht in Dortmund wurde der Rundgang durch das Kreuzviertel mit über 70 Teilnehmern und im Anschluss daran eine Gedenkveranstaltung mit viel positiver Resonanz im Dortmunder Literaturhaus durchgeführt.

2005 haben die Naturfreunde Kreuzviertel den ‚Heinrich-Czerkus-Gedächtnislauf‘ ins Leben gerufen. Damit wird der ehemalige BVB-Platzwart und Widerstandskämpfer Heinrich Czerkus geehrt, der im März 1945 zusammen mit 300 anderen von der Gestapo im Rombergpark ermordet wurde. Heute wird der Lauf gemeinsam mit dem Fanprojekt Dortmund, dem Fanclub Heinrich-Czerkus und Borussia Dortmund organisiert. In diesem Jahr haben sich 1000 Menschen am Lauf beteiligt. Er versteht sich als ein Zeichen gegen rechts, gegen Rassismus und Antisemitismus. Bei

den Naziaufmärschen in den Jahren 2017 und 2018 wurden als eigene Gegenveranstaltungen politische Spaziergänge durch das Saarlandstraßen-, das Kreuz- und das Unionsviertel durchgeführt, unter dem Motto: Nichts ist vergessen und niemand.

Zielgruppe:

An den Aktionen der Naturfreunde können sich alle beteiligen, ist gibt keine bestimmte Zielgruppe.

Kontakt:

Naturfreunde Dortmund Kreuzviertel e.V.
Kreuzstraße 115, 44137 Dortmund
☎0231 128853
wilfried.harthan@web.de
www.naturfreunde-kreuzviertel.de

4. Beratung

Back Up

Beratung für Opfer von rechtsextremer und rassistischer Gewalt

Angebot:

Back Up ist eine Beratungsstelle für Betroffene von rechter Gewalt und zuständig für die Regierungsbezirke Arnsberg, Detmold und Münster. Back Up berät, informiert und unterstützt daher auch Betroffene von antisemitischer Gewalt sowie Angehörige, Freund/innen der Betroffenen sowie ZeugnInnen eines Angriffs. Neben der psychosozialen Beratung gehört hierzu auch die Information über

rechtliche Möglichkeiten wie Anzeige, Nebenklage und die rechtliche Stellung von Opfern im Strafverfahren, die Begleitung nach Wunsch zur Polizei, zu Rechtsanwält/innen, Behörden und Ärzt/innen, die Unterstützung in der Prozessvor- und -nachbereitung und Begleitung zu Gerichtsverhandlung sowie die Klärung eventueller Entschädigungsansprüche und Hilfe bei der Beantragung weiterer finanzieller Hilfen.

Zielgruppe:

Betroffene rechtsextremer, rassistischer, antisemitischer, LSBTIQ-feindlicher oder sozialdarwinistischer Gewalt

Kontakt:
 BackUp
 c/o BackUp - ComeBack e.V.
 Stefanstraße 2, 44135 Dortmund
 ☎ 0231 956 524 82
 contact@backup-nrw.org
 www.backup-nrw.org

CoBa-YaNa

Come Back – You are not alone

Angebot:

CoBa-Yana unterstützt Menschen in Dortmund, welche die rechtsextreme Szene verlassen möchten. Daneben bietet CoBa-Yana Multiplikator/innen Beratung und Fortbildungen im Umgang mit rechtsextrem gefährdeten Personen an. In diesem Rahmen bietet CoBa-Yana Workshops zum Thema Früherkennung von ideologisch

radikalisierungsgefährdeten Jugendlichen. Ein Schwerpunkt dieser Workshops ist das Thema Antisemitismus bei Jugendlichen und die Vermittlung pädagogischer Strategien, die zu einer kritischen Reflexion der antisemitischen Vorurteile führen können.

Zielgruppe:

Multiplikator/innen aus der Bildungsarbeit und pädagogischen

Arbeit sowie junge Menschen.

Kontakt:
 CoBa-YaNa
 c/o BackUp - ComeBack e.V.
 Stefanstraße 2
 44135 Dortmund
 Tel.: 0231 84194258
 info@coba-yana.de
 www.coba-yana.de

Koordinierungsstelle für Vielfalt, Demokratie und Toleranz der Stadt Dortmund

Angebot:

In dem Themenfeld Antisemitismus arbeitet die Koordinierungsstelle Vielfalt, Toleranz und Demokratie kontinuierlich an dem Aufbau sowie der Pflege von Vernetzungsstrukturen. Dazu unterstützen wir die Organisation und Durchführung von Gedenktagen und -Veranstaltungen beispielweise im Rahmen der Reichspogromnacht. Darüber hinaus stellen wir jährlich auch Aktionsfondsmittel für Projekte im Themenfeld Antise-

mitismusbekämpfung und -Sensibilisierung zur Verfügung. Die Koordinierungsstelle Vielfalt, Toleranz und Demokratie dient auch als Ansprechpartnerin für alle Menschen, die sich in diesem Themenfeld informieren oder Veranstaltungen durchführen möchten. Zudem können sich Betroffene von Antisemitismus an die Koordinierungsstelle wenden, die auf Wunsch entsprechende Kontakte zur weiteren Beratung bedarfsgerecht herstellen kann.

Zielgruppe:

Alle Bürger/innen der Stadt Dortmund, zivilgesellschaftliche Akteure

Kontakt:
 Koordinierungsstelle Vielfalt,
 Toleranz und Demokratie
 Friedensplatz 1
 44122 Dortmund
 ☎ 0231 5027305
 vielfalt@stadtdo.de
 vielfalt.dortmund.de

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Arnsberg

Angebot:

Die Kernaufgabe der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Arnsberg ist die Beratung von Personen, die sich mit rechtsextremen Vorfällen auseinandersetzen müssen oder sich gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit engagieren. Ziel ist hierbei immer die Stärkung der Handlungsfähigkeit der Akteure. Neben dem zentralen Beratungsangebot, das nicht nur den Umgang mit spezifisch rechtsextremen, sondern auch mit antisemitischen und rassistischen Herausforderungen abdeckt, bietet die Mobile Beratung Angebote zur Qualifizierung und Weiterbildung an. Dieses Angebot, das sich in erster Linie an Multi-

plikator/innen richtet, kann in Form von Fortbildungen, Workshops und Vorträgen umgesetzt werden. Zum Thema Antisemitismus umfasst hier die Themenbreite nicht nur die Auseinandersetzung mit zentralen Elementen rechtsextremer und völkisch-nationalistischer Ideologie, sondern auch milieunabhängige Betrachtungen des sekundären und israelbezogenen Antisemitismus sowie Verschwörungstheorien. Darüber hinaus verfügt die Mobile Beratung über ein eigenes Monitoring rechter Gewalt, das auch antisemitische Vorfälle mit einschließt.

Zielgruppe:

Engagierte Bürger/innen, die sich in Bündnissen, Verbänden, Ver-

waltungen oder als Einzelpersonen gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und andere Erscheinungsformen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit einsetzen.

Kontakt:

Mobile Beratung gegen
Rechtsextremismus
Amt für Jugendarbeit der
Ev. Kirche von Westfalen
Iserlohner Straße 25
58239 Schwerte
☎ 02304 755280
info@mbr-arnsberg.de
www.mbr-arnsberg.de

Quartiersdemokraten

Angebot:

Das Projekt Quartiersdemokraten unterstützt und berät Bürger/innen, Vereine, Organisationen und Initiativen in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus im Stadtteil Dorstfeld. Ziel ist die Stärkung der Zivilgesellschaft und der demokratischen Kultur. Hierzu gehört auch Unterstützung und Beratung bei antisemitischen Vorfällen. Daneben gehört auch die Sensibilisierung über das Thema Antisemitismus zu

den Aufgaben. So gestaltet das Projekt beispielsweise das Gedenken zur Pogromnacht in Dorstfeld mit und hat in diesem Jahr hierzu auch einen Vortrag zum Thema Antisemitismus organisiert.

Zielgruppe:

Personen, die in Dorstfeld leben, arbeiten oder in sonstiger Weise aktiv sind. Für Vernetzungen, Expertise und Kooperationen steht das Projekt Quartiersdemokraten jedoch auch

stadtweit zur Verfügung.

Kontakt:

Projekt Quartiersdemokraten
Verein zur Förderung von Respekt,
Toleranz und Verständigung in
Dortmund-Dorstfeld e.V.
Postfach 50 01 03
44201 Dortmund
☎ 0231 53453724
kontakt@quartiersdemokraten.de
www.quartiersdemokraten.de

SABRA

Serviceestelle für Antidiskriminierungsarbeit, Beratung bei Rassismus und Antisemitismus

Angebot:

SABRA ist eine Serviceestelle für Antidiskriminierungsarbeit des Landes NRW in Trägerschaft der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf. SABRA bietet persönliche Beratung, Präventionsprogramme für Lehrkräfte und Multiplikator/innen und erfasst antisemitische Vorfälle in ganz NRW. SABRA bietet Beratungen nach dem AGG, schnelle Hilfe bei akuter antisemitischer Diskriminierung und Begleitung durch den Lösungsprozess, Intervention, auch an Schulen, in Fällen von antisemitischer Diskriminierung und Empowerment für Betroffene antisemitischer Diskriminierung. Betroffene antisemitischer Gewalt können sich ebenso an SABRA wenden, allerdings kann dort keine psychosoziale Betreuung

gewährleistet werden, jedoch Hilfe beim Stellen einer Strafanzeige, Unterstützung bei Behördengängen und Begleitung durch den Prozess in Kooperation entweder mit den Opferberatungsstellen rechter Gewalt oder der Opferberatung des Kompetenzzentrums für Prävention und Empowerment OFEK in Berlin. Im Bereich Prävention bietet SABRA Fortbildungen für Lehrkräfte und Multiplikator/innen sowie für soziale Einrichtungen, Unternehmen und Behörden zu den aktuellen Formen des Antisemitismus und der besonderen Berücksichtigung der jüdischen Perspektive, Vermittlung von Dozenten und Experten und Beratungsangebote für Schulen und Institutionen zur Antisemitismusprävention. SABRA

ist zudem die Meldestelle für antisemitische Vorfälle in NRW. Jeder antisemitische Vorfall kann unter: <https://www.sabra-jgd.de/antisemitischen-vorfall-melden> gemeldet werden.

Zielgruppe:

Personen, die von antisemitischer Diskriminierung und Gewalt betroffen sind, Multiplikator/innen, Fachkräfte der Sozialen Arbeit, Behörden.

Kontakt:
SABRA Düsseldorf
Bankstraße 57
40476 Düsseldorf
☎ 0211 94195988
sabra@jgdus.de
www.sabra-jgd.de

Weißer Ring e.V. - Außenstelle Dortmund

Angebot:

Der Weisse Ring e.V. ist Ansprechpartner in Sachen Kriminalitätsprävention und Opferhilfe. Der Weisse Ring kümmert sich mit seinen ehrenamtlichen Opferhelfern u.a. um die Opfer von vorsätzlichen Straftaten. Dabei spielen Herkunft, Religion und Ethnie keine Rolle. Also können daher Opfer antisemitischer Gewalt jederzeit bundesweit und

in Dortmund die Hilfe des Weissen Rings in Anspruch nehmen. Das konkrete Angebot umfasst Beratung, materielle Hilfe, Unterstützung bei Behörden, Gerichtsbegleitung, und Hilfe bei der Antragsstellung nach dem Opferentschädigungsgesetz.

Zielgruppe:

Betroffene von (antisemitischen) Straftaten und Gewalttaten

Kontakt:
Weisser Ring e.V.
Außenstelle Dortmund
Ingo Moldenhauer
☎ 0231 9129861
imoldenh@web.de
www.dortmund-nrw-westfalen-lippe.weisser-ring.de

Die Mitwirkenden und Autor*innen des Magazins

Ibrahim Aljabin

ist ein syrischer Schriftsteller und Journalist, wohnhaft in Deutschland. Von ihm bereits erschienen: Romane: „Auge des Orients“ (arabisch, ins Deutsche übersetzt, sucht Verlag) „Tagebuch eines Juden in Damaskus“ (arabisch) Gedichte: „Albarari: Wüstenländer“ (arabisch) in Arabisch „Den Fluss überquert“ (arabisch) „Bitte, atme ihre Luft“ (arabisch) Studien: „Die Sprache vom Mohamed“ in Arabisch (2003) | „Der Weg zur Republik“ in Arabisch (2012) Doku-Filme und -Beiträge: „Ussama Bin Laden in Syrien“ (2002) | „Unter dem Staub anderer“ (2008) „Prinz Abdel Qader Aljasaeri in Damaskus“ (2009) „Die Meinungsherren“ (2007) „Meilenstein“ (2008) | „Der Weg nach Damaskus“ (2012) „Abu Alkaka, Syrien“ (2015)

Wasim Alyousfi

studiert Philosophie und Geschichte an der Universität Bonn. Er kommt aus Damaskus/Syrien, lebt seit vier Jahren in Deutschland. Bevor er beim Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften in Köln angefangen hat zu arbeiten, war er bei der Auslands-gesellschaft beschäftigt.

Hartmut Anders-Hoepgen

Sonderbeauftragter des OB Stadt Dortmund | Backup-Comeback geboren September 1944. Aufgewachsen in Düsseldorf und Bochum. Nachkriegszeit als Kind sehr bewusst erlebt. Studium Theologie in verschiedenen Universitätsstädten. Seit 1970 in Dortmund, zunächst als Pfarrer, seit 1992 als Superintendent

für den Dortmunder Westen, ab 1994 zusätzlich leitender Superintendent und Vorstandsvorsitzender der damaligen Vereinigten Kirchenkreise Dortmund-Lünen –Selm (heute ein Kirchenkreis). Seit Nov. 2007 Ruhestand. Seit Jan 2008 ehrenamtlicher Sonderbeauftragter des OB der Stadt Dortmund und Leiter der Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie. Seit 2013 zusätzlich Vorsitzender des neu gegründeten zivilgesellschaftlichen gemeinnützigen Vereins „BackUp-ComeBack – Westfälischer Verein für die offensive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus e.V.“ Dieser ist Träger von BackUp, einer vom Land NRW und der Stadt Dortmund geförderten westfalenweit arbeitenden Beratungsstelle für Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt, sowie von Coba-Yana, einer von Bund und Stadt Dortmund geförderten im Dortmunder Bereich arbeitenden Beratung für Radikalisierungsprävention und für Wege aus dem Rechtsextremismus und ‚Ausstieg‘ vor dem Einstieg‘.

Marcus Arndt

nordstadtblogger, ist freier Journalist (TV/Print/Online), Filmemacher und Social Media Manager. Sein Schwerpunkt liegt auf Innenpolitisches und Rechtsextremismus. In diesem Zusammenhang beliefert er verschiedene Fernsehsender und Nachrichtenformate Beiträge über Rechte Demonstrationen und Aktivitäten. Ehrenamtlich ist Marcus Arndt für den bundesweit bekannten Online Blog „Nordstadtblogger“ aus Dortmund tätig und berichtet dort regelmäßig über Neonazi Aktivitäten aus der Dortmunder rechten Szene.

Helena Breidt

Schule ohne Rassismus, ist Quereinsteigerin im Bereich der Demokratiebildung. Sie arbeitet seit drei Jahren im Kommunalen Integrationszentrum Dortmund, berät und vernetzt die Dortmunder Courage Schulen untereinander aber auch mit den zahlreichen anderen Akteuren in der Stadt. Als freigestellte Lehrerin liegt ihr die Unterstützung der Engagierten in der Schule am Herzen.

Marina Chernivsky

ZWST e.V. | Leitung Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment, studierte in Israel und Berlin Psychologie, Verhaltenswissenschaften und Verhaltenstherapie. Sie arbeitet seit mehreren Jahren im Bereich der Antidiskriminierung und Antisemitismusprävention, ist Lehrbeauftragte, Bildungstrainerin und Supervisorin im Bereich der historisch-politischen Bildung, Erinnerpädagogik, Soziale Arbeit u.ä. Seit 2007 leitet sie das von ihr entwickelte Bildungsprojekt „Perspektivwechsel Plus“ und seit 2015 das neugegründete „Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment“ der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST). Seit 2015 ist sie Mitglied im Zweiten Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus des Deutschen Bundestages und zudem Mitherausgeberin der Zeitschrift „Jalta – Positionen zur jüdischen Gegenwart“.

Vivianne Dörne

Quartiersdemokraten, hat an Technischen Universität Erziehungswissenschaft studiert und arbeitet seit mehreren Jahren freiberuflich in der politischen



Bildungsarbeit. Seit 2017 ist sie hauptamtlich tätig im Projekt Quartiersdemokraten. Das Projekt hat die Aufgabe, die Zivilgesellschaft in Dortmund-Dorstfeld in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus zu unterstützen. Antisemitismus ist ein wesentlicher Bestandteil rechter Ideologien, so dass die Auseinandersetzung und die Sensibilisierung auch für dieses Thema ein Arbeitsfeld ist.

Dr. Rolf Fischer

Mahn- und Gedenkstätte Steinwache, geboren 1954 in Dortmund, studierte Geschichte und Kunstgeschichte an der Ruhr-Universität Bochum und promovierte mit einer Arbeit zur Geschichte des Antisemitismus in Ungarn. Seit 1998 freiberuflich als Historiker und Autor tätig, verfasste er u.a. das 2015 erschienene Gedenkbuch „Verfolgung und Vernichtung. Die Dortmunder Opfer der Shoah“.

Marc Frese

Betriebswirtschaftler, war von 2011 – 2018 Präsident der Auslandsgesellschaft Deutschland e.V., jetzt ist er im Vorstand der fusionierten Auslandsgesellschaft.de und als Geschäftsführer der Auslandsgesellschaft.de gGmbH

Deniz Greschner

Multikulturelles Forum, studierte VWL, Sozialpolitik und Europäische Studien an der Dokuz Eylül Universität in Izmir und an der Ruhr Universität Bochum. Deniz Greschner arbeitet beim Multikulturellen Forum und leitet hier die Dortmunder Geschäftsstelle sowie den Fachbereich Prävention & Gesellschaft. Hier ist sie zuständig für die Konzipierung und Anleitung von Bildungs- und Beratungsangeboten zu Themen

wie „Pädagogischer Umgang mit religiöser Vielfalt, Ungleichwertigkeitsideologien und Holocaust Education“. Zudem leitet sie hier die Beratungsstelle Wegweiser, gegen religiöse Radikalisierung. Deniz Greschner ist zudem Lehrbeauftragte an der Fachhochschule Dortmund und promoviert im Forschungsprogramm „Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft“ der Universität Osnabrück, Institut für Islamische Theologie.

Dr. Felix Klein

Bundesbeauftragter für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften absolvierte Herr Botschafter Dr. Klein seine diplomatische Ausbildung beim Auswärtigen Amt von 1994 bis 1996. Seit März 2014 ist er Sonderbeauftragter für Beziehungen zu jüdischen Organisationen und Antisemitismusfragen im Auswärtigen Amt. Die Position des Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus wurde mit dem Koalitionsvertrag neu geschaffen. Die Einrichtung geschieht auch angesichts der intensiven Diskussion über eine Zunahme des Antisemitismus in Deutschland und der Frage, wie diesem Phänomen bestmöglich auf Ebene des Bundes entgegengetreten werden kann. Der Beauftragte wird beim BMI angesiedelt.

Dr. Dani Kranz

Direktorin von Two Foxes Consulting, Senior Research Affiliate an der Bergischen Universität Wuppertal sowie External Research Affiliate am Zelikovitz Center for Jewish Studies, Carleton University, Ottawa, Kanada. Ihr akademischer Hintergrund sind Sozialanthropologie, Sozialpsychologie und Geschichte, ihre Expertise liegt in

den Bereichen der Migrations- und Ethnizitätsforschung, Rechtsanthropologie, Anthropologie des Staates/Staatlichkeit, Interfamilien und -kindern, sowie der intergenerationalen Tradierung. Ihre gegenwärtige Forschung stellt die Trialektik von Juden, Muslimen und Christen in Deutschland in ihren Mittelpunkt. Ihre primären geographischen Forschungsgebiete sind Deutschland und Israel/Palästina, wo sie sowohl im Rahmen von Langzeitethnographien als auch mit Mixed Methods Ansätzen forscht.

Paul Mentz

Bagrut e.V., hat Philosophie und Soziologie an der Ruhr-Universität Bochum studiert. Er engagiert sich beruflich und ehrenamtlich im Feld der Extremismusprävention und ist Mitbegründer des Vereins Bagrut e.V., einem Verein dessen Fokus auf der Antisemitismusprävention liegt. Im Rahmen seines Studiums kristallisierten sich interessenbedingt Schwerpunkte wie die Auseinandersetzung mit der Moralphilosophie, die Kritik des Antisemitismus und das Verhältnis von Nationalsozialismus und postfaschistischer Demokratie heraus.

Matthias Mertes

Auslandsgesellschaft.de, hat Sozialwissenschaft mit sozial- und kulturpsychologischem Schwerpunkt studiert. Er arbeitet im Bereich des Projekt- und Veranstaltungsmanagements und der Öffentlichkeitsarbeit bei der Auslandsgesellschaft.de. Mit dem Thema Antisemitismus beschäftigt er sich seit vielen Jahren.

Micha Neumann

Quartiersdemokraten, hat Soziale Arbeit studiert. Er arbeitet hauptberuflich im Projekt ‚Quartiersdemokraten‘ und ist daneben

als freier Referent und politischer Bildner mit den Schwerpunkten Rechtsextremismus und Antisemitismus tätig. Das Thema Antisemitismus interessiert ihn schon seit vielen Jahren aus politischer und pädagogischer Perspektive.

Martina Plum

Auslands-gesellschaft.de, ist Diplom-Journalistin, hat Geschichte / Politologie und Mediation studiert, sie arbeitet seit über 20 Jahren bei der Auslands-gesellschaft; leitet die Bereiche Projekte und Veranstaltungen sowie die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Tatjana Rosen

Geboren im 1970 in Kiew, Ukraine. Nach der Schulabschluss im 1987, hat sie an der Kiewer Fachhochschule für Bau und Ingenieurwesen das Fach Baustofftechnologie studiert, im 1992 mit Diplom absolviert. Seit 1993 lebt sie mit der Familie in Deutschland, verheiratet, ein Kind.

Sebastian Salzmänn

Bagrut e.V., hat Geschichte, Philosophie und Sozialwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum studiert. Er ist Gründungsmitglied und Vorsitzender von Bagrut

e.V., einem Bildungsverein mit den Schwerpunkten Antisemitismusprävention und Demokratievermittlung. Zu seinen weiteren Interessenschwerpunkten zählen neben Sozial- und Kulturpsychologie insbesondere die gesellschaftliche Thematisierung von Gewalt sowie Interkulturalität, Handlungstheorie und politische Bildung.

Claudia Steinbach

Auslands-gesellschaft.de, Claudia Steinbach arbeitet seit 19 Jahren bei der Auslands-gesellschaft und ist seit 15 Jahren Leiterin des Auslandsinstituts mit 25 bilateralen Ländergesellschaften. Seit 2009 organisiert sie jedes Jahr einen deutsch-israelischen Jugendaustausch mit Programm in Deutschland und in Israel.

Alexander Völkel,

nordstadtblogger, Alexander Völkel ist Journalist, Fotograf und Politologe (M.A.). Er lebt und arbeitet in Dortmund. Zu seinen beruflichen Schwerpunkten gehören die Themen Rechtsextremismus, Zuwanderung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sowie die soziale Frage. Über die heimische Neonazi-Szene berichtet er seit 15 Jahren - auch unabhängig von Großdemonstra-

tionen und Jahrestagen.

Klaus Wegener

Ist seit 1999 im Vorstand der Auslands-gesellschaft tätig, zunächst als Schatzmeister und seit 2007 als ihr Präsident; beruflich ist er zweigleisig gefahren: als Journalist und als Betriebswirt; er ist Honorarkonsul für Ghana.

Stefan Woßmann

Stadt Dortmund, Jugendamt Respekt-Büro, ist 1964 in Menden im Sauerland geboren und aufgewachsen. Zum Studium der Sozialarbeit kam er nach Dortmund und ist dort auch seit 1990 im Jugendamt der Stadt Dortmund tätig. Seit Gründung des Respekt-Büros im Oktober 2013 leitet er diese außerschulische, politische Jugendbildungseinrichtung. Woßmann: „Durch Neugierde und einer offenen, interessierten Haltung der Welt gegenüber ist es mir von je her ein Bedürfnis immer wieder unterschiedlichste Perspektiven auf das Leben kennenzulernen. Dogmatismen in allen Formen ist mir schon immer suspekt gewesen, als eine Quelle von Ab- und Ausgrenzung, sowie eine mögliche Ursache für Hass und Gewalt, die ich ablehne.“




Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem - „Janusz Korczak und die Ghettokinder“

Then they came for me
and there was no one left
to speak out for me

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFZA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin bzw. tragen die Autoren/die Autorinnen die Verantwortung.



Gefördert vom

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

digital unter:

